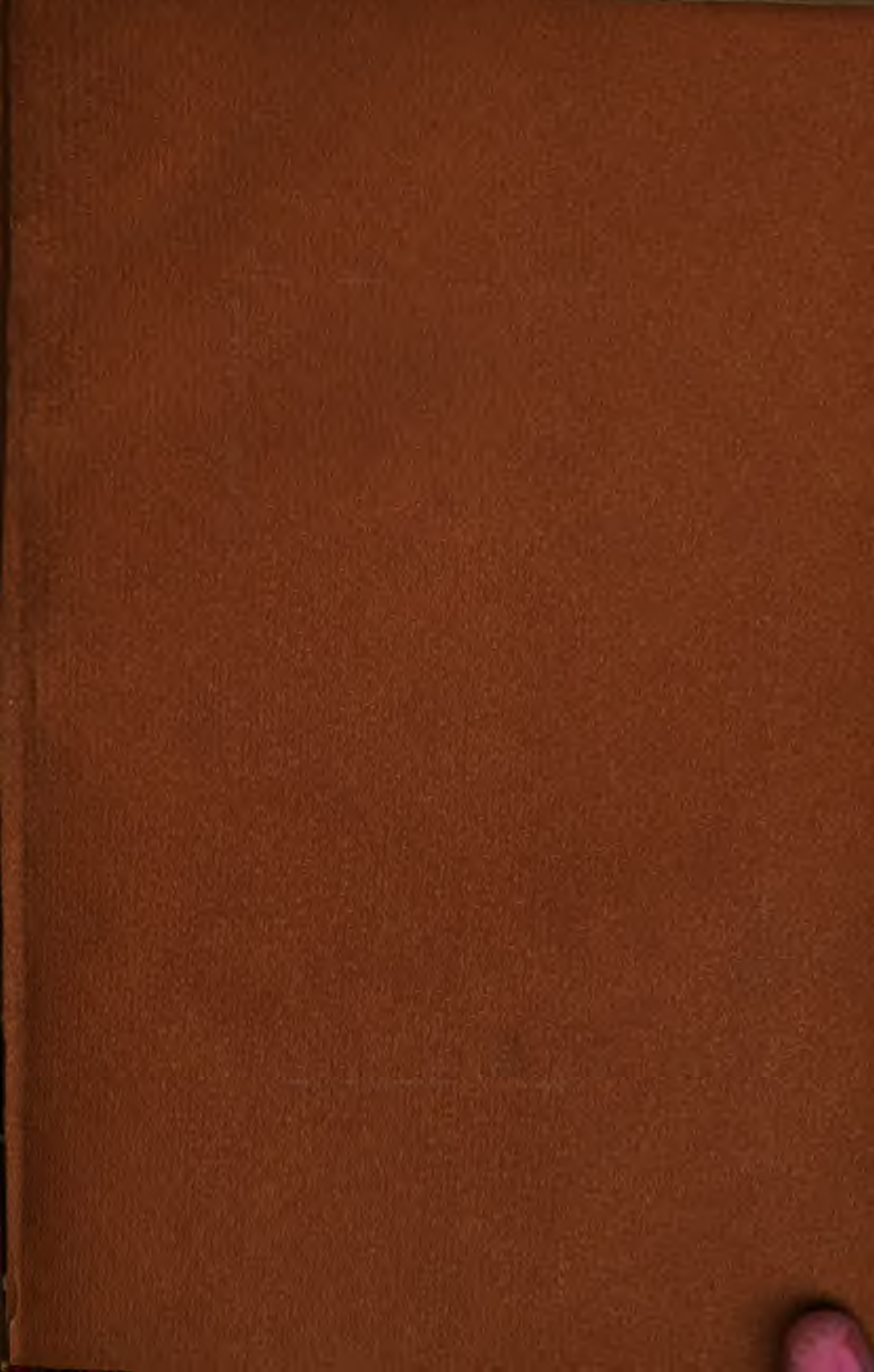
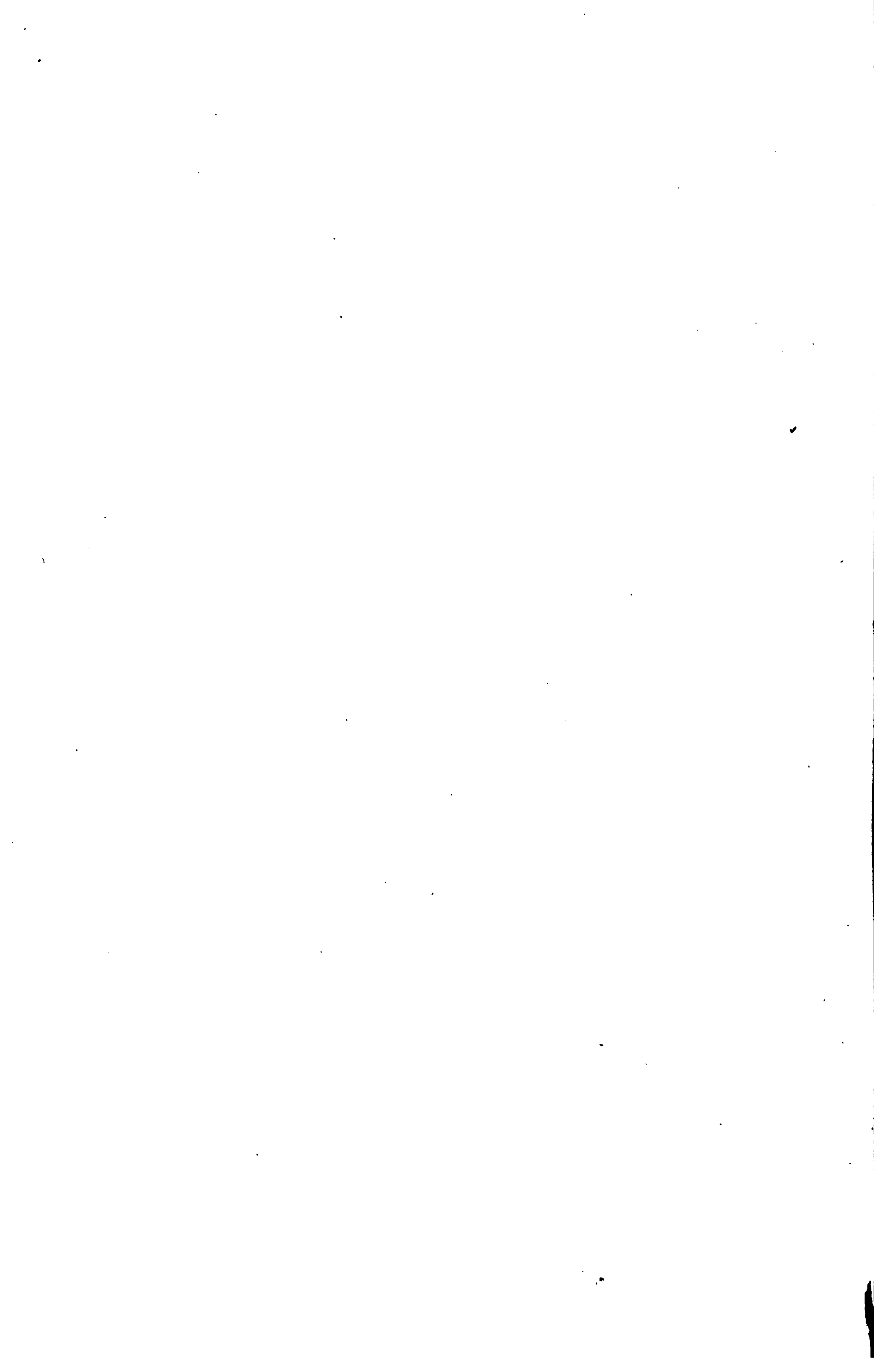


206
6.2



SIGILLVM ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV ANG
CHRISTO ET ECCLESIAE
VE RI TAS





Die Kodifikation

des

internationalen

Civil- und Handelsrechts.

Eine Materialiensammlung

von

Dr. F. Meili,

ord. Professor an der Universität Zürich,
Associé de l'Institut de droit international,
Advocat.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1891.

Vorwort.

Die Materie, welche man unter dem Namen des internationalen Privatrechts zusammenfafst, ist an den deutschen Universitäten bis anhin fast ganz vernachlässigt worden. Und doch ist diese Disciplin von einer permanenten Aktualität und die englische, französische, italienische, belgische und die nordamerikanische Regierung haben schon vor längerer Zeit besondere Lehrstühle dafür errichtet.

Während beinahe zwanzig Jahren habe ich in meinem vielbewegten Advocaturbureau erfahren, wie nötig es ist, diesen Fragen des internationalen Lebens ernsthaft näher zu treten und ich habe deswegen auch an der Universität Zürich Vorlesungen darüber gehalten, — zu meiner Freude fanden sie sofort unter der studierenden Jugend grofsen Anklang. Die Regierung des Kantons Zürich hat daraufhin, angeregt durch die juristische Fakultät, den grofsen Gedanken verwirklicht, einen eigenen Lehrstuhl für das internationale Privatrecht und für vergleichendes Recht zu kreieren (Februar 1890). Es ist dies ein Verdienst, das der Regierung eines so kleinen Kantons im Kreise der Gelehrten niemals geschmälert werden kann, — die Universität Zürich darf sich rühmen, dafs an ihr in den Ländern deutscher Zunge der erste Lehrstuhl für diese Materie errichtet worden ist. Diese Initiative mufs als eine That von hervorragender Bedeutung anerkannt werden, — ich sage dies ganz ohne Rücksicht auf die für

mich allerdings sehr erfreuliche Thatsache, dafs ich zum Vertreter des Faches ernannt worden bin.

Im praktischen Leben sowohl als bei den wiederholten Vorlesungen, die ich über die Disciplin hielt, fehlte mir aber die Zusammenstellung des aufserordentlich zerstreuten positiven Materials, und doch ist es absolut nötig, darauf stets zu rekurrieren, sei es, dafs man sich im Gerichtssaale oder im Auditorium befinde.

Unter diesen Umständen habe ich mich entschlossen, die positiven Normen des internationalen Civil- und Handelsrechts, soweit ich sie sammeln konnte, in einer Broschüre zu vereinigen. Ich verfolge damit verschiedene Ziele. Sie soll der Praxis Dienste leisten, d. h. der Advokatur und dem Richteramte. Diese Art Quellenbuches soll aber auch eine taugliche Grundlage schaffen für theoretische Vorlesungen, und endlich möchte ich mit dieser Arbeit auch anregend wirken und darauf hinweisen, welch' grofses Feld der Thätigkeit hier noch vor uns liegt. Mit dieser Sammlung sollte der Doktrin passend vorgearbeitet werden.

Ich begnügte mich nicht damit, im ersten Teile nur die positiven Gesetzesnormen hier zum Abdruck zu bringen. Wichtige Gesetzesprojekte schienen mir ebenfalls der Beachtung in hohem Grade wert, wenn sie im Auftrage der Regierungen gemacht wurden.

Eine hohe Bedeutung lege ich aus dem Gebiete privater Vorschläge den Arbeiten von Mommsen und von Domin-Petrushevecz (einem verstorbenen österreichischen Juristen) bei. Ich vereinige sie in dem zweiten Teile. Freilich gibt es noch andere private Projekte von hervorragenden Juristen, insbesondere von Dudley-Field, Outlines of an international Code, New York I u. II 1872 übersetzt von A. Rolin unter dem Titel Projet d'un Code international 1881 und von Pierantoni unter dem Titel: Prime linee di un Codice internazionale. Die Abhandlung von Roszkowski: De la codification du droit international (Revue de droit international XXI, 521—531) erwähnt noch Parodo:

Saggio di codificazione del diritto internazionale, allein diese Schrift ist vergriffen und ich konnte sie nicht erhalten.

Seit längerer Zeit bemühen sich die südamerikanischen Staaten das internationale Privatrecht zn kodifizieren und die beiden Vertragsprojekte von Lima (1878) und von Montevideo (1889) sind aufserordentlich wichtige Aktenstücke. Ich stelle sie im dritten Teile zusammen. Der erstgenannte Vertragsentwurf ist in deutscher Sprache von Neubauer in der Zeitschrift für Handelsrecht von Goldschmidt abgedruckt worden. Der zweite Vertragsentwurf wurde von meinem früheren Substituten Dr. E. Schurter in Zürich ursprünglich aus dem italienischen Texte, der sich bei Contuzzi, Diritto internazionale privato (1890) findet, in die deutsche Sprache übersetzt. Es ist klar, dafs diese Übersetzung der genauen Nachprüfung bedarf, allein ich glaube doch klug daran zu handeln, wenn ich den Juristen auch jenes Projekt in dieser Gestalt zur Kenntnis bringe.

In einem vierten Teile stellte ich die mir bekannten Staatsverträge über Fragen des internationalen Erbrechts zusammen.

Das Interesse für die Materie des internationalen Privatrechts erwacht aufs neue auch im Deutschen Reiche und es mufs dort in der nächsten Zeit die Frage gründlich diskutiert werden, ob und welche Normen anläfslich der neuen Kodifikation des einheitlichen Civilrechts erlassen werden sollen, da die partikulären Bestimmungen mit diesem grofsen Werke dahinfallen werden.

Wie in dieser Richtung vorgegangen werden sollte, erörtere ich in einer Abhandlung, die in der von Oberlandesgerichtsrat Ferd. Böhm neu gegründeten Zeitschrift für internationales Privat- und Strafrecht erscheint. Die vorliegende Sammlung soll ein Beitrag zu der Verwirklichung der dort entwickelten Ideen sein. Das Eine ist offenbar klar. Mag man den von mir dort entwickelten Gedanken einer internationalen Kommission für die Behandlung der Materie und die Redaktion

dieser Normen für zutreffend ansehen oder nicht, so mufs doch jedenfalls auch bei der Anhandnahme des Gebietes durch einen einzelnen Staat eine Vorarbeit gemacht werden, welche die bestehenden positiven Normen und die Projekte möglichst vollständig vereinigt.

Trotz vieler Mühe, die ich mir gegeben habe, ist es mir nicht gelungen, alle Materialien zu erhalten und ich würde meinen Kollegen in den auswärtigen Staaten sehr dankbar sein, wenn sie mich mit der Zustellung weiterer Mitteilungen unterstützen würden.

Ich habe ursprünglich beabsichtigt, mit dieser Sammlung auch eine theoretische Skizzierung der Doctrin zu verbinden, allein ich habe diesen Gedanken wieder aufgegeben, indem ich darauf separat zurückkomme.

Zürich im November 1890.

D. V.

Inhaltsangabe.

Zweiter Teil.

Die privaten Gesetzesvorschläge.

Dritter Teil.

Die Vertragsprojekte der südamerikanischen Staaten über internationales Privatrecht.

Vierter Teil.

Die bestehenden Staatsverträge über Fragen des internationalen Erbrechts.

Einleitung.

Die Litteratur über das gesamte Gebiet des internationalen Civil- und Handelsrechts.

I. In Verbindung mit andern Materien.

1. In den Pandektenlehrbüchern:

Glück, Pandekten. 2. Aufl. 1797. I. S. 398—403.
Wening-Ingenheim, Lehrbuch des gemeinen Civilrechts. 4. Aufl. 1831. I. § 22—24. Dazu Fritz, Erläuterungen (1833). I. S. 46—48.
Thibaut, System des Pandektenrechts. 8. Ausgabe (1834). I. § 38.
Mühlenbruch, Lehrbuch des Pandektenrechts. (1835.) § 72 u. 73.
Puchta, Pandekten. 10. Aufl. § 113.
Vangerow, Pandekten. I. § 27.
Brinz, Pandekten. 2. Aufl. I. § 23.
Keller, Pandekten. § 12.
Windscheid, Pandekten. 4. Aufl. I. § 34.
Wächter, Pandekten. I. S. 143—153.
Dernburg, Pandekten. 2. Aufl. I. § 45—48.

2. In den Lehrbüchern über das deutsche Privatrecht:

Ortloff, Grundzüge eines Systems des Teutschen Privatrechts. Jena 1828. S. 117 u. 118.
Runde, Grundsätze des gemeinen deutschen Privatrechts. 8. Aufl. 1829. § 53. („Über die Kraft der Statuten“.)

Eichhorn, Einleitung in das deutsche Privatrecht. 3. Ausgabe 1829. § 34—37.
Mittermaier, Grundsätze des gemeinen deutschen Privatrechts. 7. Aufl. I. § 30—33.
Hillebrand, Lehrbuch des deutschen Privatrechts. 1849. § 13.
Walter, System des deutschen Privatrechts. 1855. § 39—51.
Gengler, Das deutsche Privatrecht. 3. Aufl. § 15 u. 16.
Bluntschli, Deutsches Privatrecht. I. § 11 u. 12.
Gerber, System des deutschen Privatrechts. 13. Aufl. § 32.
Beseler, System des deutschen Privatrechts. 3. Aufl. I. § 38 u. 39.
Stobbe, Handbuch des deutschen Privatrechts. I. § 27—34. S. 154—216.
P. v. Roth, System des deutschen Privatrechts. I. § 51.
A. Franken, Lehrbuch des deutschen Privatrechts. 1889. S. 52—64.
Dahn, Deutsches Privatrecht. Grundrifs. I. S. 18 u. 19.

3. In den Werken über Handelsrecht:

Pardessus, Cours de droit commercial. 4. Aufl.. V. Nr. 1482 ff.
Massé, Le droit commercial dans ses rapports avec le droit des gens et le droit civil. 2. Aufl. I—IV.
Brinkmann-Endemann, Lehrbuch des Handelsrechts. § 9.
Goldschmidt, Handelsrecht. 2. Aufl. I. § 38.
Derselbe, System des Handelsrechts im Grundrifs. 2. Aufl. S. 21, 22, 77—79.
Endemann, Das deutsche Handelsrecht. 3. Aufl. § 9 (S. 41 bis 44).
Endemann, Handbuch des deutschen Handels-, See- und Wechselrechts. I. S. 108—118.
Thöl, Handelsrecht. 6. Aufl. I. § 17.
v. Stubenrauch, Handbuch des österreichischen Handelsrechts. § 10.

4. In den Werken über partikulares Recht in Deutschland:

Wächter, Würtembergisches Privatrecht. II. S. 79—119.
Hegler-Schmidlin, Das würtembergische Privatrecht. 1890. S. 13—16.
Böhlau, Mecklenburgisches Landrecht. I. S. 420—495.
v. Roth, Bairisches Civilrecht. 2. Aufl. I. § 17. (S. 155 bis 168.)

Dernburg, Lehrbuch des preussischen Privatrechts. I. § 26 bis 29.
Unger, System des österreichischen allgemeinen Privatrechts 4. Aufl. I. § 22 u. 23. (S. 149—210.)
Dahn, Deutsches Rechtsbuch. S. 57—61.

5. In den Werken über französisches Civilrecht:

Aubry et Rau, Cours de droit civil français. 4. Aufl. I. § 76—79.
Zachariä-Puchelt, Handbuch des französischen Civilrechts. 6. Aufl. I. § 31 u. 32.
Barazetti, Einführung in das französische Civilrecht. 1889. S. 154—252.
Bauerband, Institutionen des französischen Civilrechts. Bonn 1873. S. 17 u. 18.

6. In den Werken über Völkerrecht:

Oppenheim, System des Völkerrechts. 2. Ausg. S. 289—338.
Heffter, Völkerrecht. 8. Aufl. von Geffcken. S. 88—95.
v. Holtzendorff, Handbuch des Völkerrechts. I. S. 53—58.
A. Rivier, Lehrbuch des Völkerrechts. 1889. S. 194—198.
Martens-Léo, Traité de droit international. II. S. 391—494.
Calvo, Le droit international théorique et pratique. 4. Aufl. II. S. 1—342.
Pradier-Fodéré, Traité de droit international public européen et américain. III. Nr. 1592—1894.
Travers Twiss, Law of nations. Oxford 1884. I. S. 257 bis 283.

7. In den Werken über Staatsrecht:

v. Bulmerincq, in Marquardsen's Handbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. I. 2. S. 177—384 mit Nachtrag 1879.

II. Besondere Werke und Arbeiten über das internationale Privatrecht als selbständige Wissenschaft.

1. Die deutsch-österreichische Litteratur.

Savigny, System des Römischen Rechts. VIII. S. 1—367.
v. Bar, Das internationale Privat- und Strafrecht. 1862.
Derselbe, Theorie und Praxis des internationalen Privatrechts. 2. Aufl. 1889. I u. II.

Derselbe, in Holtzendorffs Encyklopädie. I. 5. Aufl. S. 719 bis 762.

Derselbe, Esquisses du droit international privé im Journal de droit international privé. XIV. S. 257. XV. S. 5. 441.

Wächter im Civilist. Archiv. XXIV. 230. XXV. 1—60. 161—200. 361—419.

Vesque v. Püttlingen, Handbuch des in Österreich geltenden internationalen Privatrechts mit besonderer Berücksichtigung des Staats- und Völkerrechts. 2. Aufl. 1878.

Böhm, die räumliche Herrschaft der Rechtsnormen (Örtliche Statutenkollision) auf dem Gebiete des Privatrechtes, einschliefslich des Handels-, Wechsel- und Konkursrechts. Nach Theorie und Rechtsprechung unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidungen der obersten deutschen Gerichtshöfe zum Handgebrauche für die Praxis. 1890.

2. Die französische Litteratur.

Mailher de Chassat, Traité des statuts ou droit international privé. (1845)

Foelix-Demangeat, Traité de droit international privé. 4. Aufl. 1866. I u. II.

A. Weiss, Traité élémentaire de droit international privé. Paris 1886. 2. Aufl. 1889.

NB. Dieser Gelehrte präpariert ein Werk von mehreren Bänden.

Lainé, Introduction au droit international privé. (Paris 1888). I.

Vincent et Pénaud, Dictionnaire de droit international privé. Mit jährlichen Ergänzungen.
Revue de l'année 1888.
Revue de l'année 1889.

Durand, Essai de droit international privé. 1884.

Despagnet, Précis de droit international privé précédé d'une étude historique sur la condition des étrangers en France et suivi des textes de tous les traités intéressant les étrangers (1886).

Bard, Précis de droit international (Paris 1883).

Surville et Arthuys, Cours élémentaire de droit international privé (Paris 1890).

3. Die englisch-amerikanische Litteratur.

Burge, Commentaries on colonial and foreign laws generally and in their conflict with each other and with the law of England. I—IV. London 1838.

Phillimore, Commentaries upon international law. I—III. 3. Aufl. London 1879.
Band IV mit dem Zusatze: private international law or comity.

J. A. Foote, Concise treatise on private international jurisprudence. London 1878.

Westlake, Treatise on private international law. London. 2. Aufl. 1880. Übersetzt von v. Holtzendorff, Berlin 1884.

Lorimer, The institutes of the law of nations. I and II. London 1883, 1884.

Nelson, Selected cases statutes and orders illustrative of the principles of private international law as administered in England. London 1889.

Gardner, Institutes of international law public and private. New-York 1860.

Story, Commentaries on the conflict of laws foreign and domestic. 8. Aufl. Boston 1883.

Kent, Commentaries upon american law. 12. Aufl. Boston 1873. Mit vereinzelten Ausführungen über internationales Privatrecht (z. B. II. S. 91 ff. 106. 233. 392. 453).

Wharton, Treatise on the conflict of laws or private international law. 2. Aufl. Philadelphia 1881.

4. Die italienische Litteratur.

Rocco, Dell' uso e autorità delle leggi del Regno delle due Sicilie considerate nelle relazioni con le persone e col territorio degli stranieri ossia trattato di diritto civile internazionale. 2. Aufl. Palermo 1842, 1843.

Lomonaco, Trattato di diritto civile internazionale. 1874.

Pasquale Fiore, Elementi di diritto internazionale privato. 3. Aufl. Turin 1889.

Derselbe. Le droit international privé. I. (Übersetzung von Antoine). Paris 1890.

Catellani, Il diritto internazionale privato e i suoi recenti progressi. I—III. Turin 1888.

Contuzzi, Diritto internazionale privato. Mailand 1890.

Giacomo Grasso, Principii di diritto internazionale pubblico e privato. Florenz 1889.

Laghi, Il diritto internazionale privato nei suoi rapporti colle leggi territoriali. I. Bologna 1888.

5. Die holländisch-belgische Litteratur.

Laurent, Droit civil international. I—VIII.

Asser, Schets van het internationaal Privaatrecht. 1879, über

setzt von M. Cohn, Das internationale Privatrecht. Berlin 1880, und von Rivier, Eléments de droit international privé. Paris 1884.

Dolk, Internationaal Privaatrecht. Personen- und Sachenrecht. Utrecht 1880 u. 1882.

6. Die schweizerische Litteratur.

Brocher, Cours de droit international privé. I. II. III. (1882—1885.)

Brocher, Nouveau traité de droit international privé. 1876.

Muheim, Die Principien des internationalen Privatrechts im schweizerischen Privatrechte. Altdorf 1887. (Dissert.)

7. Die spanische Litteratur.

M. Torres Campos, Principios de derecho internacional privado. Madrid 1883.

de Olivart, Manual de derecho internacional publico y privado. Madrid 1886.

Erster Teil.

Die positiven Gesetzesnormen.



1. Das bairische Recht.

Litteratur:

Krüll, Handbuch des bairischen bürgerlichen Rechts. 1807. I. § 19 u. 20.

v. Roth, bairisches Civilrecht. 2. Aufl. I. S. 155 ff.

I. Der Codex Maximilianeus Bavaricus civilis (1756).

Litteratur:

v. Kreittmayr, Anmerkungen über den Codicem Maximilianeum Bavaricum civilem, worin derselbe sowol mit dem gemein- als ehemalig-Chur-bairischen Land-Recht genau collationirt, sohin der Unterschied zwischen dem alt- und neueren Recht sammt denen Urquellen, woraus das letztere geschöpft worden ist, überall angezeigt und dieses dadurch in ein helleres Licht gesetzt wird. (München I. 1759) § IV (S. 22) und XVII (S. 117 und 118).

1) Th. i. cap. 2. § 17.

Falls einige von obgedachten willkürlichen Rechten selbst nicht miteinander zusammenstimmen, so soll man am ersten auf die wol hergebrachten besondern Freiheiten, sodann auf jedes Orts löbliche Gewohnheiten, Satz- und Ordnungen, hiernächst auf die General-Lands-Statute und endlich auf das gemeine Recht sehen.

Dafern aber die Rechten, Statuten und Gewohnheiten in loco Judicii, Delicti, Rei sitae, Contractus, Domicilii unterschiedlich seynd, so soll quoad formam processus auf die bei selbigem Gericht, wo die Sach rechtshängig ist, übliche Rechten (mit Bestraffung eines Verbrechens aber auf die

Rechten des Orts, wo solches begangen worden) soviel hingegen die blofse Solemnität einer Handlung betrifft, auf die Rechten des Orts, wo solche unter Todten oder Lebendigen gepflogen wird, in mere personalibus auf die Statuta in loco domicilii und endlich in realibus vel mixtis auf die Rechten in loco rei sitae ohne Unterschied der Sachen, ob sie beweglich oder unbeweglich, cörperlich oder uncörperlich seynd, gesehen und erkannt werden.

2) Th. 3. cap. 12. § 1.

. . . .

Ist in Entscheidung streittiger Erbschaftsfällen ab intestato niemal auf die statuta loci, wo der Erblaster stirbt, sondern wo die Erbschaft liegt, oder soviel die blofse Personal-Sprüch belangt, auf die statuta loci, wo der Defunctus sein Domicilium gehabt hat, zu sehen.

Dazu bemerkt Kreittmayr I. S. 117 folgendes:

§ XVII.

Dafs man in collisione jurium aut legum zuvorderst wol hergebrachte Freiheiten, sodann auf jedes Orts löbliche Gewohnheiten, Sätz und Ordnungen, hiernächst auf die General-Lands-Statuta, und endlich auf gemeines Recht zu sehen habe, ergiebt sich schon (aus vorigem) von selbst, und ist nicht nur in summ. proc. p. 2, Art. 2. Landrecht, p. 49. Art. 4 und Cod. jud. C. 14. § 7 n. 7, versehen, sondern auch der Reichs-Hof-Raths- und Kammergerichts-Assessorats-Pflicht gemäfs. Dafern aber jura vel statuta in loco judicii, delicti, rei sitae, contractus vel domicilii selbst nicht einstimmig seind, so verordnet der Codex, man soll quoad formam auf die bei selbigen Gericht, wo die Sache hangt, übliche Rechten sehen. Cod. Jud. C. 3, § 10. Mit Bestraffung eines Verbrechens sieht man auf die jura loci, wo selbes begangen worden, und da man es etwan an einem Ort angefangen, an einem anderen Ort vollstreckt hat, so hat der Richter die Wahl, ob er die Gesatz des ersten oder anderen Ortes pro norma nehmen wolle.

Soviel die bloſse Solennität einer Handlung betrift, werden die Rechten des Orts, wo der actus inter vivos et ultimae voluntatis causa geschehen ist, beobachtet. Codex Jud. C. 14. § 7. In mere personalibus aber kommen die jura loci, domicilii und endlich in realibus vel mixtis jura loci rei sitae ohne Unterschied zwischen beweg- und unbeweglich, körper- und unkörperlichen Dingen in vorzügliche Betrachtung. Codex Jud. ibi. Titius jus privat. § 11, wobei jedoch jetzt allegirter Author § 14 allzeit solche Handlungen supponirt, welche in agentium arbitrio stehen und legibus loci unterworfen seind, auſser dessen er dafür halt, daſs man vielmehr auf den Ort zu sehen habe, wovon die Handlung selbst oder die handelnde Person abhangt. Zu Erläuterung dieses Satzes führt er, § 16, zwar verschiedene casus an, welche aber selbst noch groſsen Zweifel unterworffen seind, mithin auch Thesin aeque dubiam ac incertam nicht genug in das klare setzen.

II. Gerichtsordnung (1753) XIV. 7 Nr. 8 und dazu die Verordnung vom 11. Juni 1816 I. 3.

Litteratur:

(v. Kreittmayr) Anmerkungen über den Codicem juris bavarici judiciarii. (1755.) S. 486—488.

J. A. Seuffert, Commentar über die bairische Gerichtsordnung (Codex juris bavarici judiciarii de anno 1753). I. (Erlangen 1836). S. 231—259.

1) XIV. § 7, Nr. 8.

Nachdem sich oft zuträgt, daſs die Localstatuten, oder Gewohnheiten verschieden sind, und ein anderes in loco contractus, ein anderes in loco rei sitae, aut judicii statuirt und Herkommens ist, so hat der Richter vorzüglich dahin zu sehen, ob das Statut nur die bloſse Form und Solennität einer gepflogenen Handlung, oder die Personen, und Güter selbst betreffe. Im erstern Falle soll nach dem Statut oder der Gewohnheit des Orts, wo die Handlung gepflogen wird, gesprochen werden, im letztern Falle aber erstreckt sich das Statut oder

Herkommen weiter nicht, als auf die in jenem Orte befindlichen Güter und wohnhaften Personen, nicht aber auf das, was sich aufserhalb desselben befindet.

2) Die Verordnung von 1816. I. 3.

Hinsichtlich der civilrechtlichen Folgen einer unerlaubten Handlung sind die Gesetze des Ortes, wo sie begangen wurde, in Anwendung zu bringen.

---

2. Das preussische Landrecht (1794).

Litteratur:

Heydemann, Einleitung in das System des preussischen Civilrechts. 2. Aufl. I. S. 97.

„Für diese Lehre kann und mufs die zur Zeit der Redaction des allgemeinen Landrechts geläufige Unterscheidung der Statuten immer noch zum Anhalt dienen.“

Dernburg, Preussisches Privatrecht. I. § 27 u. 28.

„Die angeführten im Landrecht aufgenommenen Regeln geben für eine Menge von zweifelhaften Rechtsverhältnifsen keine Anleitung.“

Bornemann, Erörterungen im Gebiete des preussischen Rechts. (Berlin 1855.) S. 65.

Förster, Theorie und Praxis des heutigen gemeinen preussischen Privatrechts. 4. Aufl. von Eccius, 1880. I. § 11. (S. 53—71.)

I.

Einleitung. § 23—27. 28—32. 34. 35.

§ 23.

Die persönlichen Eigenschaften und Befugnisse eines Menschen werden nach den Gesetzen der Gerichtsbarkeit beurteilt, unter welcher derselbe seinen eigentlichen Wohnsitz hat.

§ 24.

Eine blofse Entfernung aus seiner Gerichtsbarkeit, bei welcher die Absicht, einen andern Wohnsitz zu wählen, noch nicht mit Zuverlässigkeit erhellet, verändert die persönlichen Rechte und Pflichten dieses Menschen nicht.

§ 25.

Solange Jemand noch keinen bestimmten Wohnsitz hat, werden seine persönlichen Rechte und Verbindlichkeiten nach dem Orte seiner Herkunft beurteilt.

§ 26.

Ist der Ort seiner Herkunft unbekannt, oder aufserhalb der Königlichen Lande, so gelten die Vorschriften des allgemeinen Landrechts, oder die besonderen Gesetze seines jedesmaligen Aufenthaltes, sowie nach den einen, oder den andern, eine von ihm unternommene Handlung am füglichsten bestehen kann [1].

§ 27.

Hat Jemand einen doppelten Wohnsitz, so wird seine Fähigkeit zu handeln, nach den Gesetzen derjenigen von beiden Gerichtsbarkeiten beurteilt, welche die Gültigkeit des Geschäfts am meisten begünstigen.

§ 28.

Das bewegliche Vermögen eines Menschen wird, ohne Rücksicht seines gegenwärtigen Aufenthaltes, nach den Gesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit desselben beurteilt.

§ 29.

Bei einer doppelten Gerichtsbarkeit haben die Rechte des Ortes, wo sich die Sache befindet, den Vorzug.

§ 30.

Ist aber in einem solchen Falle (§ 29) das Mobiliarvermögen, zur Zeit der sich darauf beziehenden Handlung, an einem dritten Orte, so finden die Gesetze desjenigen Ortes

---

[1] Vgl. hierüber v. Roth, bairisches Civilrecht. 2. Aufl. I. S. 157 Anmerk. 15.

Anwendung, welche dem gemeinen Rechte der preussischen Staaten am nächsten kommen.

§ 31.

Das bewegliche Vermögen eines Menschen, der keinen bestimmten Wohnsitz hat, wird nach den Gesetzen seines jedesmaligen Aufenthaltes, jedoch mit Rücksicht auf seinen persönlichen Stand, beurteilt.

§ 32.

In Ansehung des unbeweglichen Vermögens gelten, ohne Rücksicht auf die Person des Eigentümers, die Gesetze der Gerichtsbarkeit, unter welcher sich dasselbe befindet.

§ 34.

Auch Unterthanen fremder Staaten, welche in hiesigen Landen leben oder Geschäfte treiben, müssen nach obigen Bestimmungen beurteilt werden.

§ 35.

Doch wird ein Fremder, der in hiesigen Landen Verträge über daselbst befindliche Sachen schliefst, in Ansehung seiner Fähigkeiten zu handeln, nach denjenigen Gesetzen beurteilt, nach welchen die Handlung am besten bestehen kann.

II.

Teil I. Tit. 5. § 111—115 u. 148.

§ 111.

Die Form eines Vertrages ist nach den Gesetzen des Ortes, wo er geschlossen worden, zu beurteilen.

§ 112.

Ist unter Abwesenden ein förmlicher Vertrag errichtet worden, so wird die Form desselben nach den Gesetzen desjenigen Ortes beurteilt, von welchem das Instrument datiert ist.

§ 113.

Ist aber der Vertrag unter Abwesenden blofs durch Briefwechsel, ohne Errichtung eines förmlichen Instruments geschlossen worden, und waltet in den Wohnörtern der Kontrahenten eine Verschiedenheit der gesetzlichen Formen ob, so ist die Gültigkeit der Form nach den Gesetzen desjenigen Ortes zu beurteilen, nach welchen das Geschäft am besten bestehen kann.

§ 114.

Eben dieses findet statt, wenn der Vertrag von mehreren Orten, welche in Ansehung der Form verschiedene Rechte haben, datiert ist.

§ 115.

In allen Fällen, wo unbewegliche Sachen, deren Eigentum, Besitz oder Nutzung der Gegenstand eines Vertrages sind, müssen wegen der Form die Gesetze des Ortes, wo die Sache liegt, beobachtet werden.

§ 148.

Wenn über bewegliche, körperliche Sachen aufserhalb Landes an einem Orte, wo mündliche Verträge ohne Unterschied gültig sind, dergleichen Verträge geschlossen werden, so kann der Mangel der schriftlichen Abfassung auch in den hiesigen Gerichten nicht vorgeschützt werden.

---

3. Der französische Code civil (1803).

Litteratur:

Foelix, Traité de droit international. 4. Aufl. I. No. 32.
Massé, Le droit commercial. 2. Aufl. I.—IV.
Aubry et Rau, Cours de droit civil français. 4. Aufl. I. § 76—79.
Zachariä-Puchelt, Handbuch des französ. Civilrechts. 6. Aufl. I. § 31 u. 32.
Barazetti, Einführung in das französische Civilrecht. Frankfurt 1889. S. 154—252.

I. Loi concernant la réunion des lois civiles en un seul corps de lois (1804).

Art. 7. A compter du jour où ces lois sont exécutoires les lois romaines, les ordonnances, les coutumes générales ou locales, les statuts, les règlements cessent d'avoir force de loi générale ou particulière dans les matières qui sont l'objet des dites lois composant le présent Code.

II. Code civil.

1) Art. 3. Les lois de police et de sûreté obligent tous ceux qui habitent le territoire. — Les immeubles, même ceux possédés par des étrangers, sont régis par la loi française. — Les lois concernant l'état et la capacité des personnes régissent les Français, même résidant en pays étranger.

2) Art. 6. On ne peut déroger, par des conventions particulières, aux lois qui intéressent l'ordre public et les bonnes moeurs.

3) Art. 11. L'étranger jouira en France des mêmes droits civils que ceux qui sont ou seront accordés aux Français par les traités de la nation à laquelle cet étranger appartiendra.

Vgl. auch:

4) Art. 726. Un étranger n'est admis à succéder aux biens que son parent, étranger ou Français, possède dans le territoire du Royaume, que dans les cas et de la manière dont un Français succède à son parent possédant des biens dans le pays de cet étranger, conformément aux dispositions de l'article 11, au titre de la Jouissance et de la Privation des Droits civils.

5) Art. 912. On ne pourra disposer au profit d'un étranger, que dans le cas ou cet étranger pourrait disposer au profit d'un Français.

NB. Diese beiden Bestimmungen wurden am 14. Juli 1819 abgeschafft und es traten folgende Normen an ihre Stelle:

Art. 1. Les articles 726 et 912 du Code civil sont abrogés; en conséquence, les étrangers auront le droit de

succéder, de disposer et de recevoir de la même manière que les Français, dans toute l'étendue du Royaume.

Art. 2. Dans le cas de partage d'une même succession entre des cohéritiers étrangers et français, ceux-ci prélèveront sur les biens situés en France une portion égale à la valeur des biens situés en pays étranger dont ils seraient exclus, à quelque titre que ce soit, en vertu des lois et coutumes locales.

Historische Verweisungen.

1) In Art. VIII des Entwurfes der „Convention“ (1793) war (vgl. Acollas, De nos codes Paris 1866 S. 121 und Barazetti S. 318) vorgeschlagen zu sagen:

> Les étrangers pendant leur résidence en France demeurent soumis aux lois de la République; ils sont capables de toutes les transactions sociales qu'elles admettent; leurs personnes et leurs biens sont sous la protection des lois.

2) Der Entwurf vom 24. Thermidor an VIII (titre IV des effets de la loi) hatte vorgeschlagen:

a) Art. 1, § 4. La loi oblige indistinctement ceux qui habitent le territoire; l'étranger y est soumis pour les biens qu'il y possède et pour sa personne pendant sa résidence.

b) Art. 1, § 5. Le français résidant en pays étranger continue d'être soumis aux lois françaises pour ses biens situés en France et pour tout ce qui touche à son état et à la capacité de sa personne.

Son mobilier est reglé par la loi française comme sa personne.

4. Das badische Landrecht (1809|10).

Litteratur:

Ausgabe von K. Kah. 3. Aufl. 1874.
Barazetti, Einführung in das französische Civilrecht.

Satz 3. Die Polizei- und Sicherheitsgesetze verbinden Jeden, der auf dem Staatsgebiete sich aufhält.

Die Liegenschaften, auch jene nicht ausgenommen, welche Ausländer inne haben, werden in allen Fällen nach den inländischen Gesetzen gerichtet.

Die Gesetze, welche den Zustand und die Rechtsfähigkeit der Personen bestimmen, erstrecken sich auf die Inländer selbst alsdann, wenn sie im Auslande sich aufhalten.

3[a]. Die Gesetze über das Gerichtsverfahren und jene über Form und Gültigkeit der im Lande verrichteten Rechtsgeschäfte sind anwendbar auf den Inländer und Ausländer.

---

5. Der Code civil von Belgien.

Litteratur:

Haus, Du droit privé qui régit les étrangers en Belgique ou du droit des gens privé considéré dans ses principes fondamentaux et dans ses rapports avec les lois civiles des Belges. (Gand 1874.)

I.

Laurent hat im Auftrage der Regierung einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet behufs Revision des französischen in Belgien geltenden Code civil (Avantprojet de Révision du Code civil I Band Brüssel 1882). In diesem ersten Bande schlägt Laurent (titre préliminaire section II, III, IV) wichtige Bestimmungen vor.

Laurent hat diesen Gesetzesvorschlag mit Motiven begleitet (I. Bd. S. 22—168).

Section II.

De l'effet des lois quant aux personnes et quant aux biens.

Art. 11.

Les lois concernant l'état et la capacité des personnes régissent les Belges partout où ils se trouvent.

Les lois étrangères concernant l'état et la capacité régissent les étrangers qui se trouvent en Belgique jusqu'à ce qu'ils aient acquis la nationalité belge.

Art. 12.

Les rapports de famille et les droits qui en résultent sont régis par la loi du pays auquel les personnes appartiennent.

Les successions déférées par la loi ou par la volonté de l'homme dépendent du statut personnel du défunt.

Art. 13.

Les biens meubles et immeubles sont régis par la loi nationale de celui à qui ils appartiennent.

Art. 14.

Les conventions conclues en pays étranger sont régies par la loi à laquelle les parties contractantes ont entendu se soumettre. A défaut d'une déclaration expresse, le juge recherchera l'intention des parties dans les faits et circonstances de la cause.

Si les parties dressent un acte authentique en Belgique, le notaire leur fera connaître les dispositions du présent article.

En cas de doute, le juge appliquera la loi personnelle des parties, si elles ont la même nationalité et la loi du lieu où le contrat se passe, si les parties appartiennent à des nations différentes.

Art. 15.

L'étranger qui contracte en Belgique doit déclarer son statut personnel et, s'il y a lieu, l'incapacité dont il est frappé. S'il ne fait point cette déclaration, les tiers qui

traitent avec lui pourront demander l'application du statut belge, pourvu qu'ils soient de bonne foi.

Quand les parties dressent en Belgique un acte authentique de leurs conventions, le notaire devra, sous sa responsabilité, exiger qu'elles déclarent si elles sont étrangères et quel est leur statut.

Art. 16.

Les dispositions unilatérales entre-vifs ou à cause de mort sont régies par la loi nationale du disposant à moins qu'il n'ait manifesté une volonté contraire.

Art. 17.

Les quasi-contrats sont régis par la loi personnelle des parties si elles ont la même nationalité, et par la loi du lieu où le quasi-contrat se forme si elles appartiennent à des nations différentes.

Les obligations qui résultent de l'autorité seule de la loi sont régies par la loi personnelle de celui dans l'intérêt duquel sont établis les administrateurs légaux.

Les délits civils et les quasi-délits sont régis par la loi du pays où le fait se passe.

Art. 18.

Le statut personnel est déterminé par la nationalité des personnes.

Celui qui a deux nationalités, dont l'une lui est reconnue par la loi belge a pour statut la loi belge tant qu'il n'a pas fait d'option.

Le statut de celui qui n'a point de nationalité est déterminé par son domicile et, s'il n'a pas de domicile certain, par sa résidence.

Le statut personnel se perd avec la perte de la nationalité à laquelle il est attaché.

Le changement de nationalité ne modifie le statut que pour l'avenir; il n'a point d'effet rétroactif.

Section III.

De l'effet des lois quant à la forme des actes.

Art. 19.

Les formes extrinsèques des actes authentiques et sous seing privé sont réglées par la loi du pays où ils sont faits ou passés.

Art. 20.

Ces formes sont obligatoires, quelle que soit la nationalité des parties. Toutefois, quand il s'agit d'écrits sous seing privé, dressés par une seule personne ou par plusieurs ayant la même nationalité, les parties peuvent suivre les formes prescrites par leur loi nationale. Cette disposition reçoit exception quand la loi nationale des parties défend de recevoir un acte dans la forme olographe on ne le permet que sous les conditions qu'elle prescrit.

Art. 21.

S'il s'agit d'un contrat ou d'un acte solennel, la solennité est déterminée par la loi qui regit le contrat ou l'acte.

Si l'ecrit est dressé à l'étranger, on suit la loi locale pour les formes extrinsèques des actes authentiques ou sous seing privé.

Art. 22.

Les actes reçus à l'étranger n'auront d'effet en Belgique qu'après qu'ils auront été visés par le président du tribunal du lieu où les biens sont situés, s'il s'agit d'actes translatifs de droit réels, et par le président du tribunal du domicile ou de la résidence de la partie intéressée, s'il s'agit de droits de créance.

Le président est chargé de verifier si les actes sont dressés dans les formes prescrites par la loi du pays où ils ont été reçus.

L'appel de la décision du président sera interjeté par requête adressée à la cour, qui statuera comme en matière d'appel de référé.

Art. 23.

Les formalités concernant l'état et la capacité sont régies par la loi nationale de la personne.

Art. 24.

Les formalités prescrites dans l'interêt de tiers pour la translation de la propriété ou des droits personnels et réels, sont régies par la loi territoriale.

Art. 25.

Les formes de procédure sont réglées par la loi du pays où le procès a lieu et les formes d'exécution par la loi du lieu où les actes ou jugements sont exécutés.

Les moyens de preuve sont reglés par les lois du pays où le fait s'est passé.

Section IV.

Des lois d'ordre social.

Art. 26.

Les lois relatives aux droits de la société reçoivent leur application quelle que soient le lieu du contrat, la nationalité des parties intéressées et la nature des biens.

Cette règle s'applique:

1) aux lois qui dépendent du droit public et du droit pénal.
2) aux lois qui concernent les bonnes moeurs.
3) aux lois qui abolissent les privilèges politiques en matière de succession.
4) aux lois qui régissent les prescriptions. La prescription acquisitive est régie par la loi de la situation des biens et la prescription extinctive par la loi du lieu où l'obligation a été contractée.

II. Die Abänderungen der belgischen Gesetzesrevisions-Kommission. (Art. 3—14.)

Litteratur:

R. D. J. XVIII. S. 442—501.

Lainé, im Bulletin de la société de législation comparée. XXI. 315—341; 383—413; 449—470; 525—567.

Art. 3.

Les lois pénales, les lois de police et de sûreté obligent tous ceux qui se trouvent sur le territoire du royaume.

Art. 4.

L'état et la capacité des personnes ainsi que les rapports de famille sont régis par les lois de la nation à laquelle les personnes appartiennent.

Art. 5.

Les biens meubles et immeubles sont soumis à la loi du lieu de leur situation en ce qui concerne les droits réels dont ils peuvent être l'objet.

Les droits de créance sont réputés avoir leur situation au domicile du débiteur; toutefois, si ces droits sont représentés par des titres cessibles au moyen de la tradition ou de l'endossement, ils sont censés être au lieu où les titres se trouvent.

Lorsque, à raison du changement survenu dans la situation des biens meubles, il y a conflit de législation, la loi de la situation la plus récente est appliquée.

Art. 6.

Les successions sont réglées d'après la loi nationale du défunt.

La substance et les effets des donations et des testaments sont régis par la loi nationale du disposant.

L'application de la loi nationale du défunt ou du disposant a lieu, quelsque soient la nature des biens et le pays où ils se trouvent.

Art. 7.

Les obligations conventionnelles et leurs effets sont réglés par la loi du lieu du contrat.

Toutefois, préférence est donnée aux lois nationales des contractants, si ces lois disposent d'une manière identique.

Ces régles ne sont pas applicables si, de l'intention des parties, constatée expressément ou manifestée par les circonstances, il résulte qu'elles ont entendu soumettre leur convention à une loi déterminée. La faculté accordée, à cet égard, aux parties contractantes, ne peut avoir pour objet que la loi nationale de l'une d'entre elles au moins, la loi du lieu du contrat ou la loi du lieu où celui-ci doit être exécuté.

Les dispositions du présent article sont suivies quels que soient la nature des biens qui font l'objet de la convention et le pays où ils se trouvent.

Art. 8.

Les quasi-contrats, les délits civils et les quasi-délits sont régis par la loi du lieu où le fait qui est la cause de l'obligation s'est passé.

Art. 9.

Les formes des actes authentiques et des actes sous seing privé sont réglées par la loi du pays où ils sont faits. Néanmoins, l'acte sous seing privé peut être dressé dans les formes admises par les lois nationales de toutes les parties.

Art. 10.

Lorsque la loi qui régit une disposition exige, comme condition substantielle, que l'acte ait la forme authentique ou la forme olographe, les parties ne peuvent suivre une autre forme, celle-ci fût-elle autorisée par la loi du lieu où l'acte est fait.

Art. 11.

La compétence et les formes de procédure sont réglées par les lois du pays où l'instance est portée.

Les modes d'exécution des contrats et des jugements sont régis par la loi du pays où l'exécution est poursuivie.

Les moyens de preuve sont déterminés par les lois du pays où le fait juridique qu'il s'agit d'établir s'est passé. Toutefois, si les lois nationales de toutes les parties autorisent de plus amples moyens de preuve, ils seront admis.

Art. 12.

Celui qui ne justifie d'aucune nationalité déterminée a pour statut personel la loi belge.

Il en est de même de celui qui appartient, à la fois, à la nationalité belge et à une nationalité étrangère.

Celui qui appartient à deux nationalités étrangères a pour statut personnel celle des deux lois étrangères dont les dispositions, applicables à la contestation, s'éloignent le moins des dispositions de la loi belge.

Art. 13.

Les changements de nationalité n'ont pas d'effet rétroactif. On ne peut s'en prévaloir qu'après avoir rempli les conditions et les formalités imposées par la loi et seulement pour l'exercice des droits ouverts depuis cette époque.

Art. 14.

Nonobstant les articles qui précèdent, il ne peut être pris égard aux lois étrangères dans le cas où leur application aurait pour résultat de porter atteinte aux lois du royaume qui consacrent ou garantissent un droit ou un intérêt social.

6. Das österreichische Civilgesetzbuch (1811).

Litteratur:

Unger, System des össterr. allgem. Privatrechts. 4. Aufl. 1876. I. S. 149—210.

S. 158/9: „In jenen wenigen Paragraphen ist diese verwickelte ausgedehnte Lehre auch nicht im Entferntesten erschöpft, es bleibt eine Anzal der wichtigsten Fragen übrig, deren Lösung auch nicht einmal angedeutet ist.“

v. Püttlingen, Handbuch des in Oesterr.-Ungarn geltenden internat. Privatrechts. 2. Aufl. 1878. S. 19.

„Wir werden sehen, dafs die Bestimmungen des österr. Gesetzes, wenn sie auch nicht alle mehr dem jetzigen Standpunkte der Menschen entsprechen, doch für die meisten Fälle des internationalen Privatrechts specielle oder doch principielle Anordnungen enthalten, welche ein Zurückgehen auf den angeblichen Ausspruch des „Naturrechts“ in der Regel unnötig machen. Ein Gleiches gilt von der in Ungarn befolgten Praxis.“

Kirchstetter-Maitisch, Commentar zum österr. allgem. Gesetzbuche. 4. Aufl. 1882. S. 55—63.

§ 11.

Nur jene Statuten einzelner Provinzen und Landesbezirke haben Gesetzeskraft, welche nach der Kundmachung dieses Gesetzbuches von dem Landesfürsten ausdrücklich bestätigt werden.

NB. Es wurde keinem Statut die Bestätigung erteilt.

I. §§ 4, 34, 35.

§ 4.

Die bürgerlichen Gesetze verbinden alle Staatsbürger der Länder, für welche sie kundgemacht worden sind. Die Staatsbürger bleiben auch in Handlungen und Geschäften, die sie ausser dem Staatsgebiete vornehmen, an diese Gesetze gebunden, insoweit als ihre persönliche Fähigkeit, sie zu unternehmen, dadurch eingeschränkt wird, und als diese Handlungen und Geschäfte zugleich in diesen Ländern rechtliche Folgen

hervorbringen sollen. Inwiefern die Fremden an diese Gesetze gebunden sind, wird in dem folgenden Hauptstücke bestimmt.

§ 34.

Die persönliche Fähigkeit der Fremden zu Rechtsgeschäften ist insgemein nach den Gesetzen des Ortes, denen der Fremde vermöge seines Wohnsitzes, oder, wenn er keinen eigentlichen Wohnsitz hat, vermöge seiner Geburt als Unterthan unterliegt, zu beurteilen; insofern nicht für einzelne Fälle in dem Gesetze etwas anderes verordnet ist.

§ 35.

Ein von einem Ausländer in diesem Staate unternommenes Geschäft, wodurch er Andern Rechte gewährt, ohne dieselben gegenseitig zu verpflichten, ist entweder nach diesem Gesetzbuche, oder aber nach dem Gesetze, dem der Fremde als Unterthan unterliegt, zu beurteilen, je nachdem das eine oder das andere Gesetz die Gültigkeit des Geschäftes am meisten begünstigt.

II. § 36 und 37.

§ 36.

Wenn ein Ausländer hier Landes ein wechselseitig verbindendes Geschäft mit einem Staatsbürger eingeht, so wird er ohne Ausnahme nach diesem Gesetzbuche, dafern er es aber mit einem Ausländer schliefst, nur dann nach demselben beurteilt, wenn nicht bewiesen wird, dafs bei der Abschliessung auf ein anderes Recht Bedacht genommen worden sei.

§ 37.

Wenn Ausländer mit Ausländern oder mit Unterthanen dieses Staats im Auslande Rechtsgeschäfte vornehmen, so sind sie nach den Gesetzen des Ortes, wo das Geschäft abgeschlossen worden, zu beurteilen; dafern bei der Abschliessung nicht offenbar ein anderes Recht zum Grunde gelegt worden ist und die oben im § 4 enthaltene Vorschrift nicht entgegensteht.

III. § 300.

Unbewegliche Sachen sind den Gesetzen des Bezirkes unterworfen, in welchem sie liegen; alle übrigen Sachen hingegen stehen mit der Person ihres Eigentümers unter gleichen Gesetzen.

---

7. Das bürgerliche Gesetzbuch von Sachsen.
(2. Jan. 1863.)

§ 6.

Im Inlande kommen die inländischen Gesetze zur Anwendung, soweit sich nicht nach dem öffentlichen Rechte, insbesondere nach Staatsverträgen, und nach den nachfolgenden Bestimmungen eine Ausnahme ergibt.

§ 7.

Die Rechts- und Handlungsfähigkeit einer Person ist nach den Gesetzen des Staates zu beurteilen, dessen Unterthan dieselbe ist. (§ 81.)

§ 8.

Die Handlungsfähigkeit eines Ausländers wird nach den Gesetzen des Inlandes beurteilt, wenn eine Verpflichtung desselben aus einer im Inlande vorgenommenen Handlung in Frage ist.

§ 9.

Die bei Rechtsgeschäften zu beobachtende Form richtet sich nach den Gesetzen des Ortes, wo dieselben vorgenommen werden. Es genügt jedoch die Beobachtung der Gesetze des Ortes, an welchem das Geschäft in Wirksamkeit treten soll.

§ 10.

Die Rechte an beweglichen und unbeweglichen Sachen, ingleichen der Besitz derselben, werden nach den Gesetzen des Ortes beurteilt, wo die Sachen liegen. (§§ 186—661.)

§ 11.

Forderungen werden nach den Gesetzen des Ortes beurteilt, an welchem sie zu erfüllen sind. (§§ 702 bis 710.)

§ 12.

Die Vorschriften in §§ 1551 bis 1553 und 1858 bis 1874 finden Anwendung, selbst wenn der aussereheliche Beischlaf in einem Staate erfolgt ist, dessen Gesetzgebung die in diesen Vorschriften enthaltenen Rechte nicht anerkennt.

§ 13.

Eingehung und Auflösung der Ehe werden nach den Gesetzen des Staates beurteilt, dessen Unterthan der Ehemann ist. (§§ 1588 bis 1629, 1707 bis 1770.)

§ 14.

Die ehelichen Vermögensrechte werden nach den Gesetzen beurteilt, welche zur Zeit der Eingehung der Ehe an dem Wohnsitze des Ehemannes gelten. Durch einen Wechsel des Wohnsitzes werden die ehelichen Vermögensrechte nicht geändert. Schenkungen unter Ehegatten werden nach den an dem jedesmaligen Wohnsitze des Ehemannes geltenden Gesetzen beurteilt. (§§ 1655 bis 1706, 1647.)

§ 15.

Die väterliche Gewalt wird nach den Gesetzen des Staates beurteilt, dessen Unterthan der Vater ist. (§§ 1808 bis 1836).

§ 16.

Die Vormundschaft wird nach den Gesetzen des Staates beurteilt, dessen Unterthan der zu Bevormundende ist. (§§ 1875 bis 1998.)

§ 17.

Anfall und Erwerbung einer Erbschaft werden nach den Gesetzen des Ortes beurteilt, an welchem der Erblasser zuletzt seinen Wohnsitz gehabt hat. Hat er mehrere Wohnsitze gehabt, so gelten die Gesetze des Wohnsitzes, an welchem er sich zuletzt aufgehalten hat. (§§ 2246 bis 2381.)

§ 18.

Soweit Rechtsverhältnisse durch die Willkür der Beteiligten bestimmt werden können, ist den letzteren gestattet, festzusetzen, dafs statt der sonst entscheidenden Gesetze andere Gesetze zur Anwendung kommen sollen.

§ 19.

Ausländische Gesetze sind nicht anzuwenden, wenn deren Anwendung durch inländische Gesetze nach der Vorschrift oder nach dem Zwecke derselben ausgeschlossen ist.

---

8. Das italienische Recht.

Litteratur:

F. P. Contuzzi, La codificazione del diritto internazionale privato. Neapel 1887.

I.

In den dem Codice civile von 1865 vorausgeschickten Disposizioni sulla pubblicazione, interpretazione ed applicazione delle leggi in generale (Bestimmungen über die Kundmachung, die Auslegung und die Anwendung der Gesetze im Allgemeinen) sind wichtige Normen (Art. 6—12) enthalten.

Art. 6.

Lo stato e la capacità delle persone ed i rapporti di famiglia sono regolati dalla legge della nazione a cui esse appartengono.

Art. 6.

Der Status und die persönliche Fähigkeit der Personen und die Familienverhältnisse werden durch das Gesetz der Nation, dem die Personen angehören, geregelt.

Art. 7.

I beni mobili sono soggetti alla legge della nazione del proprietario, salve le contrarie dis-

Art. 7.

Die beweglichen Güter sind dem Gesetze der Nation des Eigentümers unterworfen,

posizioni della legge del paese nel quale si trovano.

I beni immobili sono soggetti alle leggi del luogo dove sono situati.

unbeschadet der entgegenstehenden Bestimmungen der Gesetze des Landes, wo sie sich befinden.

Die unbeweglichen Güter unterstehen den Gesetzen des Ortes, wo sie gelegen sind.

Art. 8.

Le successioni legittime e testamentarie però, sia quanto all' ordine di succedere, sia circa la misura dei diritti successorii, e la intrinseca validità delle disposizioni, sono regolate dalla legge nazionale della persona, della cui eredità si tratta, di qualunque natura siano i beni ed in qualunque paese si trovino.

Art. 8.

Es werden jedoch die, sei es kraft gesetzlicher, sei es kraft testamentarischer Erbfolge übergehenden Erbschaften, sowohl in Ansehung der Erbfolge, als des Ausmafses der Erbrechte und ferner die innere Gültigkeit der Verfügungen durch das Gesetz jener Nation geregelt, welcher die Person angehört, um deren Erbschaft es sich handelt, welch immer einer Art das Vermögen ist und in was immer für einem Lande sich dasselbe befindet.

Art. 9.

Le forme estrinseche degli atti tra vivi e di ultima volontà sono determinate dalla legge del luogo in cui sono fatti. È però in facoltà de' disponenti o contraenti di seguire le forme della loro legge nazionale, purchè questa sia comune a tutte le parti.

La sostanza e gli effetti delle donazioni e delle disposizioni di ultima volontà si reputano regolati dalla legge nazionale dei disponenti. La sostanza e gli effetti delle obbligazioni si reputano regolati dalla legge del luogo in cui gli atti furono fatti, e, se i contraenti stranieri appartengono ad una stessa nazi-

Art. 9.

Die äufseren Formen der Rechtsgeschäfte unter Lebenden und der letztwilligen Anordnungen werden durch das Gesetz des Ortes ihrer Errichtung bestimmt. Es steht jedoch den Anordnenden oder Vertragsschliefsenden frei, die durch das Gesetz ihrer Nation bestimmten Formen zu beobachten, jedoch nur dann, wenn dieses allen Parteien gemeinsam ist.

Das Wesen und die Wirkungen der Schenkungen und der letztwilligen Anordnungen werden als durch das Gesetz der Nation, welcher die Verfügungen angehören, geregelt angesehen. Das Wesen und die Wirkungen

one, dalla loro legge nazionale. E salva in ogni caso la dimostrazione di una diversa volontà.

der Verbindlichkeiten werden als durch das Gesetz des Ortes geregelt angesehen, wo sie eingegangen wurden, und, wenn die fremden vertragsschliefsenden Parteien einer und derselben Nation angehören, durch das Gesetz der letzteren. In jedem Falle bleibt der Nachweis einer andern Absicht vorbehalten.

Art. 10.

La competenza e le forme dei procedimenti sono regolate dalla legge del luogo in cui segue il guidizio.

I mezzi di prova delle obbligazioni sono determinati dalle leggi del luogo in cui l'atto fu fatto.

Le sentenze pronunziate da autorità straniere nelle materie civili avranno esecuzione nel regno, quando siano dichiarate esecutive nelle forme stabilite dal codice di procedura civile, salve le disposizioni delle convenzioni internazionale.

I modi di esecuzione degli atti e delle sentenze sono regolati dalla legge del luogo in cui si procede all' esecuzione.

Art. 10.

Die Zuständigkeit und die Formen des Prozesses werden durch das Gesetz des Ortes geregelt, an dem das gerichtliche Verfahren stattfindet.

Die Beweismittel der Verbindlichkeiten werden durch die Gesetze des Ortes bestimmt, an dem das Rechtsgeschäft zu Stande gekommen ist.

Die von fremden Behörden gefällten Urteile in Civilrechtsangelegenheiten werden im Königreiche in Vollzug gesetzt, wenn sie in den durch die Civilprozefsordnung bestimmten Formen für vollstreckbar erklärt sind, unbeschadet der Bestimmungen internationaler Übereinkommen.

Die Art und Weise der Vollstreckung der Akte und Urteile wird durch die Gesetze des Ortes geregelt, an welchem mit dem Vollzuge vorgegangen wird.

Art. 11.

Le leggi penali e di polizia e sicurezza pubblica obbligano tutti coloro che si trovano nel territorio del regno.

Art. 11.

Die Straf- und die Polizeigesetze, sowie jene für öffentliche Sicherheit, sind für alle Personen verbindlich, welche sich auf dem Gebiete des Königreiches befinden.

Art 12.

Non ostante le disposizioni degli articoli precedenti, in nessun caso le leggi, gli atti e le sentenze di un paese straniero, e le private disposizioni e convenzioni potranno derogare alle leggi proibitive del regno che concernano le persone, i beni o gli atti, nè alle leggi riguardanti in qualsiasi modo l'ordine pubblico ed il buon costume.

Art. 12.

Ungeachtet der Bestimmungen der vorhergehenden Artikel werden in keinem Falle die Gesetze, die Rechtsgeschäfte (Akte) und die Erkenntnisse eines fremden Staates wie auch Privatanordnungen und Uebereinkommen, weder die ein Verbot aussprechenden Gesetze des Königreichs, welche die Personen, die Güter oder die Rechtsgeschäfte (Akte) betreffen, noch die Gesetze, welche in irgend einer Weise die öffentliche Ordnung und die guten Sitten angehen, ganz oder teilweise aufheben können.

II.

Vergl. auch Art. 58 des Codice di commercio (1883).

La forma e i requisiti essenziali delle obbligazioni commerciali, la forma degli atti da farsi per l'esercizio e la conservazione dei diritti che ne derivano o per la loro esecuzione, e gli effetti degli atti stessi, sono regolati rispettivamente dalle leggi o dagli usi del luogo dove si emettono le obbligazioni e dove si fanno o si eseguiscono gli atti suddetti, salva in ogni caso l'eccezione stabilita nell' articolo 9 delle disposizioni preliminari del codice civile per coloro che sono soggetti ad una stessa legge nazionale.

Die Form und die wesentlichen Erfordernisse der handelsrechtlichen Obligationen, die Form der Rechtsgeschäfte, welche zum Zwecke der Ausübung oder der Erhaltung der aus denselben entspringenden Rechte oder behufs ihrer Execution, errichtet werden, ebenso die Wirkungen der Rechtsgeschäfte selbst, werden von den jeweiligen Gesetzen oder von dem Gewohnheitsrechte des Ortes regiert, an welchem die Obligationen abgeschlossen werden und an welchem die obgenannten Rechtsgeschäfte errichtet oder exequiert werden, jedoch in allen Fällen vorbehältlich der in Art. 9 der Präliminarbestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches aufgestellten Ausnahme bezüglich Derjenigen, welche ihrem eigenen nationalen Rechte unterstellt sind.

9. Die deutsche Reichsgesetzgebung.

I. Art. 84 der deutschen Wechselordnung (1848).

Die Fähigkeit eines Ausländers, wechselmäfsige Verpflichtungen zu übernehmen, wird nach den Gesetzen des Staates beurteilt, welchem derselbe angehört. Jedoch wird ein nach den Gesetzen seines Vaterlandes nicht wechselfähiger Ausländer durch Übernahme von Wechselverbindlichkeiten im Inlande verpflichtet, insofern er nach den Gesetzen des Inlandes wechselfähig ist.

II. Der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich. (Erste Lesung 1888.)

Dieser Entwurf enthält keine Normen über das internationale Privatrecht.

Von den „Grundsätzen des internationalen Privatrechts“ wird in den Motiven Bd. IV, S. 310 gesprochen (unter Bezugnahme auf § 1334, betr. Eheverträge).

Am gleichen Orte, S. 969, wird mit Bezug auf die Adoption gesagt:

> Die Frage, ob ein Ausländer im Inlande an Kindesstatt annehmen oder angenommen werden kann, richtet sich nach den Grundsätzen des internationalen Privatrechts.

Am gleichen Orte, S. 1047, findet sich folgende Bemerkung:

> Die Frage, nach welchem Rechte die Voraussetzungen für die Anordnung der Vormundschaft über einen Ausländer zu beurteilen sind und ob und inwieweit auch für Ausländer die Anordnung einer Vormundschaft im Inlande zu erfolgen hat, ist nach den Grundsätzen des internationalen Privatrechts zu beurteilen.

Laut einer Notiz von Surville et Arthuys: Cours élémentaire de droit international privé (Paris 1890) S. 11, Anm.,

waren 26 Artikel über die Materie ausgearbeitet, allein sie wurden nicht publiziert.

III. Vorschlag von C. Rocholl.

In dem Buche, betitelt: „Vorschläge zur Abänderung des Entwurfes eines deutschen bürgerlichen Gesetzbuches in Form eines Gegenentwurfes mit kurzer Begründung.“ (Erstes Buch: Allgemeiner Teil.) Breslau 1890 heisst es:

§ 2a. Die Gesetze fremder Staaten kommen, soweit nicht durch öffentliches Recht und Staatsverträge etwas anderes bestimmt ist, in Deutschland nur in folgenden Beziehungen zur Anwendung:

a) Die Rechts- und Handlungsfähigkeit des Ausländers wird, sofern nicht eine im Auslande vorgenommene Rechtshandlung in Frage steht, nach den Gesetzen seines Heimatsstaats beurteilt.

b) Die ehelichen Güterrechte bestimmen sich nach dem ersten Ehedomizile, die persönlichen Verhältnisse der Eheleute nach dem jeweiligen Ehedomizile, das Erbrecht nach dem letzten Domizile des Erblassers, die sonstigen Familienrechte nach dem Rechte des Heimatsstaates.

c) Die Rechte an beweglichen und unbeweglichen Sachen sind nach dem Rechte desjenigen Staates zu beurteilen, wo die Sache sich befindet. Ausgenommen sind solche bewegliche Sachen, welche dazu bestimmt sind, von Ort zu Ort fortbewegt zu werden, oder welche sich auf dem Transporte befinden. Für diese gilt das Recht des Staates, welchem ihr Besitzer angehört.

d) Die Gültigkeit der Form eines Rechtsgeschäfts richtet sich nach dem Rechte desjenigen Orts, wo es zum Abschlusse kommt, mit Ausnahme des Falles, wo das B. G. B. die Folge der Nichtigkeit an den Mangel einer bestimmten Form knüpft.

e) Sofern die Vorschrift des B. G. B. nicht zwingender Natur ist, mufs der Inhalt eines persönlichen

Rechtsverhältnisses nach ausländischem Rechte beurteilt werden, wenn das Rechtsverhältnis im Auslande seinen Sitz hat; und unter derselben Voraussetzung richtet sich die privatrechtliche Folge einer unerlaubten Handlung nach dem Tatorte.

---

10. Das niederländische Recht.

Litteratur:

Asser-Cohn, Das internationale Privatrecht. S. 14, 22.
Asser, R. D. J. I. S 113—118.
Hingst, R. D. J. XIII. S. 401—417. XIV. S. 414—434.

I. Die Bestimmungen des Gesetzes betreffend die allgemeinen Vorschriften für die Gesetzgebung (Wet houdende Algemeene Bepalingen van Wetgeving) lauten:

Vgl. van Drumpt, Commentar (Utrecht 1878).

Art. 6.	Art. 6.
De wetten, betreffende de rechten, den Staat en de bevoegdheid der personen, verbinden de Nederlanders, ook wanneer zij zich buiten 's lands bevinden.	Die Gesetze betreffend die Rechte des Status und die Handlungsfähigkeit von Personen gelten für Niederländer, auch wenn dieselben im Auslande sich aufhalten.
Art. 7.	Art .
Ten opzichte van onroerende goederen, geldt de wet van het land of der plaats, alwaar die goederen gelegen zijn.	Immobilien unterliegen dem Gesetze des Landes oder der Orte, wo sie sich befinden.
Art. 8.	Art. 8.
De strafwetten en de verordeningen van policie zijn verbindende, voor allen, die zich op het grond gebied van het Koningrijk bevinden.	Die Strafgesetze und Polizeiverordnungen sind verbindlich für alle, welche sich auf dem Territorium des Königreiches befinden.
Art. 9.	Art. 9.
Het burgerlijk recht van het Koningrijk is hetzelfde voor	Soweit nicht das Gesetz ein Anderes bestimmt, gilt das

vreemdelingen, als voor de Nederlanders, zoolang de wet niet bepaaldelijk het tegendeel vaststelt.

Civilrecht des Königreichs sowohl für Ausländer als auch für Niederländer.

Art. 10.

De vorm van alle handelingen wordt beoordeeld naar de wetten van het land of de plaats, alwaar die handelingen zijn verricht.

Art. 10.

Die Form aller Acte wird beurteilt nach den Gesetzen des Landes oder Ortes, wo die Acte errichtet sind.

II. Das niederländische Gesetzbuch (1883).

Art. 982.

Bij een enkel onderhandsch, door den erflater geheel geschreven, gedagteenkend en onderteekend stuk, kunnen, zonder verdere formaliteiten, beschikkingen na doode worden gemaakt, doch alleen en bij uitsluiting, ter aanstelling van executeuren, ter bestelling van begrafenis, tot het maken van legaten van kleederen, van lijfstoebehooren, van bepaalde lijfsieraden en van bijzondere meubelen.

[De herroeping van zoodanig stuk kan op dezelfde wijze onder de hand geschieden. (B. 979, 983, 992, 998 v., 1039, R. 662, O. 42)].

Art. 982.

Journal de droit international privé XI. 408.

On peut faire des dispositions à cause de mort par un simple acte écrit, daté et signé par le testateur sans autres formalités. Cependant ces dispositions ne pourront porter que sur la nomination d'exécuteurs testamentaires, sur les funérailles, sur les legs d'habits, de linge de corps, de parures déterminées ou de certains meubles.

Art. 992.

Een Nederlander, die zich in een vreemd land bevindt, zal geenen anderen uitersten wil kunnen maken, dan bij authentieke akte en met in achtneming van de formaliteiten welke in het land, alwaar de akte verleden wordt, gebruikelijk zijn.

Hij is echter bevoegd om bij een onderhandsch stuk te be-

Art. 992.

Le Néerlandais qui se trouve en pays étranger ne pourra faire sa disposition de dernière volonté que par acte authentique et en observant les formalités usitées dans le pays où l'acte sera passé, néanmoins il pourra aussi disposer par acte de sa main de la manière prescrite par l'article 982.

schikken, op den voet en de wijze als hier-boven bij artikel 982 is omschreven. (A. 6, 10, B. 983).

NB. Art. 18 des niederländischen Gesetzes vom 25. Juli 1871 ermächtigt die Consuln, einen Hinterlegungsakt aufzunehmen bezüglich der im Auslande von Niederländern errichteten Testamente.

Der Entwurf eines niederländischen Gesetzes über die Handelspapiere (1886) enthält folgende Bestimmung in Artikel 2:

Die Wechselfähigkeit des Niederländers wird beurteilt nach niederländischem Recht, die von Fremden nach dem Rechte ihres Landes.

Vgl. Riesser in der Z. für vergl. R. VII. S. 2.

II. Das Privatrecht von Portugal.

I. Das Civilgesetzbuch (1868, Codigo civil portuguez) enthält in parte I. L. unico tit. V. folgende Bestimmungen:

Dos estrangeiros em Portugal.	Von den Fremden in Portugal[1].
Art. 26°. Os estrangeiros, que viajam ou residem em Portugal, teem os mesmos direitos e obrigações civis dos cidadãos portuguezes, em quanto aos actos que hão de produzir os seus effeitos n'este reino; excepto nos casos em que a lei expressamente determine o contrario, ou se existir tratado ou convenção especial, que determine e regule de outra forma os seus direitos.	Art. 26. Die Fremden, welche in Portugal reisen oder wohnen, haben dieselben bürgerlichen Rechte und Verpflichtungen wie die portugiesischen Bürger mit Bezug auf die Akte, welche ihre Wirkungen in unserem Königreiche hervorbringen sollen, mit Ausnahme der Fälle, in welchen das Gesetz ausdrücklich das Gegenteil bestimmt, oder wenn ein spezieller Vertrag oder eine bestimmte Übereinkunft besteht, welche deren Rechte (scil. die Rechte der Fremden) auf andere Weise bestimmen und regulieren.

[1] Diese Übersetzung rührt von Dr. E. Schurter her.

Art. 27°.

O estado e a capacidade civil dos estrangeiros são regulados pela lei do seu paiz.

Art. 27.

Der Status und die bürgerliche Handlungsfähigkeit der Fremden werden von dem Gesetze ihres Landes reguliert.

Art. 28°.

Os estrangeiros, sendo encontrados n'este reino, podem ser demandados perante as justiças portuguezas, pelas obrigações contrahidas com portuguezes em paiz estrangeiro.

Art. 28.

Die Fremden, welche in unserem Königreiche getroffen werden, können von den portugiesischen Gerichten belangt werden für (die) Verpflichtungen, welche sie im Auslande gegenüber Portugiesen eingegangen sind.

Art. 29°.

Os estrangeiros, podem, egualmente, ser demandados por outros estrangeiros perante as justiças portuguezas, por obrigações contrahidas no reino, se n'elle forem encontrados.

Art. 29.

Die Fremden können in gleicher Weise von andern Fremden vor den portugiesischen Gerichten belangt werden für Verpflichtungen, welche sie im Königreiche eingegangen sind, sofern sie in demselben getroffen werden.

Art. 30°.

O disposto nos dois artigos precedentes, deve entender-se sem prejuizo do que fica ordenado na ultima parte do artigo 26°.

Art. 30.

Die Bestimmung der zwei vorhergehenden Artikel versteht sich ohne Präjudiz für die Vorschrift des letzten Teiles von Art. 26.

Art. 31°.

As sentenças proferidas nos tribunaes estrangeiros sobre direitos civis, entre estrangeiros e portuguezes, podem ser executadas perante os tribunaes portuguezes, nos termos prescriptos no codigo do processo.

Art. 31.

Die Urteilssprüche, welche fremde Gerichte über Civilrechte (in Prozessen) zwischen Fremden und Portugiesen gefällt haben, können vor den portugiesischen Gerichten vollzogen werden, gemäfs den Vorschriften der Prozefsordnung.

11. Das portugiesische Handelsgesetzbuch (1888).

Litteratur:

Lehr, Code de commerce portugais traduit et annoté. (Paris 1889.)
Lehr im Journal XV. 352—354.
E. Rolin, R. D. J. XX. 188 ff.

Art. 12.

A capacidade commercial dos portuguezes que contrahem obrigações mercantis em paiz estrangeiro, e a dos estrangeiros que as contrahem em territorio portuguez, será regulada pela lei do paiz de cada um, salvo quanto aos ultimos n'aquillo em que fôr opposta ao direito publico portuguez.

Art. 12.

La capacité commerciale des Portugais qui contractent des obligations de commerce en pays étranger, et celle des étrangers qui en contractent sur le territoire portugais, sera reglée par la loi nationale de chacun d'eux; sauf à l'égard de ces derniers le cas où cette loi serait contraire au droit public portugais.

---

12. Das spanische Civilgesetzbuch.

(Neu promulgiert mit Änderungen vom 24. Juli 1889.)

Litteratur:

Lehr, Eléments de droit civil espagnol. I. Band. Paris 1880; II. Band 1890. Speciell II. S. 31—34.
A. Levé, Code civil espagnol traduit et annoté. Paris 1890.

Art. 8.

Las leyes penales, las de policía y las de seguridad pública, obligan á todos los que habiten en territorio español.

Art. 8.

Les lois pénales, de police et de sûreté publique obligent tous ceux qui habitent le territoire espagnol.

Art. 9.

Las leyes relativas á los derechos y deberes de familia, ó al estado, condición y capacidad legal de las personas, obligan á los españoles, aunque residan en país extranjero.

Art. 9.

Les lois qui règlent les droits et les devoirs de famille, l'état, la condition et la capacité légale des personnes obligent les Espagnols, même s'ils résident en pays étranger.

Art. 10.

Los bienes muebles están sujetos á la ley de la nación del proprietario; los bienes inmuebles, á las leyes del país en que están sitos.

Sin embargo, las sucesiones legítimas y las testamentarías, así respecto al orden de suceder como á la cuantía de los derechos sucesorios y á la validez intrínseca de sus disposiciones, se regularán por la ley nacional de la persona de cuya sucesión se trate, cualesquiera que sean la naturaleza de los bienes y el país en que se encuentren.

Los vizcainos, aunque residan en las villas, seguirán sometidos, en cuanto á los bienes que posean en la tierra llana, á la ley 15, título 20 del Fuero de Vizcaya.

Art. 10.

Les biens meubles sont régis par la loi du pays de leur propriétaire; les biens immeubles par celle du pays où ils sont situés.

Néanmoins les successions légales et testamentaires, comme tout ce qui touche à l'ordre de successions, à l'importance des droits successoraux et à la valeur intrinsèque de ces dispositions, se règlent d'après la loi du pays de la personne décédée, quelle que soit la nature de ses biens et le pays où ils se rencontrent.

Les habitants de la Biscaye, même residant dans les villes, seront soumis à la loi 15, titre 20 du Fuéro de Biscaye pour les biens qu'ils possèdent dans la campagne.

Art. 11.

Las formas y solemnidades de los contratos, testamentos y demás instrumentos públicos, se rigen por las leyes del país en que se otorguen.

Cuando los actos referidos sean autorizados por funcionarios diplomáticos ó consulares de España en el extranjero, se observarán en su otorgamiento las solemnidades establecidas por las leyes españolas.

No obstante lo dispuesto en este artículo y en el anterior, las leyes prohibitivas concernientes á las personas, sus actos, ó sus bienes, y las que tienen por objeto el orden público y las buenas costumbres, no quedarán

Art. 11.

Les formes et solennités des contrats, testaments et de tous les actes publics se règlent d'après les lois du pays où ils sont faits.

Quand les actes susdits sont faits à l'étranger par des agents diplomatiques ou consulaires d' Espagne, on observera dans leur rédaction les solennités établies par les lois espagnoles.

Malgré les dispositions de cet article et du précédent, les lois prohibitives concernant les personnes, leurs actes, leurs biens, celles qui ont pour objet l'ordre public et les bonnes moeurs ne perdront point leur effet quels que soient les lois, jugements, dispo-

sin efecto por leyes ó sentencias dictadas, ni por disposiciones ó convenciones acordadas en país extranjero.

sitions ou conventions accordées à l'étranger.

Art. 12—16 beziehen sich auf innerspanische Verhältnisse.

---

13. Der Code civil von Serbien.
(1844.)

Litteratur:

Pavlovitsch im Journal XI. S. 1—28. 140—162; speciell S. 12.

Art. 6.

Si un étranger a contracté avec un Serbe ou avec un autre étranger en Serbie, justice lui sera faite d'après les dispositions de ce Code, à moins qu'il n'ait contracté en pays étranger, qu'il n'ait eu en vue la loi étrangère, ou que les suites de l'affaire contractée ne dussent se produire en pays étranger.

Art 45.

La loi prend aussi sous sa pleine protection les étrangers qui séjournent en Serbie, sous le rapport des droits qui se rattachent à leur personne ou à leur propriété, à moins que, pour la jouissance d'un droit spécial, la loi n'exige la qualité de citoyen serbe.

Art. 47.

L'étranger jouira en Serbie des mêmes droits civils que ceux accordés aux Serbes par l'Etat auquel cet étranger appartiendra. Dans le cas de doute, l'étranger doit fournir des preuves.

Art. 53.

Le Code civil protège les droits de tous les citoyens serbes et des étrangers d'une autre religion; il leur accorde la jouissance des droits civils, à moins que la jouissance de certains droits ne soit limitée par une disposition expresse de la loi.

---

14. Das Liv-, Est- und Curländische Privatrecht. (1864.)

Litteratur:

Lehr, Eléments de droit civil russe. I. S. 4.
Erdmann, System des Privatrechts der Ostseeprovinzen Liv-, Est- und Curland. I. S. 49—65. Riga 1889.

Das Liv-, Est- und Curländische Privatrecht wurde auf Befehl des Kaisers Alexander II. im Jahre 1864 zusammengestellt. Dasselbe enthält in der Einleitung (Dritter Titel: Von der Anwendung fremder Gesetze) folgende Bestimmungen:

XXVII.

Jedes Gericht ist verbunden, sich nach den für das ihm angewiesene Rechtsgebiet geltenden Rechtsnormen zu richten, selbst wenn Ausländer dabei beteiligt sind, falls nur die in Frage kommenden Personen ihrem Domizil und Stande nach der Jurisdiction des Gerichts unterliegen (Art. IV—XII). Wenn jedoch die Rechtsverhältnisse von Personen in Rede stehen, welche nicht in dem betreffenden Jurisdictionsbezirke domiziliert sind, sie mögen ihren Wohnsitz in anderen Jurisdictionsbezirken der Ostseeprovinzen, oder in den inneren Gouvernements des Reichs oder im Auslande haben, desgleichen wenn es auf die Rechtsverhältnisse von Immobilien ankommt, welche ausserhalb des bezüglichen Jurisdictionsbezirkes belegen sind, so sind — auf Grundlage der nachstehenden Bestimmungen (Art. XXVIII—XXXVI) die für jene Personen und Immobilien geltenden fremden Gesetze in Anwendung zu bringen.

XXVIII.

Die Rechts- und Handlungsfähigkeit einer Person ist nach demjenigen Rechte zu beurteilen, welches an dem Orte ihres Domizils für die Personen desselben Standes gilt, welchem sie angehört.

XXIX.

Die ehelichen Güterrechte stehen unter der Herrschaft des Rechts, welchem der Ehemann zur Zeit der Eingehung

der Ehe seinem Wohnsitze und Stande nach unterworfen war. Verändert der Ehemann in der Folge sein Domizil oder seinen Stand, so werden zwar auch die ehelichen Güterrechte demgemäfs geändert, jedoch nur in so weit, als dadurch nicht die bis dahin erworbenen Rechte Dritter verletzt werden.

XXX.

Die aus einer aufserehelichen Geschlechtsverbindung entspringenden Rechtsverhältnisse unterliegen den Bestimmungen desjenigen Rechtes, welches für den Schwächenden, seinem persönlichen Gerichtsstande nach, maafsgebend ist. Auf die an dem Orte, wo der Beischlaf stattgehabt, geltenden Gesetze ist dabei keine Rücksicht zu nehmen. Gehört übrigens die Geschwächte dem Bauernstande an, so ist das Verhältnis nach dem bezüglichen Bauerrechte zu beurteilen.

XXXI.

Die elterliche Gewalt ist nach den Gesetzen zu beurteilen, welchen der Vater, seinem Wohnsitze und Stande nach, unterworfen ist.

XXXII.

Die Vormundschaft richtet sich nach den in dem Jurisdictionsbezirke des Gerichts, vor welchem der Bevormundete seinen persönlichen Gerichtsstand hat, geltenden Gesetzen.

XXXIII.

Rechte an unbeweglichen Sachen, desgleichen der Besitz solcher Sachen, richten sich nach den Gesetzen des Rechtsgebietes, in welchem sie belegen sind; Rechte an beweglichen Sachen und deren Besitz dagegen nach denjenigen Gesetzen, denen der Eigentümer oder Besitzer, seinem persönlichen Gerichtsstande nach, unterworfen ist.

XXXIV.

Anfall und Erwerbung einer Erbschaft sind nach den Gesetzen desjenigen Rechtsgebietes zu beurteilen, welchem der Erblasser seinem Wohnsitze und Stande nach zuletzt angehörte. Hatte er mehrere Wohnsitze, so ist derjenige maafsgebend, in welchem er sich zuletzt aufgehalten. In Liv-

land sind hiervon Immobilien ausgenommen, welche, auch wenn sie Bestandteile einer Erbschaft sind, dem Rechte des Orts, wo sie belegen sind, unterliegen. Ebenso sind die im Innern des Reiches belegenen Immobilien, auch wenn sie zu einem Nachlafs gehören, stets nach den Reichsgesetzen zu beurteilen.

XXXV.

Bei Forderungsrechten aus Verträgen kommt es zunächst darauf an, ob nicht die Kontrahenten über das für die Beurteilung ihrer gegenseitigen Rechtsverhältnisse in Anwendung zu bringende Recht sich ausdrücklich geeinigt haben. Eine solche Übereinkunft ist bei Kraft zu erhalten, sofern ihr nicht absolut gebietende oder verbietende Gesetze entgegenstehen. Ist eine Übereinkunft der Art nicht getroffen, so ist anzunehmen, dafs sich die Parteien dem Rechte desjenigen Jurisdictionsbezirkes unterworfen haben, in welchem die aus dem Rechtsgeschäft entspringende Verbindlichkeit erfüllt werden soll. Nach diesem Rechte ist insbesondere die materielle Gültigkeit und die Wirkung des Rechtsgeschäftes zu beurteilen.

XXXVI.

In Betreff der Form der Rechtsgeschäfte (der Verträge, so wie letzter Willensverordnungen) können ebensowohl die Vorschriften für denjenigen Jurisdictionsbezirk beobachtet werden, in welchem das Rechtsgeschäft in Wirksamkeit treten soll, als auch die Gesetze des Ortes, an welchem das Rechtsgeschäft vorgenommen wird.

---

15. Das Civilgesetzbuch von Costa-Rica.

(1841. Revidiert 1857.)

Im Einleitungstitel sagt das Gesetzbuch (Codigo general de la República de Costa-Rica) in Art. 1 § 3—5 folgendes:

§ 3.

Los bienes immuebles, aunque se posean por extranjeros serán rejidos por la ley del Estado.

§ 3.

Die Immoblien werden, auch wenn sie von Fremden besessen werden, von dem Gesetze des Staates regiert.

§ 4.

Las leyes de policía y de seguridad obligan á todos los que habitan en el territorio del Estado.

§ 4.

Die Polizei- und Sicherheitsgesetze sind für alle, welche das Staatsgebiet bewohnen, verbindlich.

§ 5.

Las leyes que interesan al órden público y á las buenas costumbres no se pueden renunciar por convenios particulares.

§ 5.

Die Gesetze, welche im Interesse der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten erlassen werden, können durch Privatübereinkommen nicht unverbindlich gemacht werden.

---

16. Die Gesetzgebung von Chile.

Litteratur:

Fabrès, Journal. XIV. 133—143. 291—299.

1. Das (noch geltende) spanische Gesetz, Tit. 14 der Partida 3, Art. 15:

> Nous disons et ordonnons que toute loi contenue dans ce notre livre, que quiconque aura invoqué devant le juge pour prouver et avérer son intention, si elle prouve ce qu'il dit, voudra et devra être appliquée. Et si par aventure la loi invoquée était celle d'un pays étranger et placé en dehors de notre souveraineté, nous ordonnons qu'elle n'ait pas force de preuve dans notre royaume, excepté dans les litiges survenant entre des hommes de ce pays relativement à des contrats (pleyto), conventions et quasi-contrats (postura) qu'ils y auraient passés, ou bien au sujet de quelque objet meuble ou ayant racine dans ce même pays. Car alors bien que ces

étrangers disputent sur ces choses devant notre juge, ils peuvent, s'ils l'invoquent devant lui, recevoir la loi de ce pays et c'est d'après elle que le procès doit être éclairci et jugé.

2. Der Code civil von 1855.

Vgl. Neubauer, Z. für Handelsrecht N. F. XXI. 411 ff. Der einleitende Titel enthält in § 3 folgende Bestimmungen:

Art. 14.

La lei es obligatoria para todos los habitantes de la República, inclusos los estranieros.

Art. 14.

Das Gesetz ist obligatorisch für alle Bewohner des Staates mit Einschluss der Ausländer.

Art. 15.

A las leyes patrias que reglan las obligaciones i derechos civiles, permanecerán sujetos los chilenos, no obstante su residencia o domicilio en pais estranjero.

1°. En lo relativo al estado de las personas i a su capacidad para ejecutar ciertos actos, que hayan de tener efecto en Chile.

2°. En las obligaciones i derechos que nacen de las relaciones de familia; pero solo respecto de sus conyujes i parientes chilenos.

Art. 15.

Den vaterländischen Gesetzen, welche die civilrechtlichen Verbindlichkeiten und Rechte chilenischer Bürger regeln, bleiben die Chilenen unterworfen, unbeschadet ihres Aufenthalts oder Wohnsitzes im Auslande:

1. In Ansehung des Status der Person und deren Handlungsfähigkeit zur Vornahme gewisser Acte, welche in Chile Wirksamkeit haben sollen.

2. In Ansehung der Verbindlichkeiten und Rechte, welche aus Familienbeziehungen entstehen, aber lediglich in Betreff der chilenischen Ehegatten und der chilenischen Verwandten.

Art. 16.

Los bienes situados en Chile están sujetos a las leyes chilenas, aunque sus dueños sean estranjeros i no residan en Chile.

Esta disposicion se entenderá sin perjuicio de las estipulaciones

Art. 16.

Die in Chile belegenen Sachen sind den chilenischen Gesetzen unterworfen, auch wenn ihre Eigentümer Ausländer sind und sich nicht in Chile aufhalten.

contenidas en los contratos otorgados válidamente en paisestraño.

Pero los efectos de los contratos otorgados en pais estraño para cumplirse en Chile, se arreglarán a las leyes chilenas.

Die Wirkungen der im Auslande geschlossenen Verträge bestimmen sich, wenn die Verträge in Chile erfüllt werden sollen, nach den chilenischen Gesetzen.

Art. 17.

La forma de los instrumentos públicos se determina por la lei del pais en que hayan sito otrorgados. Su autenticidad se probará segun las reglas establecidas eu el Código de Enjuiciamiento.

La forma se refiere a las solemnidades esternas, i la autenticidad al hecho de haber sido realmente otorgados i autorizados por las personas i de la manera que en los tales instrumentos se exprese.

Art. 17.

Die Form der öffentlichen Urkunden bestimmt sich nach den Gesetzen des Landes, in welchem die Urkunden errichtet sind. Ihre Authentizität wird bewiesen nach den in der Prozessordnung festgestellten Regeln.

Ihre Form bezieht sich auf die äufsern Förmlichkeiten und die Ächtheit auf die Thatsache, dafs sie wirklich von den Personen und in der Weise, wie es in solchen Urkunden angegeben wird, errichtet und beglaubigt worden sind.

Art. 18.

En los casos en que las leyes chilenas exijieren instrumentos públicos para pruebas que han de rendirse i producir efecto en Chile, no valdrán las escrituras privadas, cualquiera que sea la fuerza de éstas en el pais en que hubieren sido otorgadas.

Art. 18.

In Fällen, in welchen die chilenischen Gesetze zum Beweise öffentliche Urkunden erfordern, welche in Chile vorgelegt werden und Wirkung haben sollen, gelten nicht Privatschriften, welches auch die Bedeutung der letztern in dem Lande sei, in welchem sie errichtet sind.

Es kommen ferner in Betracht:

Art. 997.

Los estranjeros son llamados a las sucesiones abintestato abiertas en Chile de la misma manera i segun las mismas reglas que los chilenos.

Art. 997.

Ausländer sind zu der in Chile eröffneten Erbfolge in gleicher Weise und nach denselben Regeln wie die Chilenen berufen.

Art. 998.

En la sucesion abintestato de un estranjero que fallezca den-

Art. 998.

Bei der gesetzlichen Erbfolge in den Nachlass eines Auslän

tro o fuera del territorio de la República, tendrán los chilenos a titulo de herencia, de porcion conyugal o de alimentos, los mismos derechos que segun las leyes chilenas les corresponderian sobre la sucesion intestada de un chileno.

Los chilenos interesados podrán pedir que se les adjudique en los bienes del estranjero existentes en Chile todo lo que les corresponda en la sucesion del estranjero.

Esto mismo se aplicará en caso necessario a la sucesion de un chileno que deja bienes en pais estranjero.

ders, welcher innerhalb oder ausserhalb des Territoriums des Staates stirbt, haben die Chilenen unter dem Titel Erbschaft, eheliche Portion oder Alimente diejenigen Rechte, welche ihnen nach den chilenischen Gesetzen bei der gesetzlichen Erbfolge in den Nachlass eines Chilenen zustehen würden.

Die beteiligten Chilenen können verlangen, dass ihnen von den in Chile vorhandenen Vermögensstücken des Ausländers Alles zuerkannt werde, was ihnen bei der Erbfolge nach dem Ausländer gebührt.

17. Das Civilgesetzbuch der argentinischen Republik (seit 1871).

Litteratur:

Asser, R. D. J. V. 591 ff.
Daireaux im Journal de droit internat. pr. XIII. 286—298. 414—424.

Der Codigo civil de la República Argentina enthält folgende Bestimmungen:

Art. 1.

Las leyes son obligatorias para todos los que habitan el territorio de la República, sean ciudadanos ó estranjeros, domiciliados ó transeuntes.

Art. 1.[1])

Die Gesetze sind verbindlich für alle Diejenigen, welche das Territorium der Republik bewohnen, seien es Bürger oder Fremde, Sesshafte oder Aufenthalter.

Art. 5.

Ninguna persona puede tener derechos irrevocablemente ad-

Art. 5.

Niemand kann unwiderruflich erworbene Rechte entgegen einem

[1]) Diese Übersetzung rührt von Dr. E. Schurter her.

quiridos contra una ley de órden público.

Gesetze öffentlichen Charakters besitzen.

Art. 6.

La capacidad ó incapacidad de las personas domiciliadas en el territorio de la República, sean nacionales ó estranjeras, será juzgada por las leyes de este Código, aun cuando se trate de actos ejecutados ó de bienes existentes en país estranjero.

Art. 6.

Die Handlungsfähigkeit oder Handlungsunfähigkeit der auf dem Territorium der Republik wohnhaften Personen, seien es Bürger oder Fremde, soll nach den Bestimmungen dieses Gesetzbuches beurteilt werden, auch wenn es sich um Handlungen, die im Auslande vollzogen wurden, oder um Güter, die im Ausland liegen, handelt.

Art. 7.

La capacidad ó incapacidad de las personas domiciliadas fuera del territorio de la República, será juzgada por las leyes de su respectivo domicilio, aun cuando se trate de actos ejecutados ó de bienes existentes en la República.

Art. 7.

Die Handlungsfähigkeit oder Handlungsunfähigkeit der ausserhalb des Territoriums der Republik wohnenden Personen soll nach den Gesetzen ihres jeweiligen Wohnortes beurteilt werden, auch wenn es sich um Handlungen, die in der Republik vollzogen werden, oder um Güter, die in der Republik liegen, handelt.

Art. 8.

Los actos, los contratos hechos y los derechos adquiridos fuera del lugar del domicilio de la persona, son regidos por las leyes del lugar en que se han verificado; pero no tendrán ejecucion en la República, respecto de los bienes situados en el territorio, si no son conformes á las leyes del país, que reglan la capacidad, estado y condicion de las personas.

Art. 8.

Die aufserhalb des Domizils der Person vollzogenen Handlungen, geschlossenen Verträge und erworbenen Rechte werden von den Gesetzen des Landes regiert, in welchem sie entstanden sind; doch können sie bezüglich der im Territorium liegenden Güter in der Republik nicht rechtlich verfolgt werden, wenn sie nicht den Landesgesetzen entsprechen, welche die Handlungsfähigkeit und den Stand (status) der Personen normieren.

Art. 9.

Las incapacidades contra las leyes de la naturaleza, como la esclavitud, ó las que revistan el carácter de penales, son meramente territoriales.

Art. 9.

Die gegen die Gesetze der Natur verstofsenden Unfähigkeiten, wie die Sklaverei, oder diejenigen, welche strafrechtlichen Charakter besitzen, sind nur territorial.

Art. 10.

Los bienes raíces situados en la República son esclusivamente regidos por las leyes del país, respecto á su calidad de tales, á los derechos de las partes, á la capacidad de adquirirlos, á los modos de transferirlos, y á las solemnidades que deben acompañar esos actos. El título, por lo tanto, á una propriedad raíz, solo puede ser adquirido, transferido ó perdido de conformidad con las leyes de la República.

Art. 10.

Die unbeweglichen Güter, die in der Republik liegen, werden ausschliefslich von den Landesgesetzen regiert bezüglich ihrer Eigenschaft als solche, bezüglich der Rechte der Parteien, der Fähigkeit sie zu erwerben, der Arten sie zu übertragen, und der Förmlichkeiten, welche diese Handlungen begleiten müssen. Das Recht auf unbewegliches Eigentum indessen kann einzig in Gemäfsheit der Gesetze der Republik erworben, übertragen oder verloren werden.

Art. 11.

Los bienes muebles que tienen situacion permanente y que se conservan sin intencion de trasportarlos, son regidos por las leyes del lugar en que están situados; pero los muebles que el proprietario lleva siempre consigo, ó que son de su uso personal esté ó no en su domicilio, como tambien los que se tienen para ser vendidos ó trasportados á otro lugar, son regidos por las leyes del domicilio del dueño.

Art. 11.

Die beweglichen Güter, welche eine feste (beständig verbleibende) Lage haben und die man ohne die Absicht, sie zu transportieren, hält, werden von dem Gesetze des Ortes regiert, in welchem sie gelegen sind; diejenigen Mobilien jedoch, welche der Eigentümer stets mit sich trägt, oder die zu seinem persönlichen Gebrauche dienen, befinden sie sich an seinem Wohnorte oder nicht, wie ebenfalls diejenigen, welche man hält, um sie zu verkaufen oder an einen andern Ort zu transportieren, werden von den Gesetzen des Wohnortes des Eigentümers regiert.

Art. 12.

Las formas y solemnidades de los contratos y de todo instrumento público, son regidas por las leyes del país donde se hubieren otorgado.

Art. 12.

Die Formen und Solemnitäten der Verträge und aller öffentlicher Urkunden werden von den Gesetzen des Landes, in welchem sie errichtet worden sind, regiert.

Art. 13.

La aplicacion de las leyes estranjeras, en los casos en que este Código la autoriza, nunca tendrá lugar sinó á solicitud de parte interesada, á cuyo cargo será la prueba de la existencia de dichas leyes. Esceptúanse las leyes estranjeras que se hicieren obligatorias en la República por convenciones diplomáticas, ó en virtud de ley especial.

Art. 13.

Die Anwendung der fremden Gesetze in den Fällen, in denen sie das gegenwärtige Gesetzbuch zulässt, soll immer nur auf Ansuchen der interessierten Partei erfolgen, welcher der Beweis für die Existenz der genannten Gesetze auferlegt werden soll. Ausgenommen sind diejenigen fremden Gesetze, welche durch Staatsverträge oder kraft Specialgesetz in der Republik verbindlich erklärt sind.

Art. 14.

Las leyes estranjeras no serán aplicables:

1.° Cuando su aplicacion se oponga al derecho público ó criminal de la República, á la Religion del Estado, á la tolerancia de cultos, ó á la moral y buenas costumbres;

2.° Cuando su aplicacion fuere incompatible con el espíritu de la legislacion de este Código;

3.° Cuando fueren de mero privilegio;

4. Cuando las leyes de este Código, en colision con las leyes estranjeras, fuesen mas favorables á la validez de los actos.

Art. 14.

Die fremden Gesetze sollen nicht angewendet werden:

1. Wenn deren Anwendung im Widerspruch steht zum öffentlichen oder Strafrecht der Republik, zur Staatsreligion, zur Cultustoleranz, oder zur Moral und den guten Sitten;

2. Wenn deren Anwendung unvereinbar wäre mit dem Geiste der Gesetzgebung des gegenwärtigen Gesetzbuches;

3. Wenn sie bloſs ein Privileg bilden würden;

4. Wenn die Bestimmungen dieses Gesetzbuches in Kollision mit den fremden Gesetzen der Gültigkeit der Handlungen günstiger wären.

Art. 3283.

El derecho de sucesion al patrimonio del difunto, es regido por el derecho local del domicilio que el difunto tenia á su muerte, sean los sucesores nacionales ó estrangeros.

Art. 3283.

Das Erbrecht auf den Nachlass der Verstorbenen wird durch das örtliche Recht des Domizils regiert, welches der Verstorbene an seinem Tode hatte, mögen seine Erben Einheimische oder Fremde sein.

---

18. Die Gesetzgebung der schweizerischen Kantone.[1]

Die erste Gruppe.

a. Der Kanton Zürich.

α) Das Civilgesetzbuch von 1854 (§ 1—7).

Litteratur:

Bluntschli's Kommentar. S. 1—19 (Protokolle über die Verhandlungen der Gesetzesrevisionskommission. 1856. S. 186—198).
Ullmer's Kommentar. Nr. 11—43.
Ullmer's Supplement. S. 4—23.

§ 1.

Das züricherische Privatrecht gilt zunächst und nur für alle Personen, Einheimische und Fremde, die im Kanton Zürich wohnen oder sich aufhalten oder darin ihr Recht suchen, und für alle Privatverhältnisse, welche im Lande wirksam werden, soweit nicht die eigentümliche Natur des besondern Rechtsverhältnisses entweder die Anwendung eines fremden Rechts auf hiesigem Gebiete oder die Ausdehnung des hiesigen Rechts auf fremdes Gebiet erfordert.

§ 2.

Die rechtlichen Eigenschaften der Kantonsbürger (Rechtsfähigkeit, Handlungsfähigkeit) richten sich selbst im Auslande

[1] Der Einfluss der Bundesgesetzgebung ist zu beachten. Vgl. unten Nr. 19.

nach dem Rechte ihrer Heimat. Ebenso wird in dieser Hinsicht den Kantonsfremden die Anwendung ihres heimatlichen Rechts hierorts gewährt, wenn solches nach dem Rechte des Staates, dem sie angehören, vorgeschrieben wird.

Gleichwol wird ein Fremder, der nach hiesigem Rechte handlungsfähig wäre, in Verkehrsverhältnissen mit Kantonseinwohnern als handlungsfähig auch dann angesehen, wenn er es nach seinem Heimatsrechte überall nicht oder doch mit Bezug auf die in Frage kommenden Rechtsgeschäfte nicht wäre.

§ 3.

Ebenso gilt das Recht des Heimatsortes regelmäfsig für die Familienverhältnisse (z. B. eheliche Vormundschaft und Güterrecht der Ehegatten, Ehescheidungen, väterliche und obrigkeitliche Vormundschaft) der Kantonsbürger, sowie das Recht des Heimatsorts des Erblassers für die Frage seiner Beerbung. Die Familienverhältnisse der Kantonsfremden, welche im Kanton wohnen und die Beerbung von Kantonsfremden, welche im Kanton gewohnt haben, werden insofern nach dem Rechte ihrer Heimat beurteilt, als das Recht des Staates, dem sie angehören, solches vorschreibt. Eine Ausnahme macht die besondere Folge in liegende Stiftungsgüter.

§ 4.

Für Rechte an Liegenschaften gilt das Landrecht, in dessen Gebiet die Liegenschaften gelegen sind. Auch bei der Beurteilung der Rechte an beweglichen Sachen ist die jeweilige Lage der Sache und die natürliche Beziehung derselben zu den verschiedenen Orts- und Landesrechten zu beachten.

§ 5.

Forderungen und Schulden werden regelmäfsig nach dem örtlichen Recht beurteilt, welches nach der besonderen Übereinkunft der Kontrahenten oder nach der innern Natur des Verhältnisses als einverstanden erscheint.

§ 6.

Die äufsere Form eines Rechtsgeschäftes oder einer Rechtshandlung wird in der Regel nach dem Rechte des Orts bestimmt, wo das Rechtsgeschäft abgeschlossen oder die Rechtshandlung vorgenommen worden ist. Im Interesse des Bestandes eines Rechtsgeschäftes kann indessen eine im Ausland vorgenommene Handlung als gültig anerkannt werden, auch wenn gar nicht den dortigen Rechtsformen, wol aber den hierorts für derlei Geschäfte vorgeschriebenen formellen Erfordernissen ein Genüge geschehen ist.

Vorbehalten bleibt die Ungültigkeit derjenigen Handlungen, welche zur Umgehung der hier notwendigen Rechtsformen aufserhalb des Kantons, wenn auch in einer auswärts genügenden Form, vorgenommen worden oder für welche aus öffentlichen Rücksichten, damit sie im Kanton wirksam werden, bindende Vorschriften erlassen worden sind (z. B. Pfandrechte an Fahrnis, Leibdingsverträge).

§ 7.

Vorbehalten bleiben für alle obigen Regeln:

a) besondere Staatsverträge,
b) bindende Vorschriften der Gesetze für besondere Fälle (z. B. über die eheliche Trauung),
c) abweichende ausdrückliche oder aus schlüssigen Tatsachen hervorgehende Bestimmungen der Vertragspersonen oder des Verfügenden, insoweit nicht bindende gesetzliche Vorschriften dadurch verletzt werden.

β) Das Civilgesetzbuch von 1887 (§ 1—6).

Schneider, Kommentar.
Wächter, Grundsätzliche Entscheidungen (1877—1887) 1890. No. 1—19.

§ 1 = § 1 des alten Gesetzes.
§ 2 = § 4 des alten Gesetzes.

§ 3.

Das Recht des Heimatsortes gilt für die Familienverhältnisse (z. B. eheliche Vormundschaft und Güterrecht der

Ehegatten, väterliche und obrigkeitliche Vormundschaft) der Kantonsbürger.

Die Familienverhältnisse von Kantonsfremden, welche im Kanton wohnen, werden insofern nach dem Rechte ihrer Heimat beurteilt, als das Recht des Staates, dem sie angehören, solches vorschreibt.

§ 4.

Für die Beerbung gilt das Recht des Heimatsorts des Erblassers.

Die Beerbung von Kantonsfremden, welche im Kanton gewohnt haben, wird insofern nach dem Rechte ihrer Heimat beurteilt, als das Recht des Staates, dem sie angehören, solches vorschreibt.

Eine Ausnahme macht die besondere Folge in liegenden Stiftungsgütern.

§ 5 = § 6 des alten Gesetzes.

§ 6.

Vorbehalten bleiben für alle obigen Regeln:

a) die Bestimmungen der Staatsverträge.
b) die Vorschriften des eidgenössischen Rechts.
c) besondere Bestimmungen kantonaler Gesetze.
d) abweichende ausdrückliche oder aus schlüssigen Tatsachen hervorgehende Bestimmungen der Vertragspersonen oder des Verfügenden, insoweit nicht andere gesetzliche Vorschriften dadurch verletzt werden.

b. Der Kanton Zug (1861).

§ 1.

Das Zugerische Privatrecht bezieht sich, soweit nicht die eigentümliche Natur des besondern Rechtsverhältnisses eine Ausnahme macht, auf alle Personen und Sachen, welche im Gebiete des Kantons sich befinden und seiner Gerichtsbarkeit unterworfen sind.

§ 2.

Die persönlichen Verhältnisse (Rechtsfähigkeit, Handlungsfähigkeit), die Familienverhältnisse (z. B. eheliche Vormund-

schaft, Güterrecht der Ehegatten, väterliche und obrigkeitliche Vormundschaft) sowie die mit diesen oder jenem im Zusammenhang stehenden Erbverhältnisse (Intestaterbrecht, Testament) der Kantonsbürger, wenn auch im Ausland befindlich, werden nach dem Heimatrecht (der Person, der Familie des Erblassers) beurteilt; sowie auch in dieser Hinsicht den Kantonsfremden die Anwendung ihres heimatlichen Rechtes hierseits gewährt ist, sofern das Recht des Staates, dem sie angehören, solches vorschreibt.

Gleichwohl wird ein Fremder, der nach hiesigem Rechte handlungsfähig wäre, in Verkehrsverhältnissen mit Kantonseinwohnern als handlungsfähig auch dann angesehen, wenn er es nach seinem Heimatrechte überall nicht oder doch mit Bezug auf die in Frage kommenden Rechtsgeschäfte nicht wäre.

§ 3.

Für Rechte an Liegenschaften gilt das Landrecht, in dessen Gebiet die Liegenschaften gelegen sind, sowie auch bei der Beurteilung der Rechte an beweglichen Sachen die jeweilige Lage der Sache und die natürliche Beziehung derselben zu den verschiedenen Orts- und Landesrechten zu beachten bleibt.

§ 4.

Forderungen und Schulden werden nach dem örtlichen Recht, welches nach der besonderen Übereinkunft der Kontrahenten oder nach der innern Natur des Verhältnisses als einverstanden erscheint, beurteilt.

§ 5.

Die äussere Form eines Rechtsgeschäftes oder einer Rechtshandlung wird in der Regel nach dem Rechte des Ortes, wo das Rechtsgeschäft abgeschlossen oder die Rechtshandlung vorgenommen worden, bestimmt.

Im Interesse des Bestandes eines Rechtsgeschäftes kann indessen eine im Ausland vorgenommene Handlung als gültig anerkannt werden, auch wenn zwar nicht den dortigen Rechtsformen, wohl aber den hierorts für derlei Geschäfte

vorgeschriebenen formellen Erfordernissen ein Genüge geschehen ist.

Vorbehalten bleibt die Ungültigkeit derjenigen Handlungen, welche zu Umgehung der hier notwendigen Rechtsformen aufserhalb des Kantons, wenn auch in einer auswärts genügenden Form, vorgenommen werden oder für welche aus öffentlichen Rücksichten, damit sie im Kanton wirksam werden, bindende Vorschriften erlassen worden sind.

§ 6.

Vorbehalten bleiben für alle obige Regeln besondere Staatsverträge, bindende Vorschriften für besondere Fälle und abweichende in der Kompetenz der kontrahierenden Teile liegende Vertragsbestimmungen.

c. Der Kanton Schaffhausen (1864).

§ 1— 7.

Wörtlich wie bei Zürich.
Vgl. auch § 924 und 925.

d. Der Kanton Tessin.

α) Der Codice civile von 1837 (Art. 7 —9).

Art. 7.

Con nessuna privata convenzione può derogarsi alle leggi che risguardano l'ordine pubblico ed i buoni costumi.

Art. 8.

Gli atti che si intraprendono da un Ticinese all'estero, se hanno a produrre effetto nel Cantone, devono regolarsi colle disposizioni di questo Codice in ciò che concerne lo stato e la capacità delle persone.

Art. 9.

Le leggi favoriscono ed obbligano anche lo straniero in quanto soggiorna, contratta possiede o può acquistare nel Cantone.

β) Der codice civile von 1882 (Art. 5—8).

Diese Bestimmungen lauten:

Art. 5 = Art. 7 oben.

Art. 6.

Gli atti che si intraprendono da un ticinese all'estero, se hanno a produrre effetto nel Cantone devono regolarsi colle disposizioni della legge nazionale in ciò che concerne lo stato e la capacità delle persone.

La capacità civile degli esteri è regolata dalla legge del paese cui appartengono.

Se però un estero, che, secondo la legge del suo paese, non ha la capacità civile, contrae impegni nella Svizzera, egli si obbliga validamente in quanto possieda questa capacità secondo la legge svizzera.

NB. Es wird hier Art. 10, lemma 2 u. 3 des schweizerischen Gesetzes vom 22. Juni 1881 betreffend die Handlungsfähigkeit citiert.

e. Der Kanton Graubünden (1862).

Litteratur:

v. Planta, Kommentar 1863.

§ 1.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden ihre Anwendung:

1. Mit Bezug auf das Personenrecht:
   a) auf alle Kantonsangehörige, selbst wenn sie außer dem Kanton wohnen;
   b) auf die im Kanton bestehenden juristischen Personen;
   c) auf im Kanton niedergelassene oder aufhältliche Kantonsfremde dagegen nur soweit, als nicht etwa das Gesetz oder die Natur des betreffenden Rechtsverhältnisses die Anwendung eines fremden Rechts fordert.

2. Mit Bezug auf das Sachenrecht: auf alle im Gebiete des Kantons befindlichen Sachen.

3. Mit Bezug auf das Forderungsrecht: auf alle nach Mafsgabe der Civilprozessordnung bei den hiesigen Gerichten klagbaren Forderungen.

4. Mit Bezug auf das Erbrecht:

a) auf alle von Kantonsangehörigen herrührende (wenn auch im Auslande gefallene) Erbschaften und Vermächtnisse, sofern Kantonsangehörige dabei beteiligt sind;

b) auf im Kanton gefallene, von Nichtbündnern herrührende Erbschaften und Vermächtnisse nur insofern nicht die heimatlichen Gesetze des Erblassers die Anwendung der letzteren verlangen.

Die Vorschriften über gerichtliche Verwahrung und Liquidation sind jedoch auf alle im Kanton gefallene Erbschaften anwendbar.

f. Der Kanton Unterwalden (nid dem Wald).

Das bürgerliche Gesetzbuch für den Kanton Unterwalden nid dem Wald (Personenrecht, 1852) bestimmt in der Einleitung folgendes:

§ 4.

Die bürgerlichen Gesetze beziehen sich auf alle Personen und auf alle Sachen, die sich im Gebiete des Kantons befinden und seiner Gerichtsbarkeit unterworfen sind.

§ 5.

Für Handlungen und Geschäfte, welche Kantonsbürger im Auslande und Fremde innerhalb des hiesigen Kantons vornehmen, bleiben die einen und die andern in Betreff der persönlichen Fähigkeit dieselben vorzunehmen, den Gesetzen des Landes ihrer Herkunft unterworfen.

Die inhier niedergelassenen alten Landleute von Obwalden[1] bleiben jedoch den Gesetzen des hiesigen Kantons unterstellt.

---

[1] Über den Begriff der alten Landleute von ob und nid dem Wald ist zu vergleichen: Das Übereinkommen vom 21. Brachmonat 1852 (Gesetz-

Die Form eines Rechtsgeschäftes ist nach den Gesetzen des Ortes zu beurteilen, wo es vorgenommen worden.

§ 6.

Wenn Fremde mit Kantonsbürgern oder hier niedergelassenen Fremden oder Kantonsbürger unter sich aufser dem Kanton, Rechtsgeschäfte vornehmen, so sind sie nach den Gesetzen des Ortes, wo das Geschäft abgeschlossen worden, zu beurteilen, insofern bei der Abschliefsung nicht ein anderes Recht zum Grunde gelegt worden ist und den Kantonsbürgern die in § 5 enthaltene Vorschrift hinsichtlich der persönlichen Fähigkeit nicht entgegensteht.

Testamente, Ehe- und Erbverträge, insofern der Niedergelassene nach den Gesetzen seines Heimatsortes dazu berechtigt ist, unterliegen laut eidgenössischem Konkordate vom 15. Juli 1822 in Hinsicht auf ihren Inhalt, den gesetzlichen Vorschriften seines Heimatsortes.

Besitzt einer das Kantonsbürgerrecht in mehreren Kantonen, so sind folgende Bestimmungen mafsgebend:

a) Ist der Betreffende in einem dieser Kantone angesessen, so wird er als unter dem Gesetze dieses seines Wohnorts stehend angesehen.

b) Ist er aber in keinem derjenigen Kantone niedergelassen, deren Bürgerrecht er besitzt, so wird er als unter den Gesetzen desjenigen Kantons stehend angesehen, aus welchem er oder seine Vorfahren sich an ihren Wohnort begeben haben. Sollte ein solcher ein alter Landmann von Ob- und Nidwalden sein, so hat er den Gesetzen desjenigen Kantons nachzukommen, wo er das Armenrecht besitzt.

---

buch für den Kanton Unterwalden nid dem Wald I, S. 648) sowie der Vertrag vom 21 Jänner 1740 und die Erklärung vom 1. Februar 1788 (a. a. O. S. 650/1).

Die zweite Gruppe.

a. Der Kanton Bern (1824).

α. Die Satzung 4 des bestehenden Civilrechts.

Litteratur:

König, Bernische Civil- und Civilprozessgesetze. I. S. 81.

Unsere Civilgesetze beziehen sich auf alle Personen und auf alle Sachen, die Unserer Botmäſsigkeit unterworfen sind.

Für Handlungen und Geschäfte jedoch, welche Staatsbürger im Auslande und Fremde auſserhalb Unserer Botmäſsigkeit vornehmen, bleiben die einen und die anderen in Betreff der persönlichen Fähigkeit, dieselben vorzunehmen, den Gesetzen des Landes ihrer Herkunft unterworfen.

Die Form eines Rechtsgeschäfts ist nach den Gesetzen des Landes zu beurteilen, wo es vorgenommen worden.

Satzung 3 lautet folgendermaſsen:

Nach der Einführung dieses Gesetzbuches verlieren alle Statutarrechte ihre Kraft, bis sie von Uns revidiert und neuerdings bestätigt worden. Die Ortschaften, welche ihre Statuten beizubehalten wünschen, müſsen bei Uns für die Revision und die Bestätigung derselben nachsuchen, und die bestätigten Statuten drucken lassen.

Die Verbindlichkeit eines Statuts beschränkt sich auf die Angehörigen der Ortschaft, welcher es erteilt worden, die daselbst ihren Wohnsitz haben und kein Bürgerrecht anderswo besitzen. Diejenigen Angehörigen der Ortschaft, welche auſserhalb des Statutarbezirks wohnen, oder auſserhalb desselben ein Bürgerrecht besitzen, stehen unter dem allgemeinen Gesetze.

NB. Auf 1. April 1854 sind sämmtliche Statutarrechte auſser Kraft getreten (König a. a. O. S. 79).

β. Der Entwurf über das Personen- und Handlungsrecht. (Bern 1868—1871.)

Vergl.:

Bericht über die Grundlagen einer einheitlichen Civilgesetzgebung für den Kanton Bern. Bern 1868. S. 43—45.

Verhandlungen des grofsen Rathes des Kantons Bern über den Bericht und die Anträge über die Grundlagen einer einheitlichen Civilgesetzgebung. Bern 1869. S. 3—7.

Die Einleitung: Von dem bürgerlichen Rechte im Allgemeinen, (Art. 1—12) bestimmt Folgendes:

Art. 1.

Das bernische Privatrecht beherrscht alle Personen, welche sich in unserm Kanton aufhalten oder daselbst ihr Recht suchen, sowie alle privatrechtlichen Verhältnisse, die in unserm Land wirksam werden, unter den in den folgenden Artikeln enthaltenen nähern Bestimmungen und Ausnahmen.

Art. 2.

Die persönlichen Eigenschaften der bernischen Staatsbürger, welche deren Rechts- und Handlungsfähigkeit bestimmen, richten sich selbst ausserhalb des Kantons nach dem hierseitigen Heimatsrechte. In gleicher Weise wird auch dem Nichtkantonsbürger in dieser Beziehung die Anwendung seines heimatlichen Rechtes gewährt.

Immerhin wird ein Fremder, der nach hiesigem Rechte handlungsfähig wäre, mit Bezug auf solche Verpflichtungen, die er in unserm Kanton eingegangen, als handlungsfähig auch dann angesehen, wenn ihm diese Fähigkeit nach seinem Heimatsrechte überall gar nicht, oder nur in beschränkterem Mafse zukäme.

Art. 3.

Die Bestimmungen des vorhergehenden Artikels finden unter Vorbehalt des Art. 10 auch auf die persönlichen Verhältnisse des Familienstandes zwischen Mann und Frau sowie zwischen Eltern und Kindern ihre Anwendung.

Art. 4.

Die Rechte an beweglichen und unbeweglichen Sachen, defsgleichen der Besitz an solchen, werden nach den Gesetzen des Ortes der gelegenen Sache beurtheilt. Nach den gleichen Gesetzen richten sich auch Form und Wirkungen der Übertragung von Rechten an Sachen.

Art. 5.

Forderungen und Verbindlichkeiten werden, wenn nichts Anderes vereinbart ist, nach den Gesetzen des Ortes beurteilt, wo die Verbindlichkeit erfüllt werden soll.

Die Verjährung richtet sich nach den Gesetzen des Wohnsitzes des Verpflichteten. Tritt während des Laufes der Ver-

jährung ein Wechsel des Wohnsitzes mit abweichenden Verjährungsfristen ein, so wird eine verhältnismäfsige Abgleichung der Fristen vorgenommen.

Art. 6.

Die Form eines Rechtsgeschäftes richtet sich nach den Gesetzen des Ortes, wo es vorgenommen wird. Doch genügt auch die Beobachtung der Gesetze des Ortes, an welchem das Geschäft in Wirksamkeit treten soll.

Vorbehalten bleiben solche Formvorschriften, die aus öffentlichen Rücksichten ihres bindenden Charakters wegen durch Abschluss des Geschäftes aufserhalb des Kantons nicht umgangen werden können.

Art. 7.

Das Erbrecht in den Nachlass eines Verstorbenen richtet sich nach den Gesetzen des letzten Wohnsitzes des Erblassers, wo immer der Nachlafs oder die einzelnen Teile desselben gelegen sein mögen. Hat der Erblasser mehrere Wohnsitze gehabt, so gelten die Gesetze seines bürgerlichen Hauptdomizils.

Wenn jedoch ein hiesiger Angehöriger aufserhalb des Kantons verstirbt und das Gesetz des Wohnortes sich die Behandlung des Erbfalles nicht zueignet, so sind auf denselben die hiesigen Gesetze anzuwenden.

Auch werden auf die im Kanton gelegenen Immobilien keine besondere Stiftungen oder Verfügungen über Weitervererbung anerkannt, die dem Geiste der hiesigen Erbgesetzgebung widerstreben.

Art. 8.

Das materielle Verfügungsrecht unter Lebenden sowohl als von Todes wegen richtet sich ebenfalls nach den Gesetzen des für die Beerbung (Art. 7) mafsgebenden Wohnsitzes des Verfügenden, vorbehältlich jedoch der im Schlufssatze des Art. 7 bestimmten Ausnahme.

Art. 9.

Das Güterrecht unter Ehegatten wird nach den Gesetzen des Ortes beurteilt, an welchem die Eheleute bei der Verheiratung ihren ersten Wohnsitz nehmen. Wechseln sie später ihren Wohnsitz, so bleibt dessenungeachtet für die Eheleute unter sich das einmal begründete Güterrecht mafsgebend, während gegenüber dritten Personen das Gesetz des neuen Wohnsitzes zur Anwendung kömmt.

Doch können sich Eheleute, welche anfänglich aufser dem Staatsgebiete wohnten und später im Kanton Wohnsitz nehmen, auch gegenüber Dritten die Beibehaltung ihres ursprünglichen

Güterrechts dadurch sichern, dafs sie bei ihrer Übersiedlung in den Kanton binnen der Frist von 60 Tagen entweder den unter ihnen abgeschlossenen Heiratsvertrag oder die auf das eheliche Güterrecht bezüglichen Bestimmungen des ausländischen Gesetzes ihrem Hauptinhalte nach in das auf der Amtsschreiberei liegende Protokoll einschreiben und diese Thatsache, verbunden mit der Erklärung, dafs sie bei ihrem bisherigen Güterrecht verbleiben, in der für Ediktalpublikationen bestimmten Form öffentlich bekannt machen lassen.

Art. 10.

Gesetze, welche die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten betreffen, machen in unserem Staatsgebiete unter Ausschlufs jeder fremden Gesetzgebung Regel.

Art. 11.

Wer sich vor den hiesigen Gerichten auf ausländisches Recht beruft, hat sowohl den Inhalt desselben als seine dermalige Geltung genügend zu bescheinigen.

Art. 12.

Vorbehalten für alle Verhältnisse des interkantonalen und internationalen Privatrechts (Art. 1 bis und mit 10) bleiben:

1. Die Staatsverträge und Konkordate;
2. Die Bestimmungen der Bundesverfassung und Bundesgesetzgebung;
3. Abweichende Bestimmungen oder Vereinbarungen der Beteiligten, insofern nicht bindende gesetzliche Vorschriften dadurch verletzt werden.

NB. Dieser Entwurf ist nie angenommen worden.

b. Der Kanton Luzern (1831).
(§ 6; 25—27.)

§ 6. (Umfang der Gesetze).

Die bürgerlichen Gesetze beziehen sich auf alle Personen und auf alle Sachen, die in dem Gebiete des Kantons sich befinden und der hiesigen Botmäfsigkeit unterworfen sind.

Die Handlungen und Geschäfte jedoch, welche Staatsbürger im Auslande und Fremde innerhalb des Kantons vornehmen, bleiben die einen und die andern, in Betreff der persönlichen Fähigkeit, dieselben vorzunehmen, den Gesetzen des Landes ihrer Herkunft unterworfen.

Die Form eines Rechtsgeschäfts ist nach den Gesetzen des Landes zu beurteilen, wo es vorgenommen worden.

§ 25.

Ein von einem Fremden in dem Kanton unternommenes Geschäft, wodurch er Andern Rechte einräumt, ohne dieselben sich gegenseitig zu verpflichten, d. h. ohne dafs diese etwas dagegen leisten müfsen, ist entweder nach dem gegenwärtigen Gesetzbuche oder nach dem Gesetz seiner Heimat zu beurteilen; je nach dem das eine oder andere die Gültigkeit des Geschäftes am meisten begünstiget.

§ 26.

Wenn ein Fremder im Kanton ein wechselseitig verbindliches Geschäft, wo nämlich jeder dem andern etwas zu leisten hat, mit einem Kantonsbürger eingeht, so wird es ohne Ausnahme nach gegenwärtigem Gesetzbuche, dafern er es aber mit einem Fremden schliefst, nur dann nach demselben beurteilt, wenn nicht bewiesen wird, dafs bei Abschliefsung ein anderes Recht zum Grund gelegt worden sei.

§ 27.

Wenn Fremde mit Fremden oder mit Kantonsbürgern aufser dem Kanton Rechtsgeschäfte vornehmen, so sind sie nach den Gesetzen des Orts, wo das Geschäft abgeschlossen wurde, zu beurteilen, dafern bei der Abschliefsung nicht ein anderes Recht zum Grunde gelegt worden ist und den Kantonsbürgern die in § 6 enthaltene Vorschrift hinsichtlich der persönlichen Fähigkeit nicht entgegensteht.

c. Der Kanton Solothurn (1841).

§ 4—9.

α. Das Civilgesetzbuch von 1841 bestimmt:

§ 4.

Unsere Civilgesetze beziehen sich auf alle Personen und auf alle Sachen, die sich im Gebiete unseres Kantons befinden und unserer Botmäfsigkeit unterworfen sind.

§ 5.

Bei Handlungen und Geschäften, welche Kantonsbürger im Auslande und Fremde innerhalb des Kantons vornehmen, bleiben die einen und die andern in Betreff der persönlichen Fähigkeit dieselben vorzunehmen den Gesetzen des Landes ihrer Herkunft unterworfen.

§ 6.

Wenn ein Fremder im hiesigen Kanton ein Geschäft eingeht, so wird es nach hiesigen Gesetzen beurteilt, wenn nicht bewiesen wird, dafs bei der Abschliefsung ein anderes Recht zu Grunde gelegt worden sei.

§ 7.

Die Form eines Rechtsgeschäftes ist nach den Gesetzen des Ortes zu beurteilen, wo es vorgenommen worden.

§ 8.

Das Vermögen einer Person, in Bezug auf die Erbfolge, wird nach denselben Gesetzen, wie die Rechtsfähigkeit des Eigentümers selbst (§ 5), beurteilt, wobei jedoch die nach unsern Gesetzen, auf andere Weise, z. B. durch Schenkung, Hypothek, oder andere Verträge erworbenen Rechte vorbehalten sind.

§ 9.

Die Gerichte haben sich in allen Fällen nach den Verträgen zu richten, die, in Bezug auf bürgerliche Angelegenheiten, mit andern Staaten bestehen.

Wenn ein Zweifel entsteht, ob ein Vertrag in Kraft sei, oder, ob ohne ausdrücklichen Vertrag, über gewisse Rechtsverhältnifse der Bürger eines andern Staates, bestimmte Übungen bestehen, so entscheidet darüber der Regierungsrath.

β. Der neue Entwurf (1890) streicht den allgemeinen Einleitungsartikel und verweist die internationalen (und interkantonalen) Normen auf den Anfang der betreffenden Abschnitte.

1. § 1. (Erstes Buch: Von den Personen und den Familien-Verhältnissen derselben.) Soweit Vorschrif-

ten schweizerischer Gesetze oder Konkordate nicht anders verfügen, beziehen sich die Vorschriften dieses Buches auf alle Personen, welche in unserm Kanton Wohnsitz haben oder sich darin aufhalten.

Die vormundschaftlichen und Bevogtungsverhältnisse richten sich jedoch nach den Gesetzen des Heimatsorts.

2. Entwurf § 35 = § 7.

3. § 347. (Zweites Buch: Von den Verhältnissen an Sachen.) Vorbehältlich der Bestimmungen eidgenössischer Gesetze beziehen sich die Vorschriften dieses Buches auf alle Sachen, welche im Kanton Solothurn belegen sind.

4. § 696. (Drittes Buch: Von der Nachfolge in die Verlassenschaft eines Verstorbenen.) Die Vorschriften dieses Buches beziehen sich, soweit schweizerische Gesetze und Konkordate nicht anders verfügen, auf die Verlassenschaft eines jeden Kantonsbürgers und einer jeder im Kanton Solothurn wohnhaft gewesenen Person.

d. Der Kanton Aargau.

α. Das Civilgesetzbuch von 1847 (§ 6—11).

Litteratur:

Haberstich, Beiträge zur Orientierung im Gebiete des schweizerischen Rechts mit besonderer Rücksicht auf das Obligationenrecht und dessen Beziehungen zum aargauischen bürgerlichen Gesetzbuch. (Aarau 1883. S. 109—112.)

§ 6.

Die bürgerlichen Gesetze beziehen sich auf alle Personen und auf alle Sachen, die sich im Gebiete des Kantons befinden und seiner Gerichtsbarkeit unterworfen sind.

§ 7.

Die Wirksamkeit der Gesetze, welche die Handhabung der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten zum Zwecke haben, darf durch Verfügungen Einzelner nicht beschränkt werden.

§ 8.

Die Kantonsbürger bleiben in Handlungen und Geschäften, die sie aufser dem Kanton vornehmen, an dessen Gesetze ge-

bunden, insoweit ihre persönliche Fähigkeit, jene Geschäfte und Handlungen zu unternehmen, dadurch eingeschränkt wird, und dieselben zugleich in dem Kanton rechtliche Folgen hervorbringen sollen.

§ 9.

Die persönliche Fähigkeit der Fremden zu Rechtsgeschäften ist insgemein nach den Gesetzen ihrer Heimat zu beurteilen.

§ 10.

Die Form eines Rechtsgeschäftes ist nach den Gesetzen des Ortes zu beurteilen, wo es vorgenommen worden.

§ 11.

Wenn Fremde mit Fremden oder mit Kantonsbürgern, oder Kantonsbürger unter sich, aufser dem Kanton Rechtsgeschäfte vornehmen, so sind sie nach den Gesetzen des Ortes, wo das Geschäfts abgeschlossen worden, zu beurteilen, insofern bei der Abschliefsung nicht ein anderes Recht zum Grunde gelegt worden ist, und den Kantonsbürgern die in § 8 enthaltene Vorschrift nicht entgegensteht.

β. Der Entwurf Käppeli's für ein revidiertes Civilgesetzbuch (3. Oct. 1888) enthält in § 17—24 abgeänderte Bestimmungen:

§ 17.

Die Bestimmungen dieses Gesetzbuches beziehen sich auf alle Personen, die sich im Gebiete des Kantons befinden und dessen Gerichtsbarkeit unterworfen sind, soweit nicht durch besondere Vorschriften etwas Anderes festgesetzt ist.

§ 18.

Für die Rechte an Liegenschaften gelten die Vorschriften des Staates, in dessen Gebiet sie sich befinden.

§ 19.

Bei der Beurteilung der Rechte an beweglichen Sachen ist deren Lage und Beziehung zu den an denselben berechtigten Personen hinsichtlich der örtlichen Geltung des Gesetzes massgebend.

§ 20.

Bis zum Erlass eines Bundesgesetzes über die civilrechtlichen Verhältnisse des Niedergelassenen und Aufenthalter gilt das Recht des Heimatsortes für die familienrechtlichen (Eherecht, elterliche Gewalt, Vormundschaft) und erbrechtlichen Beziehungen. In letzterer Hinsicht gilt das Heimatrecht des Erblassers.

§ 21.

Die Familienrechte und die Beerbung von Kantonsfremden, welche in unserm Kanton wohnen, werden indessen ebenfalls nach diesem Gesetzbuch bestimmt, wenn deren Heimatkanton in der Rechtsanwendung den Grundsatz der Territorialität aufgestellt hat.

§ 22.

Wohnen hierseitige Angehörige in Schweizerkantonen, welche in der Rechtsanwendung den Grundsatz der Territorialität festhalten, so unterliegen sie auch hinsichtlich der Familienverhältnisse und der Beerbung den privatrechtlichen Vorschriften des Wohnortes.

§ 23.

Hinsichtlich der persönlichen Handlungsfähigkeit von Schweizern und Ausländern gelten die Vorschriften des Bundesgesetzes.

§ 24.

Die Formen eines Rechtsgeschäftes oder einer sonstigen Rechtshandlung sind nach den Vorschriften des Ortes zu beurteilen, wo sie vorgenommen werden.

Dritte Gruppe.

Die Kantone der Westschweiz.

Litteratur:

V. Rossel, Manuel du droit civil de la Suisse romande. 1886 S. 3—5.

a. Die Kantone Genf, Waadt (Art. 2) und Neuenburg (Art. 3).

Sie wiederholen wörtlich die Bestimmungen des französischen Code civil. Waadt hob den Art. 2 i. f. (les lois concernant l'état et la capacité des personnes régissent les Vaudois même résidant en pays étranger) durch das Gesetz vom 31. Aug. 1882 (Art. 3 No. 1) auf.

b. Der Kanton Wallis.

Wallis (1853) sagt im deutschen Texte seines Civilgesetzbuches in Art. 2—4 Folgendes:

Art. 2.

Die Polizei- und Sicherheitsgesetze verbinden jeden, welcher das Gebiet des Kantons bewohnt.

Die Liegenschaften, selbst die im Besitze von Ausländern, sind dem Gesetze des Kantons unterworfen.

Die Gesetze in Betreff des Standes und der Rechtsfähigkeit der Personen erstrecken sich selbst auf die im Auslande sich aufhaltenden Walliser.

Art. 3.

Im Auslande vorgenommene Akte (Rechtshandlungen) können für gültig erklärt werden, wenn sie dem Gesetze jenes Landes gemäfs sind, in dem sie abgeschlossen worden.

Art. 4.

Gesetzen, welche die öffentliche Ordnung und Sittlichkeit betreffen, darf durch Privatverträge kein Abbruch geschehen.

c. Der Kanton Freiburg.

Freiburg sagt im deutschen Texte seines Civilgesetzbuches (1834) in Art. 1—4 Folgendes:

Art. 1.

Den Gesetzen des Kantons Freiburg sind unterworfen alle in dessen Gebiete befindliche Personen und Güter, in Allem, was nicht durch das Völkerrecht, durch das Staatsrecht und die bestehenden Verträge oder durch besondere Verfügungen ausgenommen ist.

Art. 2.

Die Angehörigen dieses Kantons sind den hiesigen Gesetzen, die den Stand der Personen und ihre Fähigkeit zu den bürgerlichen Rechtsgeschäften betreffen, auch dann unterworfen, wenn sie im Ausland angesessen sind.

Art. 3.

Die im Kanton angesessenen Fremden sind, in Betreff ihres Standes und ihrer Fähigkeit zu den bürgerlichen Rechtsgeschäften, den Gesetzen des Landes ihrer Herkunft unterworfen.

Art. 4.

Die bürgerlichen Rechtsgeschäfte, für welche gewisse Formen vorgeschrieben sind, müssen in diesen Formen abgeschlossen werden; jedoch können deſswegen Rechtsgeschäfte, die es den Kantonsangehörigen nicht verboten ist im Auslande vorzunehmen, die aber ihre Vollziehung in hiesigem Kanton erhalten sollen, von ihnen entweder in den Formen vorgenommen werden, die in diesem Kanton vorgeschrieben sind, oder aber in denjenigen, die in den Ländern üblich sind, wo diese Geschäfte statthaben.

---

19. Die Gesetzgebung des schweizerischen Bundes.

I. Das Obligationenrecht (1883).

Litteratur:

Schneider und Fick, Kommentar.
Hafner, Das schweizerische Obligationenrecht. 1883. Einleitung XXIV und XXV.
Haberstich, Handbuch des schweizerischen Obligationenrechts I. Band (1884). S. 21—38.

1) Wechselrechtliche Normen.

(Art. 822—824.)

Art. 822.

Die Fähigkeit von Ausländern, wechselmäſsige Verpflichtungen zu übernehmen, richtet sich nach dem Rechte des Staates, dem sie angehören.

Wenn jedoch ein nach dem Rechte seines Landes nicht wechselfähiger Ausländer in der Schweiz Wechselverbind-

lichkeiten eingeht, so wird er verpflichtet, insofern er nach dem schweizerischen Gesetze wechselfähig wäre. Für die Wechselfähigkeit von Schweizern, seien sie im Inlande oder Auslande wohnhaft, gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes.

Art. 823.

Die wesentlichen Erfordernisse eines im Auslande ausgestellten Wechsels, sowie jeder andern im Auslande ausgestellten Wechselerklärung, werden nach den Gesetzen des Ortes beurteilt, an welchem die Erklärung erfolgt ist.

Entsprechen jedoch die im Auslande geschehenen Wechselerklärungen den Anforderungen des schweizerischen Gesetzes, so kann daraus, dafs sie nach ausländischen Gesetzen mangelhaft sind, kein Einwand gegen die Rechtsverbindlichkeit der später in der Schweiz auf den Wechsel gesetzten Erklärungen entnommen werden.

Ebenso haben Wechselerklärungen, wodurch sich ein Schweizer einem andern Schweizer im Auslande verpflichtet Wechselkraft, wenn sie auch nur den Anforderungen der schweizerischen Gesetzgebung entsprechen.

Art. 824.

Über die Form der mit einem Wechsel an einem ausländischen Platze zur Ausübung oder Erhaltung des Wechselrechtes vorzunehmenden Handlungen entscheidet das dort geltende Recht.

2) Vergl. auch:

a) Art. 97. b) Art. 208. Nr. 2. c) Art. 770.

II. Das Bundesgesetz betreffend die persönliche Handlungsfähigkeit vom 22. Brachmonat 1881.

A. Martin, Etude de la loi fédérale sur la capacité civile. Genf 1882. S. 16—20.

Art. 10.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten für alle Schweizer, seien sie im Inlande oder im Auslande wohnhaft.

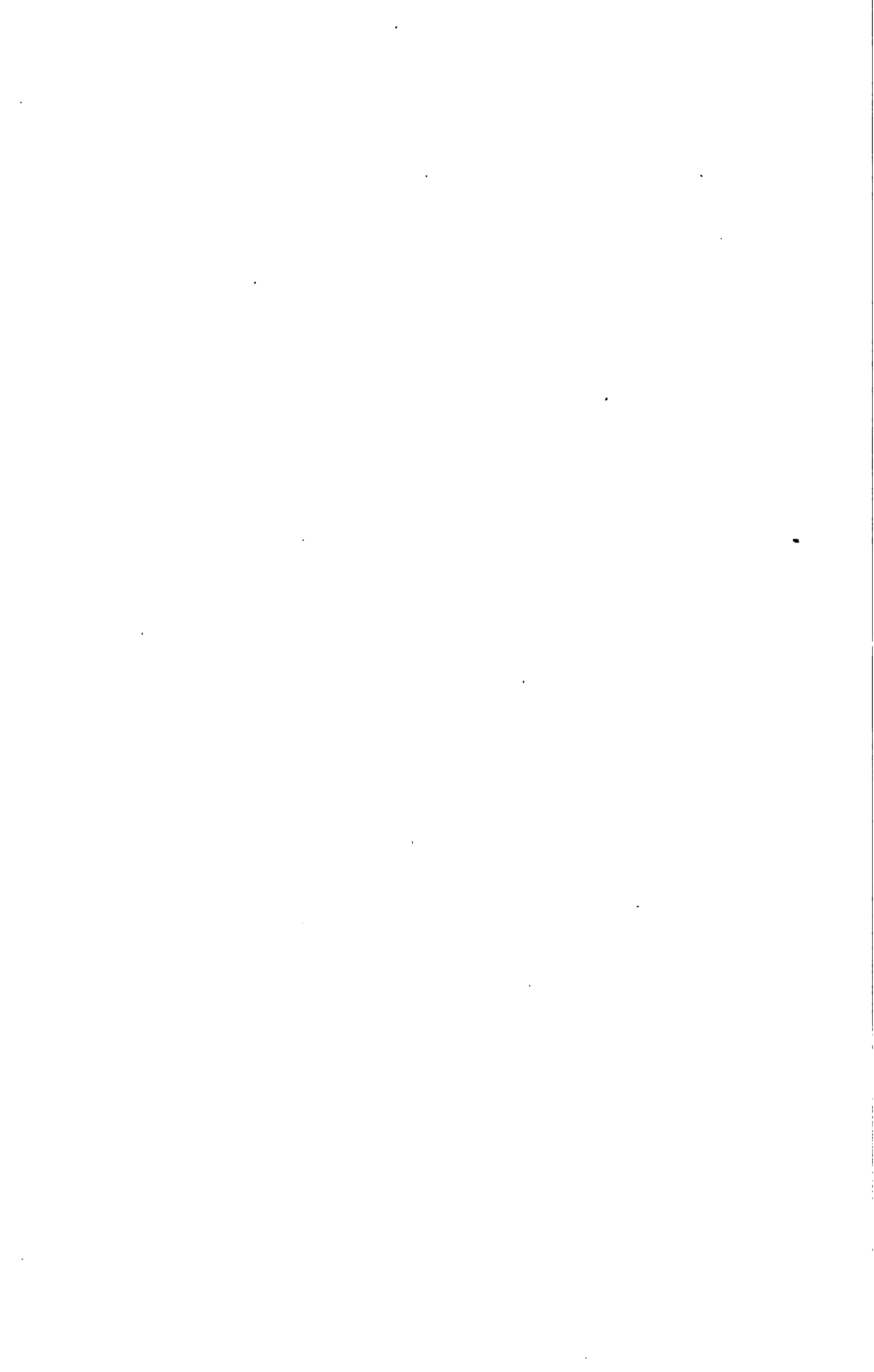
Die persönliche Handlungsfähigkeit der Ausländer richtet sich nach dem Rechte des Staates, dem sie angehören.

Wenn jedoch ein nach dem Rechte seines Landes nicht handlungsfähiger Ausländer in der Schweiz Verbindlichkeiten eingeht, so wird er verpflichtet, insofern er nach schweizerischem Rechte handlungsfähig wäre.

NB. Der Einfluss der Bundesgesetzgebung auf die kantonalen Gesetze ist zu beachten. Vergl.:

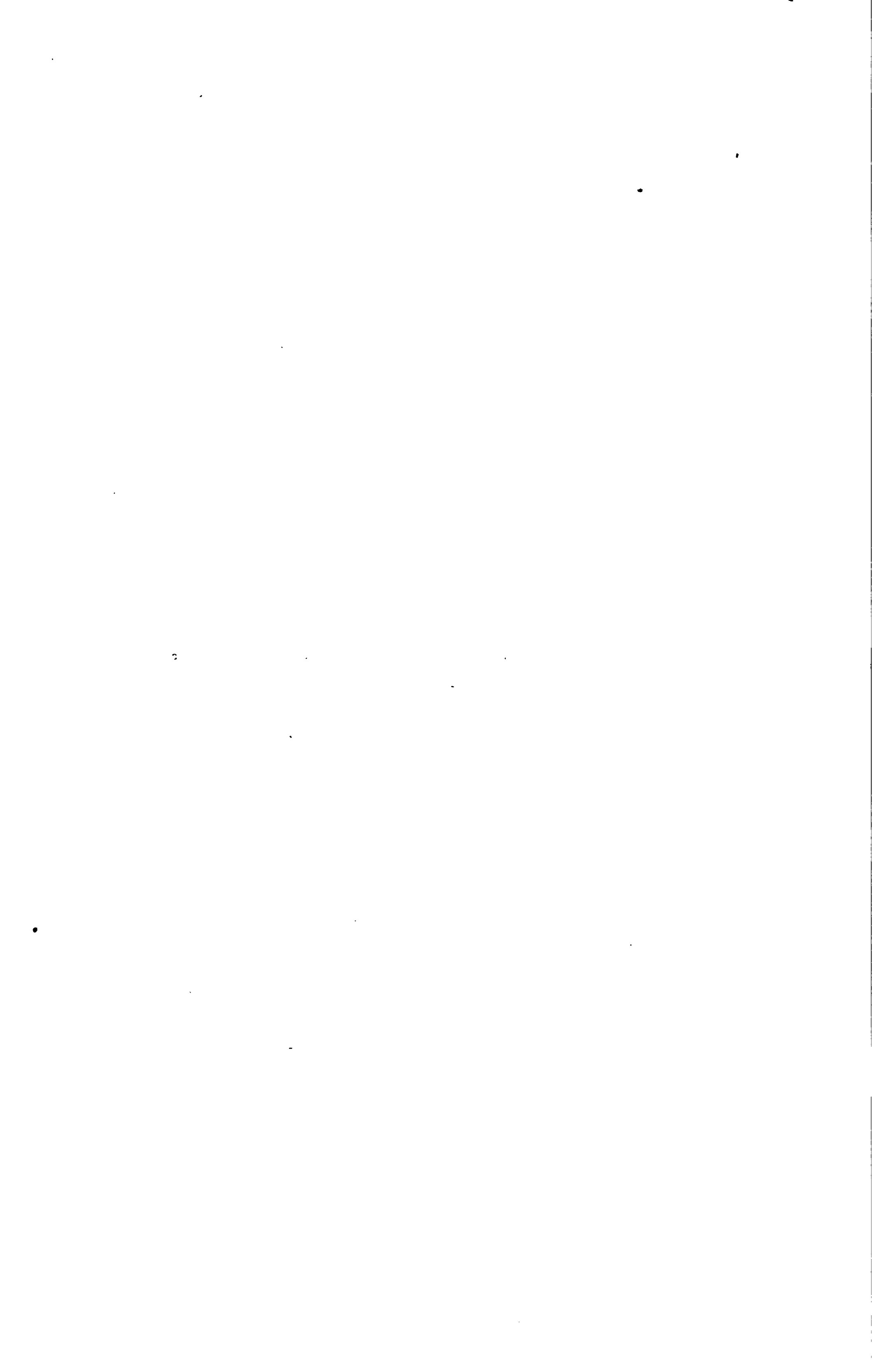
a) A. E. des Bundesgerichts XI. 363.

b) Handelsgerichtliche Blätter 1890. S. 147.



Zweiter Teil.

Die privaten Gesetzesvorschläge von Mommsen und Domin-Petrushevecz.



I.

Der Vorschlag von Mommsen.

(Civilistisches Archiv 61, S. 197—202.)

§ 1.

Die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches gelten für das Gebiet und die Angehörigen des deutschen Reiches, soweit nicht nach Staatsverträgen oder aus den nachfolgenden Bestimmungen Ausnahmen sich ergeben.

§ 2.

Die Rechtsfähigkeit und die Handlungsfähigkeit einer Person sind ohne Rücksicht auf den Ort, wo sie ihren Wohnsitz hat, nach dem Recht des Staates zu beurteilen, dem sie angehört.

§ 3.

Sofern die Verpflichtung eines Ausländers aus einer im Inlande vorgenommenen Handlung in Frage steht, wird die Handlungsfähigkeit desselben auch dann angenommen, wenn sie zwar nicht nach dem Rechte des Staates, dem er angehört, wohl aber nach den Bestimmungen des inländischen Rechtes vorhanden ist, — es sei denn, dafs die Verpflichtung einem, demselben Staate angehörenden Ausländer gegenüber übernommen ist und dafs der Letztere zugleich eine Kunde davon gehabt hat, dafs der sich Verpflichtende demselben Staate, wie er selbst, angehört.

Bei Verpflichtungen aus unerlaubten Handlungen, welche von Ausländern im Inlande vorgenommen sind, entscheidet

allein das inländische Recht über die Voraussetzungen der Handlungsfähigkeit.

§ 4.

Die bei Rechtsgeschäften zu beobachtende Form richtet sich nach dem Recht des Ortes, wo die Geschäfte vorgenommen werden. Es genügt jedoch die Beobachtung der Form, welche das Recht, dem das Geschäft überhaupt unterworfen ist, verlangt.

§ 5.

Die Rechte an Sachen, beweglichen wie unbeweglichen Sachen, sowie der Besitz derselben sind nach dem Recht des Ortes zu beurteilen, wo die Sachen sich befinden.

Insofern es sich um den Erwerb oder Verlust solcher Rechte handelt, ist das Recht des Gebietes entscheidend, in welchem die betreffende Sache sich zur Zeit des Eintretens der Thatsache befunden hat, welche den Erwerb oder Verlust zur Folge gehabt haben soll.

§ 6.

Forderungen aus Schuldverträgen sind nach dem Recht des Gebietes zu beurteilen, in welchem der Schuldner zur Zeit der Abschliefsung des Vertrages seinen Wohnsitz gehabt hat, ausgenommen wenn aus den Umständen sich ergibt, dafs die Vertragschliefsenden die Anwendung eines andern Rechts, sei es des Rechts des Ortes der Vertragschliefsung oder des Rechts des Erfüllungsortes, vorausgesetzt haben.

§ 7.

Forderungen aus unerlaubten Handlungen sind nach dem Recht des Ortes zu beurteilen, an welchem die unerlaubte Handlung vorgenommen ist.

Das inländische Recht findet jedoch auch dann Anwendung, wenn die unerlaubte Handlung zwar im Auslande, aber von einem Inländer einem Inländer gegenüber vorgenommen ist.

Auf Zahlung einer Strafe an den Verletzten kann, auch wo im Übrigen ausländisches Recht zur Anwendung kommt, nur erkannt werden, wenn und soweit das inländische Recht eine solche als Folge der unerlaubten Handlung festsetzt.

§ 8.

Sonstige Forderungen werden nach dem Recht des Ortes beurteilt, an welchem die, die Verpflichtung begründende Thatsache eingetreten ist.

Die Bestimmung des § 7 Abs. 3 findet auch auf diese Forderungen sinngemäfse Anwendung.

§ 9.

Eingehung und Auflösung der Ehe sind nach dem Recht des Staates zu beurteilen, dem der Ehemann zur Zeit der Eingehung, bezw. Auflösung der Ehe angehört, bezw. angehört hat.

Die im Auslande von einem nach dem betreffenden ausländischen Recht zuständigen Gericht erkannte Scheidung der Ehe eines Angehörigen des deutschen Reiches wird jedoch, auch wenn ein von dem inländischen Recht zugelassener Scheidungsgrund nicht vorgelegen hat, als gültig anerkannt, sofern nicht die Anrufung des ausländischen Gerichts in der Absicht, das inländische Recht zu umgehen, erfolgt ist.

In Ansehung der Form der Eheschliefsung kommt die Bestimmung des § 4 zur Anwendung.

§ 10.

Die ehelichen Vermögensrechte der Ehegatten bestimmen sich nach dem Recht des Staates, dem der Ehemann angehört.

Ein Wechsel der Staatsangehörigkeit hat einen Wechsel des in der angegebenen Beziehung für die Eheleute geltenden Rechts zur Folge. Wenn jedoch nur der Mann die Staatsangehörigkeit wechselt, die Frau aber in dem bisherigen Unterthanenverbande verbleibt, so tritt eine Änderung des bisher geltenden ehelichen Güterrechts, soweit sie der Frau nachteilig sein würde, nicht ein.

§ 11.

Ausländer, welche ihren Wohnsitz im Inlande haben, können sich Dritten gegenüber, was ihre ehelichen Vermögensrechte betrifft, auf das ausländische Recht nur unter den Voraussetzungen berufen, unter denen Inländer Dritten gegenüber auf ein von dem gesetzlichen ehelichen Güter-

recht abweichendes vertragsmäfsiges Güterrecht sich berufen können.

§ 12.

Der Erwerb und der Verlust der väterlichen Gewalt sind nach dem Recht des Staates zu beurteilen, dem der Vater zur Zeit des Eintretens der Thatsache angehört hat, welche den Erwerb oder Verlust zur Folge gehabt haben soll.

§ 13.

Die Rechte, welche dem Vater in Beziehung auf das Vermögen der Kinder zustehen, bestimmen sich nach dem Recht des Staates, dem der Vater jeweilig angehört.

Wenn jedoch der Vater die Staatsangehörigkeit wechselt, ohne dafs ein gleicher Wechsel in Betreff der Kinder eintritt, so ist das neue Recht, insofern es dem Vater mehr Rechte an dem Vermögen der Kinder einräumt, als das bisherige Recht, von der Anwendung ausgeschlossen.

§ 14.

Die Vormundschaft wird nach dem Recht des Staates beurteilt, dem der zu Bevormundende angehört.

Bei einer, von einer inländischen Behörde angeordneten und unter deren Aufsicht geführten Vormundschaft bestimmen sich jedoch die Rechte und Pflichten des Vormundes immer allein nach dem inländischen Rechte, auch wenn der zu Bevormundende ein Ausländer ist.

§ 15.

Für die Verhältnifse des Erbrechts ist das Recht des Staates mafsgebend, dem der Erblasser zur Zeit seines Todes angehört hat.

§ 16.

Die Vorschriften des § 10 Abs. 1, des § 13 Abs. 1 und des § 15 kommen nicht zur Anwendung, insoweit zu dem betreffenden Vermögen (dem Vermögen eines der Ehegatten, dem Vermögen des Kindes, der Erbschaft) Gegenstände gehören, welche nicht in dem Gebiet des Staates, dessen Recht im Allgemeinen mafsgebend ist, sich befinden und nach dem

Recht des Staates, in dessen Gebiet sie sich befinden, als ein, von dem Gesamtvermögen ausgesondertes, besonderes Vermögen zu betrachten sind. In Betreff dieser Gegenstände ist das Recht des Staates, in dessen Gebiet sie sich befinden, mafsgebend.

§ 17.

Personen, welche ihre bisherige Staatsangehörigkeit verloren und noch keine andere Staatsangehörigkeit erworben haben, werden, so lange Letzteres der Fall ist, in Beziehung auf ihre bürgerlichen Rechte als Angehörige des Staates, dem sie bisher angehört haben, betrachtet.

Im Übrigen werden Personen, welche keinem Staate oder doch keinem an dem geordneten völkerrechtlichen Verkehr teilnehmenden Staate angehören, in Ansehung der Rechte, für welche dem Vorstehenden zufolge die Staatsangehörigkeit mafsgebend ist, nach dem Recht des Staates beurteilt, in dessen Gebiet sie ihren Wohnsitz haben oder, falls sie einen festen Wohnsitz überhaupt nicht haben, sich aufhalten.

§ 18.

Soweit Rechtsverhältnisse durch die Willkür der Beteiligten bestimmt werden können, ist statt des sonst entscheidenden Rechtes ein anderes Recht anzuwenden, wenn ein darauf gerichteter Wille von den Beteiligten ausdrücklich oder stillschweigend erklärt ist.

§ 19.

Ausländische Gesetze sind nicht anzuwenden, wenn deren Anwendung durch inländische Gesetze nach der Vorschrift oder nach dem Zwecke derselben ausgeschlossen ist.

Imgleichen ist die Anwendung des ausländischen Rechts ausgeschlossen, wenn dieselbe dahin führen würde, den Ausländern ein Vorrecht vor den Inländern zu gewähren.

II.

Der Vorschlag von A. de Domin-Petrushevecz.

(Précis d'un Code du droit international. Leipzig 1861. Seconde partie. I. Droit civil Art. 177—218.)

Art. CLXXVI.

Quant à la justice civile et criminelle la réciprocité formelle sera la règle suprême du traitement des sujets étrangers, c.-à-d. il n'y aura pas de différence du traitement des r égni coles et des étrangers.

I. DROIT CIVIL.

Art. CLXXVII.

La loi civile de l'état dont l'individu est le sujet règle tout ce qui concerne l'état et la capacité de sa personne. Par des faits accidentels, p. e. par la naissance, on peut acquérir des droits de citoyen d'un état quelconque dans cet état, sans en être sujet.

Art. CLXXVIII.

La femme mariée suit la condition de son mari, mais elle peut retenir les droits de citoyenne acquis par naissance s'ils ne sont pas en contradiction avec les lois de l'état auquel elle appartient.

Art. CLXXIX.

La loi de la patrie du mari au moment du mariage régit l'association conjugale quant aux biens, sans qu'elle peut être modifiée par suite d'un changement de la patrie.

Art. CLXXX.

Chaque enfant est sujet de l'état auquel appartient son père s'il est né en légitime mariage, ou de l'état de sa mère si celle-ci n'est pas mariée, ou de l'état dans le territoire duquel il a été trouvé si son père et sa mère sont inconnus.

Art. CLXXXI.

Les enfants au dessous de 14 ans changent la nationalité avec leurs pères (ou avec leurs mères en cas d'illégitimité). Le changement de nationalité des parents n'a point d'influence sur la nationalité des enfants plus âgés, mais la peut bien avoir sur leur domicile.

Art. CLXXXII.

Les sujets de chaque état peuvent acquérir et posséder des immeubles en dehors des limites de l'état qu'ils habitent, ils peuvent émigrer librement et transporter leur fortune d'un état dans un autre sans être pour cela soumis au droit de détraction ou d'émigration (Art. LXV); ils peuvent même prendre service civil ou militaire dans un état quelconque, mais ils demeurent aussi longtemps sujets de leur état respectif qui peut les rappeler en cas de besoin, qu'ils ne sont pas naturalisés dans l'état étranger, c.-à-d. que l'état étranger ne les a pas reconnus ses propres sujets.

Art. CLXXXIII.

Aucun état ne naturalisera les sujets d'un autre état aussi longtemps que ceux-ci ne sont pas licenciés de la part du dernier. Ce licenciement ne sera jamais dénié si le sujet a rempli les devoirs civils et militaires envers son état.

Art. CLXXXIV.

Les membres de toutes les confessions religieuses dont l'exercice est permis en trois états[1] jouiront sans distinction des mêmes droits civils.

Art. CLXXXV.

Devant les tribunaux les étrangers, qu'ils soient demandeurs ou défendeurs, ont les mêmes droits que les nationaux, aussi ne doivent-ils fournir caution qu'en cas où aussi le national y est obligé.

Art. CLXXXVI.

Les immeubles et leurs accessoires sont régis par la loi du lieu de leur situation. Cette loi décide aussi si certains objets sont meubles ou immeubles.

---

[1] Soll wol heifsen: en tous les Etats.

Art. CLXXXVII.

Les actes et contrats qui ont pour objet l'acquisition d'un droit réel sur des immeubles sont également régis par la loi du lieu de la situation.

Art. CLXXXVIII.

Tous actes entre vifs ou à cause de mort seront en ce qui concerne leur validité quant à la forme appréciés selon la loi du lieu où ils ont été consentis.

Art. CLXXXIX.

Cette règle est en vigueur aussi quant à la validité civile d'un mariage, en ce qui concerne la forme.

Art. CXC.

Pour l'acquisition d'un droit réel (tel que la propriété, la possession, une hypothèque ou une servitude) sur un immeuble par un acte passé en pays étranger il y faut encore ajouter les conditions prescrites pour l'acquisition d'un tel droit dans le pays où l'immeuble est situé. Jusqu'à tant on n'a acquis qu'un droit personnel.

Art. CXCI.

L'acte passé en étranger suivant les formes prescrites dans la patrie de celui qui l'a passé (ou des plusieurs qui l'ont passé s'ils sont compatriotes) est aussi formellement valable.

Art. CXCII.

La validité intrinsèque d'un acte passé en étranger se décide selon les Art. suivants si ni le statut personnel, ni le statut réel, ni une autonomie légale n'y viennent en considération.

Art. CXCIII.

Un engagement pris dans un état quelconque par un étranger et en vertu duquel il confère des droits à des tiers sans les obliger réciproquement envers lui sera jugé dans cet état soit d'après la loi de cet état soit d'après la loi de la patrie de l'étranger, suivant que l'une ou l'autre favorise le plus la validité de cet engagement.

Art. CXCIV.

La convention synallagmatique passée dans un état quelconque entre un citoyen et un étranger sera jugée dans cet état d'après ses propres lois, mais lorsque les deux contractants seront étrangers la convention synallagmatique ne sera jugée d'après ces lois qu'autant qu'il ne sera pas prouvé que les parties en contractant avaient entendu se régler d'après une autre législation. Si les deux étrangers étaient compatriotes il sera même supposé qu'ils voulaient se régler selon leurs lois nationales, en cas que leur engagement n'est pas valide selon la loi du lieu du contrat, mais l'est bien selon la législation à laquelle ils étaient soumis en leur qualité de sujets.

Art. CXCV.

Les conventions passées en pays étranger, soit entre des étrangers, soit entre des étrangers et des sujets de l'état qui en doit juger, soit entre les derniers eux-mêmes, seront jugées d'après les lois du lieu du contrat à moins qu'il ne soit manifeste qu'une autre législation a servi de base à ce contrat et à moins que la présomption de l'art. précédent ne vienne en considération.

Art. CXCVI.

Les quasi-contrats sont régis par la loi du lieu où s'est passé le fait qui a donné naissance au quasi-contrat.

Art. CXCVII.

L'objection de prescription est jugée d'après la loi selon laquelle la convention ou le droit en question lui-même est jugé.

Art. CXCVIII.

La validité intrinsèque d'un testament ou de tout autre acte à cause de mort, ainsi que la succession ab intestat quant aux biens meubles, doit être appréciée d'après la loi du pays dont le défunt était sujet au moment du décès. Ce sont aussi les tribunaux de ce pays qui régleront toujours la succession mobilière.

Art. CXCIX.

Par exception des art. CXCII et suiv. la validité intrinsèque d'une lettre de change, même quant à la capacité des personnes, sera jugée selon la loi du lieu où elle a été créée ou tirée, et la validité de chacun des endossements qu'elle porte sera régie par la loi des lieux dans lesquels les endossements ont été signés alors même que la lettre de change n'est pas valide, pourvu seulement qu'il le soit selon les lois du lieu de l'endossement.

Art. CC.

Aucun acte n'est valable ni quant à sa forme ni quant à sa substance s'il est contraire aux bonnes mœurs, ou au droit public, aux institutions et prohibitions existant dans le pays où il doit recevoir son exécution, si les contractants se sont obligés à des actes défendus dans leur patrie, par les lois ou par des réglements tels que les règlements de douanes, ou enfin s'ils ont eu l'intention d'éluder les lois de leur patrie.

Art. CCI.

Ainsi faute de conventions spécielles sera aussi assurée aux auteurs, aux inventeurs et aux artistes la propriété exclusive de leurs ouvrages ou de leurs inventions contre toute multiplication injuste de la même manière et selon les mêmes lois que la propriété des auteurs, des inventeurs et des artistes régnicoles sera protégée.

Art. CCII.

L'effet des actes passés pour être exécutés dans un autre pays se règle par les lois de ce pays.

Art. CCIII.

La compétence des autorités et les formalités de justice inclusivement des formalités probantes, des formules de serment et d'interrogatoire, des présomptions etc. sont régies par la loi du lieu où la demande est formée.

Art. CCIV.

Les étrangers peuvent invoquer l'intervention des juges compétents de chaque état tant contre des régnicoles que con-

tre d'autres étrangers en tout cas où le régnicole la peut invoquer, et devant les mêmes tribunaux.

Art. CCV.

Dans chaque état les étrangers y résidant, quand même ce ne serait que temporairement, peuvent être assignés devant le tribunal de leur résidence; mais aussi des étrangers absents, soit dans l'état soit hors de l'état, peuvent être assignés devant les tribunaux compétents en cas que le régnicole absent le peut être aussi.

Art. CCVI.

Les délais de comparition seront calculés en proportion des distances.

Art. CCVII.

La litispendance en pays étranger est une défense admissible devant les tribunaux de chaque pays.

Art. CCVIII.

L'authenticité et la validité des actes publics ou des actes sous seing privé quant à la preuve littérale qu'ils font sont jugées selon la loi du lieu où ils ont été rédigés.

Art. CCIX.

L'admission et la capacité des témoins à l'exception de ceux qui se trouvent sous les actes mentionnés dans l'article ci-dessus se juge par chaque tribunal selon ses propres lois.

Art. CCX.

La foi due aux livres des commerçants ainsi que la durée de cette foi est jugée selon la loi du lieu où ces livres ont été tenus.

Art. CCXI.

En cas de besoin les tribunaux de chaque pays pourront s'adresser par des lettres rogatoires aux tribunaux étrangers et ceux-ci observeront en ces cas sur la demande des premiers aussi les formalités prescrites par les lois des lieux où siégent les tribunaux requérants. Si ces derniers ne l'ont pas demandé, la procédure du tribunal requis sera observée.

Art. CCXII.

L'application et la forme des mesures conservatoires ou provisoires contre un debiteur étranger ou contre ses biens seront jugées d'après la loi du lieu où ces mesures sont exercées et n'auront lieu qu'en cas qu'elles peuvent être prises encore contre un régnicole.

Art. CCXIII.

Les droits fiscaux à lever à cause des actes ou jugements consentis ou rendus par les tribunaux d'un état quelconque sont régis par la loi de ces tribunaux (Art. LXV.)

Art. CCXIV.

Les droits fiscaux à lever à cause de transmissions entre vifs ou à cause de mort de biens meubles sont régis par la loi du lieu de transmission.

Art. CCXV.

S'il s'agit des immeubles la loi de la situation vient en considération.

Art. CCXVI.

Dans chaque état les actes publics, les documents, les arrêts et jugements rendus en matière contentieuse, soit par des arbitres étrangers, soit par les cours et tribunaux compétents des autres états, auront pleine foi et autorité et doivent recevoir leur exécution tant à la requête de la partie intéressée qu'en vertu d'une commission rogatoire en tout cas que l'exécution demandée à raison d'un tel acte serait accordée aussi par les tribunaux du pays où il a été rendu.

Art. CCXVII.

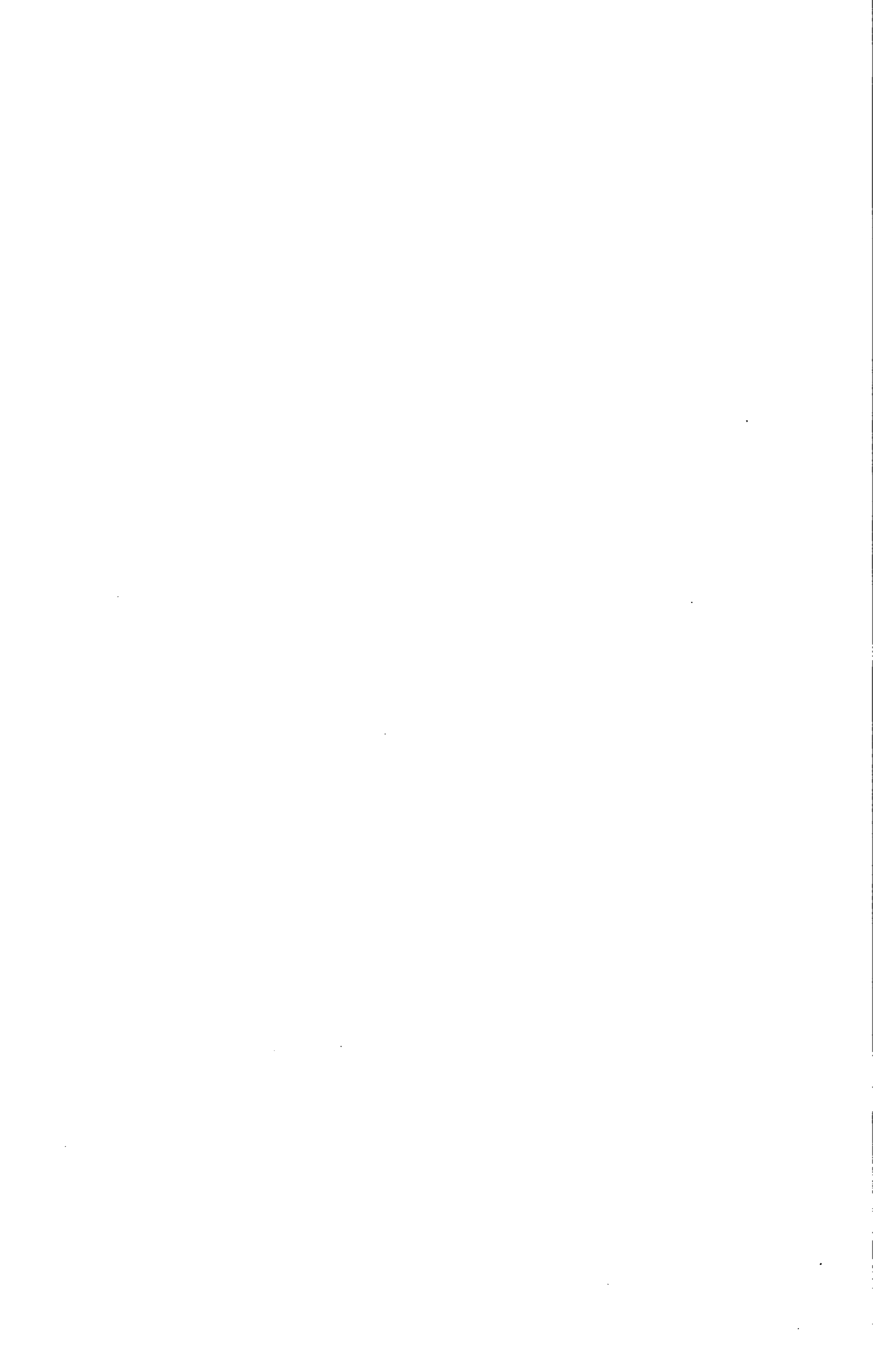
La forme de la demande de l'exécuteur, tendant à obtenir l'ordre de l'exécution, les formalités qui doivent accompagner cette exécution, les différentes voies d'exécution à employer, seront réglées d'après les lois du lieu où se fait l'exécution.

Art. CCXVIII.

Tout acte de juridiction volontaire valable au lieu de sa rédaction le sera partout si les exceptions de l'art. CC n'y viennent en considération.

Dritter Teil.

Die Vertragsprojekte der südamerikanischen Staaten über internationales Privatrecht.



I.

Der Entwurf eines Vertrages zwischen Peru, Argentinien, Chile, Bolivia, Ecuador, Venezuela, Costarica, Lima.

(9. November 1878.)

Litteratur:

Neubauer in der Zeitschrift für Handelsrecht von Goldschmidt N. F. X S. 546—555. Dazu den Motivenbericht daselbst S. 556—583.

Contuzzi, Diritto internazionale privato. Mailand 1890. S. 299—324.

Titel 1.

Von dem Gesetze, nach welchem sich der Status und die juristische Fähigkeit der Personen, die in dem Staate gelegenen Güter und die im Auslande geschlossenen Verträge bestimmen.

Art. 1.

Fremde geniefsen im Staate dieselben bürgerlichen Rechte wie Einheimische (nacionales).

Art. 2.

Der Status und die juristische Fähigkeit der Personen werden nach ihrem Nationalgesetze beurteilt, auch wenn es sich um Akte handelt, welche in einem anderen Lande zu Stande gekommen sind, oder um Vermögen (bienes), welches sich in einem andern Lande befindet.

Art. 3.

Die Rechtsverhältnisse in Ansehung der unbeweglichen Güter, welche sich in einem Staate befinden, und der beweglichen Güter, welche in demselben eine dauernde Lage (situacion) haben, bestimmen sich nach dem Gesetze des betreffenden Staates, wenn auch die Eigentümer Ausländer sind oder nicht in dem Staate ihren ständigen Aufenthalt haben (residieren), abgesehen von den Vorschriften im Titel von der Erbfolge.

Art. 4.

Verträge, welche aufserhalb des Staates geschlossen sind, werden in Bezug auf ihre innere Rechtsbeständigkeit und die juristischen Wirkungen der Verabredungen nach dem Gesetze des Ortes des Abschlusses beurteilt; aber wenn diese Verträge nach ihrer Natur oder nach Übereinkunft der Parteien gerade in dem Inlande erfüllt werden sollen, sind sie dessen Gesetzen unterworfen. In dem einen wie in dem andern Falle bestimmt sich die Art der Erfüllung nach den Gesetzen des Inlandes.

Art. 5.

Die Formen und äufseren Solennitäten der Verträge oder irgend welcher anderen juristischen Akte bestimmen sich nach dem Gesetze des Ortes des Abschlusses.

Art. 6.

Der Beweis der Authenticität der in einem anderen Lande errichteten Urkunden (instrumentos) ist den Gesetzen des Inlandes unterworfen.

Titel 2.

Von Ehen, welche im Auslande oder von Ausländern im Inlande geschlossen sind.

Art. 7.

Die Rechtsbeständigkeit der Ehe in Bezug auf ihre bürgerlichen Wirkungen wird nach dem Gesetze des Ortes der Eingehung beurteilt.

Art. 8.

In Bezug auf eben diese Wirkungen gilt die Ehe als gültig eingegangen, wenn sie von einem Inländer im Auslande von dem diplomatischen oder Konsularagenten des Inlandes in Gemäfsheit der inländischen Gesetze geschlossen wurde.

Art. 9.

Die Ehe, welche nach den geistlichen Gesetzen der katholischen Kirche geschlossen wurde, hat bürgerliche Wirkungen im Inlande, auch wenn sie solche am Orte der Eingehung nicht hätte.

Art. 10.

Die juristische Fähigkeit, um eine Ehe einzugehen, wird nach dem Nationalgesetze der Kontrahenten beurteilt.

Art. 11.

Fremde, welche sich im Inlande zu verheiraten beabsichtigen, sind verpflichtet, ihre juristische Fähigkeit dazu vor der Obrigkeit, welche das lokale Gesetz bezeichnet, darzuthun.

Art. 12.

Nichtsdestoweniger bleiben sie in Bezug auf die absoluten Hindernisse (impedimentos dirimentes) den Gesetzen des Inlandes unterworfen.

Art. 13.

Die persönlichen Rechte und Pflichten, welche durch die Ehe unter den Ehegatten und zwischen ihnen und ihren Kindern entstehen, werden durch das Gesetz des ehelichen Wohnsitzes (Domizils) bestimmt; wenn aber das Domizil verändert wird, durch die Gesetze des neuen Domizils.

Art. 14.

Eheverträge, welche im Auslande geschlossen sind, sind denjenigen Vorschriften unterworfen, welche für Verträge gelten.

Art. 15.

Sind Eheverträge nicht geschlossen, so entscheidet in Betreff der Mobilien (bienes muebles) der Ehegatten das Ge-

setz des ehelichen Domizils, welches auch der Ort sei, wo sich die Mobilien befinden oder wo sie erworben wurden.

Art. 16.

Die Rechtsverhältnisse in Ansehung der Immobilien (bienes immuebles) und der Mobilien von dauernder Lage (situacion permanente) bestimmen sich in jedem Falle nach dem Gesetze des Ortes, wo sie belegen sind, gemäfs Art. 3.

Art. 17.

Eine Ehescheidung, welche im Auslande nach dessen Gesetzen erfolgte, berechtigt die Ehegatten nicht, eine neue Ehe einzugehen, wenn die Ehe im Inlande nicht geschieden werden konnte.

Titel 3.

Von der Erbfolge (Succession).

Art. 18.

Die Fähigkeit zu testieren bestimmt sich nach dem Nationalgesetze des Testators.

Art. 19.

Ausländer können im Inlande testiren nach den Gesetzen des Landes ihrer Geburt oder Naturalisation oder nach denen ihres Domizils.

Art. 20.

Die Fähigkeit zu erben (succedieren) und die Erbfolge (sucesion) werden bestimmt durch das Gesetz, welchem der Testator unterworfen war, mit folgenden Einschränkungen:

1. Testamentarische Verfügungen über im Inlande befindliches Vermögen bleiben unwirksam, wenn sie im Widerspruche stehen mit dem, was in Art. 54 bestimmt ist;

2. bei der Erbfolge in den Nachlafs eines Ausländers haben Inländer unter dem Titel der Erbschaft, des ehelichen Erbrechts (porcion conyugal) oder der Alimente dieselben Rechte, welche ihnen nach den Gesetzen des Staates in Bezug auf die Erbfolge in den Nachlafs eines anderen Inländers (Nationalen) zustehen würden, und diese treten in Wirksamkeit für das Vermögen, welches sich im Inlande befindet.

Art. 21.

Testamente, welche im Auslande errichtet wurden und ebendort zur Geltung kommen sollen, bleiben den Einschränkungen im vorhergehenden Artikel unterworfen.

Art. 22.

Die äufseren Förmlichkeiten des Testaments bestimmen sich nach dem Orte der Errichtung.

Art. 23.

Schenkungen unter Lebenden sind den in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen unterworfen.

Art. 24.

Die Intestaterbfolge regelt sich nach dem Nationalgesetze des Erblassers mit den in Art. 20 enthaltenen Einschränkungen. In Ermangelung von erbberechtigten Verwandten bleibt das im Inlande befindliche Vermögen den Gesetzen des Inlandes unterworfen.

Titel 4.

Von der Kompetenz der nationalen Gerichte über juristische Akte, welche im Auslande realisiert wurden und über solche, welche von Fremden, die nicht im Inlande ständigen Aufenthalt genommen haben (residieren), errichtet wurden.

Art. 25.

Wer Wohnsitz (Domizil) im Inlande genommen hat, sei es ein Inländer oder Ausländer, anwesend oder abwesend, kann vor den inländischen Gerichten (Territorialgerichten) wegen Erfüllung der in einem anderen Lande errichteten Verträge verklagt werden.

Art. 26.

Ebenso können daselbst Ausländer verklagt werden, welche sich im Inlande befinden, auch wenn sie dort nicht domiziliert sind, falls sie solche Verträge mit Inländern oder mit anderen im Inlande domizilierten Ausländern geschlossen haben.

Art. 27.

Ausländer, auch wenn sie abwesend sind, können vor den inländischen Gerichten verklagt werden:

1. wegen Erfüllung der Obligationen, welche im Inlande kontrahiert sind oder welche im Inlande erfüllt werden sollen;
2. wenn gegen sie eine dingliche Klage angestellt wird betreffend Vermögen, welches sie im Inlande haben;
3. wenn bedungen wurde, dafs das inländische Gericht Streitigkeiten bezüglich der in einem anderen Lande kontrahierten Obligationen entscheiden soll.

Art 28.

Ausländer, welche nicht im Inlande domiziliert sind und eine Klage gegen Inländer oder gegen naturalisierte oder domizilierte Ausländer anstellen, haben in Ansehung des künftigen Urteils (las resultas del juicio) auf Verlangen des Beklagten Kaution zu leisten.

Art. 29.

Solche Kaution kann jedoch nicht gefordert werden in folgenden Fällen:

1. wenn der Ausländer seine Klage auf ein beglaubigtes Dokument stützt,
2. wenn derselbe im Inlande hinreichendes Vermögen hat,
3. wenn der liquide und anerkannte Teil der Forderung, deren Zahlung verlangt wird, genügend ist, um für die Resultate der Klage zu haften,
4. wenn die Klage kaufmännische Geschäfte betrifft,
5. wenn der Ausländer gerichtlich (judicialmente) genötigt (compelido) wurde, die Klage anzustellen.

Art. 30.

In den Prozessen, in welchen es sich um Erfüllung von im Auslande kontrahierten Obligationen handelt, regelt sich das Prozefsverfahren (modo de proceder) nach den Gesetzen des Inlandes.

Art. 31.

Nach denselben Gesetzen werden Einreden (excepciones) beurteilt, welche sich aus Thatsachen ergeben, die sich im Inlande ereigneten, und ebenso rescissorische, resolutorische oder revokatorische Klagen, welche sich auf solche gründen; handelt es sich aber darum, die Existenz eines juristischen Aktes zu beweisen, welcher sich aufserhalb des Landes zugetragen (occurido) hat, so regelt sich der Beweis nach dem Gesetze des Ortes, wo dieser Act vorgenommen wurde (se realizó).

Art. 32.

Die Verjährung als Mittel, Vermögen (bienes) zu erwerben, wird nach dem Gesetze des Ortes, wo sich das Vermögen befindet (situacion), beurteilt.

Art. 33.

Die Verjährung als Mittel, Obligationen aufzuheben (extinguir), wird nach dem Gesetze des Ortes, wo die Obligationen ihren Ursprung genommen haben, beurteilt.

Titel 5.

Von der nationalen Jurisdiktion über Detikte, welche im Auslande begangen wurden und über Fälschungen zum Nachteil anderer Staaten.

Art. 34.

Diejenigen, welche ein Delikt aufserhalb Landes begingen, indem sie inländische (nationale) Münzen, Bankbillets mit gesetzlichem Umlauf, Titel von öffentlichen Effekten oder andere nationale Dokumente fälschten, werden abgeurteilt von den Gerichten des Inlandes nach Mafsgabe der Gesetze desselben, wenn sie im Inlande ergriffen wurden oder ihre Auslieferung erlangt wurde. Ebenso sind die inländischen (nationalen) Gerichte zuständig, um zu urteilen:

1. über Angehörige (ciudadanos) des Inlandes, welche im Auslande Brandstiftung, Meuchelmord, Raub oder irgend ein anderes Delikt, das die Auslieferung rechtfertigt, begangen haben, falls von Seiten oder auf

Ersuchen der Regierung des Landes, in welchem das Delikt begangen wurde, angeklagt wird,

2. über Ausländer, welche dieselben Delikte gegen Bürger des Inlandes begangen haben, falls sie kamen, um im Inlande ständigen Aufenthalt zu nehmen (zu residieren) und der beteiligte Teil Anklage erhebt,
3. über Piraten.

Art. 35.

Das Verfahren in diesen Prozessen richtet sich nach den Gesetzen des Inlandes.

Art. 36.

Wenn an dem Ort der Begehung der strafbaren Handlung und des Verfahrens die für das Delikt angedrohte Strafe verschieden ist, wird die minder harte Strafe angewendet.

Art. 37.

Vorstehende Vorschriften kommen nicht zur Anwendung:

1. wenn der Delinquent am Orte der Begehung des Delikts verurteilt und bestraft ist,
2. wenn er schon abgeurteilt und freigesprochen oder begnadigt wurde (obtenido remision de la pena),
3. wenn das Delikt oder die Strafe nach Maſsgabe des Gesetzes des Landes, in welchem das Delikt begangen wurde, verjährt ist.

Art. 38.

Die bürgerliche (Civil-) Verantwortlichkeit für Delikte oder Quasidelikte bestimmt sich nach den Gesetzen des Ortes, wo die das Delikt etc. ausmachenden Thatsachen vorgekommen sind.

Art. 39.

Es werden im Inlande nach dessen Gesetzen gestraft Delikte, welche bestehen in der Fälschung (Falsifikation) — vorausgesetzt, daſs solche geschah, um die Ergebnisse in Umlauf zu setzen — von

1. Geld, welches in irgend einem Lande gesetzlichen Kurs hat,
2. Obligationen oder Coupons der öffentlichen Schuld

oder Bankbillets irgend einer Nation, insofern die Emission durch ein Gesetz derselben autorisiert ist,
3. Obligationen oder andern Titeln, welche in irgend einem Lande durch städtische Behörden oder öffentliche Anstalten irgend einer Art emittiert worden sind, oder Zinscoupons oder Dividendenscheinen zu solchen Titeln,
4. Aktien von anonymen in einem anderen Lande gesetzmäfsig konstituierten Gesellschaften.

Titel 6.

Von der Vollstreckung der Urteile und anderer jurisdiktioneller Akte.

Art. 40.

Urteile und andere gerichtliche Beschlüsse irgend welcher Art in Civilsachen, welche in den vertragschliefsenden Staaten ausgefertigt sind, werden durch die Behörden des Inlandes nach Mafsgabe der Vorschriften dieses Titels vollstreckt.

Art. 41.

Die Vollstreckung der gedachten Urteile und Beschlüsse wird bei dem Richter oder Gerichte erster Instanz des Ortes, wo zu erfüllen ist, beantragt. Es ist deshalb ein Ersuchen unter Beifügung aller nothwendigen Stücke dorthin zu richten.

Art. 42.

Der ersuchte Richter kommt dem Ersuchen nach unter Beachtung der Vorschriften in Art. 54

1. wenn nicht die nationale Jurisdiktion verletzt ist (d. h. nach den Motiven, wenn die Kompetenz begründet war),
2. wenn die Partei gesetzmäfsig geladen war,
3. wenn das Urteil oder der Beschlufs nach Mafsgabe der Gesetze des Landes, in welchem er ausgefertigt wurde, vollstreckbar war.

Art. 43.

Die Partei, welche sich durch den Befehl des ersuchten Richters für benachteiligt (präjudiciert) hält, kann Rekurs ein-

legen, sofern solchen das Gesetz im Lande des Vollstreckungsgerichtes gestattet, aber jeder Streit, welcher sich nicht auf einen der Punkte, die der vorstehende Artikel aufzählt, stützt, ist verboten.

Art. 44.

Den Ersuchen, welche aus einem der vertragschliefsenden Staaten wegen Vollstreckung von Lauda oder schiedsrichterlichen Urteilen ergehen, ist nach Mafsgabe der vorstehenden Vorschriften zu entsprechen, wenn sie beglaubigt (homologados) sind.

Art. 45.

Lauda, welche nicht beglaubigt sind, sind denselben Regeln unterworfen wie Verträge.

Art. 46.

Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit haben ihre Wirkung (surtirán sus efectos) unter den in Art. 42 aufgestellten Voraussetzungen.

Art. 47.

Den Ersuchen, welche eine einfache Benachrichtigung, Entgegennahme von Erklärungen oder irgend welche andere Anliegen von derselben Art (diligencias de esta naturaleza) zum Zweck haben, ist stattzugeben, sobald sie nur gebührend legalisiert sind.

Art. 48.

Die Vorschriften in Art. 41—44 kommen ebenso zur Anwendung für Urteile oder andere gerichtliche Akte, sowie für Schiedssprüche, welche in anderen ausländischen als den vertragschliefsenden Staaten ausgefertigt wurden:

1. wenn sie für das Recht von Angehörigen (ciudadanos) dieser Staaten vorteilhaft sind,
2. wenn sie zu Gunsten anderer Personen ausgefertigt sind, falls dargethan wird, dafs in dem Staate, in welchem das Urteil oder das schiedsrichterliche Urteil erging, Reciprocität beobachtet wird.

Art. 49.

Reciprocität wird nicht erfordert, um den Ersuchen in Betreff der Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder ein-

fachen gerichtlichen Anliegen (simples diligencias judiciales) zu entsprechen.

Art. 50.

Die Vollstreckungsmittel zur Erledigung der Ersuchen, von welchen in vorstehenden Artikeln die Rede, sind die im Innlande vorgeschriebenen.

Titel 7.

Von den Legalisationen.

Art. 51.

Damit Ersuchen und andere öffentliche Instrumente, welche aus einem fremden Lande eingehen, gesetzmäfsige Wirksamkeit im Inlande haben, mufs deren Authenticität nach folgenden Regeln dargethan werden:

Ersuchen, in welchen die Vollstreckung von Urteilen oder Lauda gefordert wird, werden legalisiert in dem Staate, aus welchem sie hervorgehen, nach dem dort geltenden Gesetze oder der dort herrschenden Praxis.

Wenn die letzte Zeichnung (Firma) dieser Legalisation die eines diplomatischen oder Konsular-Agenten des Landes der Vollstreckung ist, so wird sie authentisiert durch dessen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

Wenn die letzte Zeichnung die eines diplomatischen oder Konsular-Agenten eines befreundeten Staates ist, so wird sie der Repräsentant oder Agent desselben in dem Lande der Vollstreckung authentisieren und das Ersuchen dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zusenden zu dem im vorhergehenden Absatze angegebenen Zwecke.

Wenn der Staat (die Nation), von welchem das Ersuchen ausgeht, in dem Lande, in welchem demselben entsprochen werden soll einen diplomatischen oder Konsular-Agenten hat, so kann der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten dieses Staates demselben das Ersuchen zugehen lassen, damit er, nach Authentisierung mit seiner Zeichnung (firma), dasselbe dem betreffenden Minister des Staates, in welchem die Vollstreckung erfolgen soll, zugehen lasse, auf dafs dieser dem Ersuchen seinen weiteren Lauf gebe.

Art. 52.

Alle diese Dokumente sind wirksam, wenn sie vom diplomatischen oder Konsular-Agenten des Landes oder so legalisiert sind, daſs die Beglaubigung durch den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten des Landes, wo vollstreckt werden soll, erfolgen kann.

Titel 8.

Gemeinsame Vorschriften für die vorstehenden Titel.

Art. 53.

Die Vorschriften der vorstehenden Titel ändern nicht die Vorschriften in Verträgen, welche mit anderen Staaten zu Recht bestehen.

Art. 54.

Gesetze, Urteile, Verträge und juristische Akte, welche ihren Ursprung im Auslande hatten, werden im Inlande nur beachtet (Se observarán), soweit sie nicht mit der politischen Verfassung, den Gesetzen der öffentlichen Ordnung oder den guten Sitten unverträglich sind.

Art. 55.

Wer ein ausländisches Gesetz anruft und dessen Anwendung nach Maſsgabe der vorstehenden Titel verlangt, muſs das Bestehen dieses Gesetzes beweisen.

Art. 56.

Der gegenwärtige Vertrag soll, sobald er von den Kongressen gebilligt und von den Regierungen der vertragschlieſsenden Mächte ratifiziert sein wird, in Lima in möglichst kurzer Zeit ausgewechselt werden.

Art. 57.

Für die Wirksamkeit dieses Vertrages ist nicht notwendig, daſs alle und jede einzelne Vereinbarung von allen vertragschlieſsenden Mächten gebilligt sei. Diejenige Macht, welche ihn ganz oder teilweise billigt, wird solches der Regierung von Peru mitteilen, damit diese die Erklärung den vertragschlieſsenden Staaten übersende. Dies Verfahren hat die Bedeutung einer Auswechselung.

Art. 58.

Wenn die Auswechselung in der im vorstehenden Artikel angegebenen Form stattgefunden hat, bleibt der Vertrag von diesem Akte an und für unbestimmte Zeit unter den Staaten, welche diese Erklärung abgegeben haben, in Kraft.

Art. 59.

Wenn im Laufe der Zeit einer der vertragschliefsenden Staaten es für nötig halten sollte, Modifikationen dieses Vertrages einzuführen, so wird er den übrigen mitteilen, dafs er den Willen hat, die Wirkungen des entsprechenden Teiles aufhören zu lassen; er ist aber nicht eher davon frei, als nach Ablauf von drei Jahren seit dieser Zeit, innerhalb welcher Frist man sich Gelegenheit verschaffen kann, ein neues Übereinkommen auf dem Wege und in der Form, welche möglichst angemessen erscheinen mögen, zustande zu bringen.

Art. 60.

Art. 57 kann auf die Staaten ausgedehnt werden, welche, ohne an diesem Kongresse teilgenommen zu haben, wünschen, dem gegenwärtigen Vertrage beizutreten.

II.

Der Entwurf zu einem Vertrage über internationales Civilrecht zwischen Argentinien, Bolivia, Brasilien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay.

(Montevideo, 12. Febr. 1889[1].)

Litteratur:

Pradier-Fodéré, R. D. J. XXI S. 217—237. 561—577.
Contuzzi, Diritto internazionale privato. S. 324—385.
Segovia, El derecho internacional privado y el Congreso sudamericano de Montevideo. Buenos-Ayres 1889. Citat aus R. D. J. XXI. S. 511 u. 512.

---

[1] Die Übersetzung rührt von Dr. E. Schurter her.

Título I.

De las Personas.

Art. 1.º

La capacidad de las personas se rige por las leyes de su domicilio.

Art. 2.º

El cambio de domicilio no altera la capacidad adquirida por emancipacion, mayor edad ó habilitacion judicial.

Art. 3.º

El Estado en el carácter de persona jurídica tiene capacidad para adquirir derechos y contraer obligaciones en el territorio de otro Estado, de conformidad á las leyes de este último.

Art. 4.º

La existencia y capacidad de las personas jurídicas de carácter privado se rige por las leyes del país en el cual han sido reconocidas como tales.

El carácter que revisten las habilita plenamente para ejercitar fuera del lugar de su institucion todas las acciones y derechos que les correspondan. Mas, para el ejercicio de actos comprendidos en el objeto especial de su institucion, se sujetarán á las prescripciones establecidas por el Estado en el cual intenten realizar dichos actos.

Titel I.

Von den Personen.

Art. 1.

Die bürgerliche Handlungsfähigkeit der Personen wird von den Gesetzen ihres Domizils regiert.

Art. 2.

Die Aenderung des Domizils hat keinen Einfluss auf die Handlungsfähigkeit, welche auf dem Wege der Emancipation, der Volljährigkeit oder der gerichtlichen Habilitierung erlangt wurde.

Art. 3.

Der Staat, welcher den Charakter einer juristischen Person besitzt, ist fähig, in dem Gebiete eines andern Staates Rechte zu erwerben und Verbindlichkeiten einzugehen in Gemäſsheit der Gesetze des letztern.

Art. 4.

Die Existenz und die Handlungsfähigkeit der juristischen Personen privaten Charakters werden von den Gesetzen des Landes regiert, in welchem sie als solche anerkannt worden sind.

Der ihnen innewohnende Charakter macht sie vollständig fähig, ausserhalb des Ortes ihrer Errichtung alle ihnen zustehenden Handlungen und Rechte auszuüben.

Für die Ausführung solcher Rechtsgeschäfte jedoch, welche zum Specialgegenstande ihrer Einrichtung gehören, sollen sie den Vorschriften des Staates un-

Título II.

Del domicilio.

Art. 5.°

La ley del lugar en el cual reside la persona determina las condiciones requeridas para que la residencia constituya domicilio.

Art. 6.°

Los padres, tutores y curadores tienen su domicilio en el territorio del Estado por cuyas leyes se rigen las funciones que desempeñan.

Art. 7.°

Los incapaces tienen el domicilio de sus representantes legales.

Art. 8.°

El domicilio de los cónyuges es el que tiene constituido el matrimonio, y en defecto de este, se reputa por tal el del marido.

La mujer separada judicialmente conserva el domicilio del marido mientras no constituya otro.

Art. 9.°

Las personas que no tuvieren domicilio conocido lo tienen en el lugar de su residencia.

terworfen sein, in welchem sie die genannten Rechtsgeschäfte zur Ausführung bringen wollen.

Titel II.

Vom Domizil.

Art. 5.

Das Gesetz desjenigen Landes, in welchem die Person sich aufhält, setzt die Bedingungen fest, unter welchen der Aufenthalt Domizil begründet.

Art. 6.

Die Väter, Vormünder und Kuratoren haben ihr Domizil auf dem Gebiete desjenigen Staates, von dessen Gesetzen die Verrichtungen, welche sie ausüben, regiert werden.

Art. 7.

Die Handlungsunfähigen haben das Domizil ihrer gesetzlichen Vertreter.

Art. 8.

Das Domizil der Ehegatten ist dasjenige, welches durch die Ehe begründet wurde, und in Ermangelung dieses letztern, ist als solches das Domizil des Ehemannes zu betrachten.

Die Ehefrau, welche gerichtlich getrennt ist, behält das Domizil des Ehemannes so lange bei, als sie nicht ein anderes begründet hat.

Art. 9.

Für Personen, welche kein bekanntes Domizil besitzen, ist als solches der Ort ihres Aufenthaltes zu betrachten.

Título III.

De la ausencia.

Art. 10.

Los efectos jurídicos de la declaracion de ausencia respecto á los bienes del ausente se determinan por la ley del lugar en que esos bienes se hallan situados.

Las demas relaciones jurídicas del ausente seguirán gobernándose por la ley que anteriormente las regía.

Titel III.

Von der Abwesenheit (Verschollenheit).

Art. 10.

Die rechtlichen Wirkungen der Abwesenheits- (Verschollenheits-) Erklärung bestimmen sich bezüglich der Güter des Abwesenden (Verschollenen) nach dem Gesetze des Landes, in welchem diese Güter gelegen sind.

Die übrigen Rechtsverhältnisse des Abwesenden (Verschollenen) sollen auch in Zukunft dem Gesetze, welches sie vordem geregelt hatte, unterworfen bleiben.

Título IV.

Del matrimonio.

Art. 11.

La capacidad de las personas para contraer matrimonio, la forma del acto y la existencia y validez del mismo, se rigen por la ley del lugar en que se celebra.

Sin embargo, los Estados signatarios no quedan obligados á reconocer el matrimonio que se hubiere celebrado en uno de ellos cuando se halle afectado de alguno de los siguientes impedimentos:

a) Falta de edad de alguno de los contrayentes, requiriéndose como mínimum catorce años cumplidos en el varon y doce en la mujer;

b) Parentesco en línea recta por consanguinidad ó afi-

Titel IV.

Von der Ehe.

Art. 11.

Die Fähigkeit der Personen zur Eheschliessung, die Form des Aktes sowie die Existenz und die Gültigkeit des letztern, werden von dem Gesetze des Ortes regiert, an welchem kontrahiert wird.

Indessen haben sich die Signaturstaaten nicht verpflichtet, eine in einem dieser Staaten abgeschlossene Ehe anzuerkennen, sofern dieselbe mit einem der folgenden Mängel behaftet ist:

a) Mangel des Alters bei einem der Kontrahenten: das Minimum des erforderlichen Alters ist 14 zurückgelegte Jahre für den Mann und 12 für die Frau.

b) Verwandtschaft in direkter Linie durch Blutsgemein-

nidad, sea legítimo ó ilegítimo;
c) Parentesco entre hermanos legítimos ó ilegítimos;
d) Haber dado muerte á uno de los cónyuges, ya sea como autor principal ó como cómplice, para casarse con el cónyuge supérstite;
e) El matrimonio anterior no disuelto legalmente.

schaft oder Verschwägerung sei es legitime oder illegitime.
c) Verwandtschaft zwischen legitimen und illegitimen Brüdern.
d) Wenn der eine Teil als Haupt- oder Mitthäter den einen Ehegatten getötet hat, um den andern zu heiraten.
e) Eine vorhergegangene Ehe, die noch nicht gesetzlich aufgelöst ist.

Art. 12.

Los derechos y deberes de los cónyuges en todo cuanto afecta sus relaciones personales, se rigen por las leyes del domicilio matrimonial.

Si los cónyuges mudaren de domicilio dichos derechos y deberes se regirán por las leyes del nuevo domicilio.

Art. 12.

Die Rechte und Pflichten der Ehegatten werden mit Bezug auf alles, was ihre persönlichen Verhältnisse betrifft, von den Gesetzen des neuen Domizils regiert.

Art. 13.

La ley del domicilio matrimonial rige:
a) La separacion conyugal;
b) La disolubilidad del matrimonio, siempre que la causal alegada sea admitida por la ley del lugar en el cual se celebró.

Art. 13.

Das Gesetz des Landes des Ehedomiziles regelt:
a) Die eheliche Trennung.
b) Die Auflösung der Ehe, vorausgesetzt, dafs der (für die Auflösung) angeführte Scheidungsgrund von dem Gesetze des Ortes, an welchem die Ehe eingegangen wurde, anerkannt wird.

Título V.

De la patria potestad.

Art. 14.

La patria potestad en lo referente á los derechos y deberes

Titel V.

Von der väterlichen Gewalt.

Art. 14.

Die väterliche Gewalt wird bezüglich der persönlichen Rechte

personales, se rige por la ley del lugar en que se ejercita.

und Pflichten von dem Gesetze des Ortes regiert, an welchem sie ausgeübt wird.

Art. 15.

Los derechos que la patria potestad confiere á los padres sobre los bienes de los hijos, asi como su enajenacion y demas actos que los afecten, se rigen por la ley del Estado en que dichos bienes se hallan situados.

Art. 15.

Die Rechte, welche die väterliche Gewalt den Eltern über die Güter der Kinder verleiht, sowie die Veräufserung dieser Güter und die übrigen diese betreffenden Rechtsgeschäfte werden von dem Gesetze des Staates regiert, in welchem die erwähnten Güter gelegen sind.

Título VI.

De la filiacion.

Art. 16.

La ley que rige la celebracion del matrimonio determina la filiacion legítima y la legitimacion por subsiguiente matrimonio.

Art 17.

Las cuestiones sobre legitimidad de la filiacion, ajenas á la validez ó nulidad del matrimonio, se rigen por la ley del domicilio conyugal en el momento del nacimiento del hijo.

Art. 18.

Los derechos y obligaciones concernientes á la filiacion ilegítima se rigen por la ley del Estado en el cual hayan de hacerse efectivos.

Titel VI.

Von der Vaterschaft

Art. 16.

Das Gesetz, welches die Eheschliessung regelt, normiert die legitime Vaterschaft und die Legitimation durch nachfolgende Ehe.

Art. 17.

Die Fragen über die Legitimität der Vaterschaft werden, sofern sie die Gültigkeit oder Nichtigkeit der Ehe nicht berühren, von dem Gesetze des im Zeitpunkte der Geburt des Kindes bestehenden ehelichen Domiziles regiert.

Art. 18.

Die Rechte und Verpflichtungen, welche die illegitime Vaterschaft betreffen, werden von dem Gesetze des Staates regiert, in welchem sie zur Ausführung kommen sollen.

Titulo VII.

De la tutela y curatela.

Art. 19.

El discernimiento de la tutela y curatela se rige por la ley del lugar del domicilio de los incapaces.

Art. 20.

El cargo de tutor ó curador discernido en alguno de los Estados signatarios, será reconocido en todos los demas.

Art. 21.

La tutela y curatela, en cuanto á los derechos y obligaciones que imponen, se rigen por la ley del lugar en que fué discernido el cargo.

Art. 22.

Las facultades de los tutores y curadores respecto de los bienes que los incapaces tuvieren fuera del lugar de su domicilio, se ejercitarán conforme á la ley del lugar en que dichos bienes se hallan situados.

Art. 23.

La hipoteca legal que las leyes acuerdan á los incapaces solo tendrá efecto cuando la ley del Estado en el cual se ejerce el cargo de tutor ó curador concuerde con la de aquel en

Titel VII.

Von der Vormundschaft und der Kuratel.

Art. 19.

Die Zulässigkeit der Vormundschaft und der Kuratel wird regiert von dem Gesetze des Domizils der Handlungsunfähigen.

Art. 20.

Das Amt eines Vormundes oder Kurators, welches in einem der Signaturstaaten anerkannt worden ist, soll in allen übrigen ebenfalls anerkannt werden.

Art. 21.

Die Vormundschaft und die Kuratel werden bezüglich der Rechte und Verpflichtungen, welche sich auf sie beziehen, von dem Gesetze des Ortes regiert, in welchem ihre Errichtung anerkannt worden ist.

Art. 22.

Die Befugnisse der Vormünder und der Kuratoren bezüglich der Güter, welche die Handlungsunfähigen aufserhalb dem Orte ihres Domizils besitzen, werden gemäss dem Gesetze des Ortes, an welchem diese Güter gelegen sind, ausgeübt.

Art. 23.

Das gesetzliche Pfandrecht, welches die Gesetze den Handlungsunfähigen einräumen, soll nur dann zur Geltung kommen, wenn das Gesetz desjenigen Staates, in welchem die Vor-

que se hallan situados los bienes afectados por ella.

mundschaft oder Kuratel ausgeübt wird, übereinstimmt mit dem Gesetze desjenigen Staates, in welchem die Güter gelegen sind, auf denen das Pfandrecht lastet.

Título VIII.

Disposiciones comunes á los títulos IV, V y VII.

Art. 24.

Las medidas urgentes que conciernen á las relaciones personales entre cónyuges, al ejercicio de la patria potestad y á la tutela y curatela se rigen por la ley del lugar en que residan los cónyuges, padres de familia, tutores y curadores.

Art. 25.

La remuneracion que las leyes acuerdan á los padres, tutores y curadores y la forma de la misma, se rige y determina por la ley del Estado en el cual fueron discernidos tales cargos.

Título IX.

De los bienes.

Art. 26.

Los bienes, cualquiera que sea su naturaleza, son exclusivamente regidos por la ley del lugar donde existen en cuanto á su calidad, á su posesion, á su enajenabilidad absoluta ó relativa y á todas las relaciones

Titel VIII.

Gemeinsame Bestimmungen zu den Titeln IV, V, und VI.

Art. 24.

Die dringlichen Maſsnahmen, welche die persönlichen Beziehungen zwischen Eheleuten, die Ausübung der väterlichen Gewalt, der Vormundschaft und der Kuratel betreffen, werden von den Gesetzen des Ortes regiert, an welchem die Eheleute, die Familienväter, die Vormünder und die Kuratoren sich aufhalten.

Art. 25.

Die Entschädigung, welche die Gesetze den Familienvätern, Vormündern und Pflegern gewähren, sowie deren Form werden von dem Gesetze des Staates regiert und festgestellt, in welchem die betreffenden Rechtsinstitute anerkannt worden sind.

Titel IX.

Von den Gütern.

Art. 26.

Die Güter werden, welcher Natur sie auch sein mögen, ausschlieſslich von dem Gesetze des Ortes, wo sie gelegen sind, regiert und zwar bezüglich ihrer Qualität, ihrer absoluten oder relativen Fähigkeit, veräuſsert

de derecho de carácter real de que son susceptibles.

zu werden und aller Rechtsverhältnisse, zu denen sie in Beziehung treten können.

Art. 27.

Los buques, en aguas no jurisdiccionales, se reputan situados en el lugar de su matrícula.

Art. 27.

Die Schiffe auf den nicht jurisdictionalen Gewässern werden als am Orte ihrer Matrikel liegend betrachtet.

Art. 28.

Los cargamentos de los buques, en aguas no jurisdiccionales, se reputan situados en el lugar del destino definitivo de las mercaderías.

Art. 28.

Die Schiffsladungen auf den nicht-jurisdictionalen Gewässern werden als am definitiven Bestimmungsort der Waren gelegen gehalten.

Art. 29.

Los derechos creditorios se reputan situados en el lugar en que la obligacion de su referencia debe cumplirse.

Art 29.

Die Forderungsrechte werden als an dem Orte gelegen betrachtet, an welchem die entsprechende Verbindlichkeit erfüllt werden mufs.

Art. 30.

El cambio de situacion de los bienes muebles no afecta los derechos adquiridos con arreglo á la ley del lugar donde existían al tiempo de su adquisicion.

Sin embargo, los interesados están obligados á llenar los requisitos de fondo ó de forma exigidos por la ley del lugar de la nueva situacion para la adquisicion ó conservacion de los derechos mencionados.

Art. 30.

Der Wechsel der Lage der beweglichen Güter verletzt diejenigen Rechte nicht, welche kraft des Gesetzes des Landes erworben wurden, in welchem jene Güter im Zeitpunkte ihres Erwerbes sich befunden haben.

Indessen sind die Beteiligten gehalten, die materiellen und formellen Bedingungen zu erfüllen, welche das Gesetz des Ortes der neuen Lage vorschreibt, wenn es sich um den (Neu-) Erwerb oder die Erhaltung der erwähnten Rechte handelt.

Art. 31.

Los derechos adquiridos por terceros sobre los mismos bienes de conformidad á la ley del

Art. 31.

Die Rechte, welche Dritte über die Güter selbst in Gemäfsheit des Gesetzes des Ortes der neuen

lugar de su nueva situacion, despues del cambio operado y antes de llenarse los requisitos referidos, priman sobre los del primer adquirente.

Lage nach vollzogenem Wechsel jedoch vor der Erfüllung der oben erwähnten erforderlichen Bedingungen, erworben haben, lasten auf denjenigen des ersten Erwerbes.

Título X.

De los actos jurídicos.

Art. 32.

La ley del lugar donde los contratos deben cumplirse decide si es necesario que se hagan por escrito y la calidad del documento correspondiente.

Art. 33.

La misma ley rige:

a) su existencia;
b) su naturaleza;
c) su validez;
d) sus efectos;
e) sus consecuencias;
f) su ejecucion;
g) En suma, todo cuanto concierne á los contratos, bajo cualquier aspecto que sea.

Art. 34.

En consecuencia, los contratos sobre cosas ciertas é individualizadas se rigen por la ley del lugar donde ellas existían al tiempo de su celebracion.

Los que recaigan sobre cosas determinadas por su género' por la del lugar del domicilio del deudor al tiempo en que fueron celebrados.

Los referentes á cosas fungibles, por la del lugar del do-

Titel X.

Von den Rechtsgeschäften.

Art. 32.

Das Gesetz des Ortes, an welchem die Verträge zur Ausführung kommen sollen, bestimmt, ob es notwendig sei, dass sie schriftlich und in der Form der entsprechenden Urkunde abgefaſst werden.

Art. 33.

Das nämliche Gesetz regelt:

a) ihre Existenz;
b) ihre Natur;
c) ihre Gültigkeit;
d) ihre Wirkungen;
e) ihre Konsequenzen;
f) ihre Ausführung (Exekution);
g) kurz alles was die Verträge unter irgend welchem Gesichtspunkt betrifft.

Art. 34.

In Folge dessen werden die Verträge über sichere und bestimmte Sachen von dem Gesetze des Ortes regiert, an welchem sie im Zeitpunkte des Vertragsabschlusses sich befanden.

Die Verträge über Sachen, die ihrer species nach bestimmt sind, werden von dem Gesetze des im Zeitpunkte des Vertragsabschlusses bestehenden Domiziles des Schuldners regiert.

micilio del deudor al tiempo de su celebracion.

Los que versen sobre prestacion de servicios:

a) Sie recaen sobre cosas, por la del lugar donde ellas existían al tiempo de su celebracion;

b) Si su eficacia se relaciona con algun lugar especial, por la de aquel donde hayan de producir sus efectos;

c) Fuera de estos casos, por la del lugar del domicilio del deudor al tiempo de la celebracion del contrato.

Die Verträge über vertretbare Sachen (Fungibilien) sind den Gesetzen des im Zeitpunkte des Vertragsabschlusses bestehenden Wohnortes des Schuldners unterstellt.

Die Verträge über Leistungen von Diensten werden regiert:

a) Wenn sie Sachen betreffen, von dem Gesetze des Ortes, an welchem die genannten Sachen im Zeitpunkte des Vertragsabschlusses sich befanden.

b) Wenn ihre Wirksamkeit von einem bestimmten Orte abhängt, von dem Gesetze des Ortes, an welchem sie ihre Wirkungen hervorbringen sollen.

c) Ausser diesen Fällen, von dem Gesetze des im Zeitpunkte des Vertragsabschlusses bestehenden Domiziles des Schuldners.

Art. 35.

El contrato de permuta sobre cosas situadas en distintos lugares sujetos á leyes disconformes, se rige por la del domicilio de los contrayentes si fuese comun al tiempo de celebrarse la permuta y por la del lugar en que la permuta se celebró si el domicilio fuese distinto.

Art. 35.

Der Tauschvertrag über Sachen, die an verschiedenen, mehreren verschiedenen Gesetzen unterworfenen, Orten gelegen sind, wird regiert von dem Gesetze des Domiziles der Kontrahenten, sofern dieses Domizil im Zeitpunkte des Vertragsabschlusses ein gemeinsames war, und von dem Gesetze desjenigen Ortes, an welchem der Tausch abgeschlossen wurde, wenn die Kontrahenten ein verschiedenes Domizil hatten.

Art. 36.

Los contratos accesorios se rigen por la ley de la obligacion principal de su referencia.

Art. 36.

Die accessorischen Verträge werden von dem Gesetze regiert, welchem die Hauptobligation, auf welche sie sich beziehen, unterliegt.

Art. 37.

La perfeccion de los contratos celebrados por correspondencia ó mandatario se rige por la ley del lugar del cual partió la oferta.

Art. 37.

Die Gültigkeit der durch Briefwechsel oder Mandat abgeschlossenen Verträge wird von dem Gesetze des Ortes regiert, von welchem aus die Offerte abgegangen ist.

Art. 38.

Las obligaciones que nacen sin convencion se rigen por la ley del lugar donde se produjo el hecho lícito ó ilícito de que proceden.

Art. 38.

Die Verbindlichkeiten, welche ohne Vertrag entstehen, sind dem Gesetze des Ortes unterstellt, an welchem die erlaubte oder unerlaubte Handlung, aus welcher sie entspringen, geschehen ist.

Art. 39.

Las formas de los instrumentos públicos se rigen por la ley del lugar en que se otorgan.

Los instrumentos privados, por la ley del lugar del cumplimiento del contrato respectivo.

Art. 39.

Die Formen der öffentlichen Urkunden werden von dem Gesetze des Ortes regiert, an welchem sie errichtet wurden. Die Privaturkunden werden von dem Gesetze des Ortes regiert, an welchem der entsprechende Vertrag zur Ausführung kommt.

Título XI.

De las capitulaciones matrimoniales.

Titel XI.

Von den Eheverträgen.

Art. 40.

Las capitulaciones matrimoniales rigen las relaciones de los esposos respecto de los bienes que tengan al tiempo de celebrarlas y de los que adquieran posteri-

Art. 40.

Die Eheverträge regeln die Verhältnisse der Eheleute bezüglich der Güter, welche die Eheleute in dem Zeitpunkte des Ehe-Abschlusses besitzen sowie

ormente, en todo lo que no esté prohibido por la ley del lugar de su situacion.

bezüglich derjenigen Güter, welche die Eheleute später erworben haben, und zwar mit Bezug auf alles, was von dem Gesetze des Ortes, an dem sie gelegen sind, nicht verboten wird.

Art. 41.

En defecto de capitulaciones especiales, en todo lo que ellas no hayan previsto y en todo lo que no esté prohibido por la ley del lugar de la situacion de los bienes, las relaciones de los esposos sobre dichos bienes, se rigen por la ley del domicilio conyugal que hubieren fijado, de comun acuerdo, antes de la celebracion del matrimonio.

Art. 41.

In Ermangelung specieller Vereinbarungen werden mit Bezug auf alles, was die Eheleute nicht vorgesehen haben und mit Bezug auf alles, was von dem Gesetze des Ortes, an welchem die Güter gelegen sind, nicht verboten wird, die güterechtlichen Verhältnisse der Eheleute vom Gesetze desjenigen ehelichen Domiziles regiert, welches die Eheleute übereinstimmend vor der Eheschliefsung gewählt haben.

Art. 42.

Si no hubiesen fijado de antemano un domicilio conyugal, las mencionadas relaciones se rigen por la ley del domicilio del marido al tiempo de la celebracion del matrimonio.

Art. 42.

Wenn diese kein eheliches Domizil zum Voraus gewählt haben, so werden die erwähnten Rechtsverhältnisse von dem Gesetze des Wohnortes regiert, welchen der Ehemann zur Zeit der Eheschliefsung inne hatte.

Art. 43.

El cambio de domicilio no altera las relaciones de los esposos en cuanto á los bienes, ya sean adquiridos antes ó despues del cambio.

Art. 43.

Der Wechsel des Domizils hat keinen Einflufs auf die güterrechtlichen Verhältnisse der Ehegatten, seien die Güter vor oder nach dem Wechsel erworben worden.

Título XII.

De las sucesiones.

Art. 44.

La ley del lugar de la situacion de los bienes hereditarios,

Titel XII.

Vom Erbrecht.

Art. 44.

Das Gesetz des Ortes, an welchem die Nachlafsgüter im Zeit-

al tiempo de la muerte de la persona de cuya sucesion se trate, rige la forma del testamento.

Esto no obstante, el testamento otorgado por acto público en cualquiera de los Estados contratantes será admitido en todos los demas.

Art. 45.

La misma ley de la situacion rige:

a) La capacidad de la persona para testar;

b) La del heredero ó legatario para suceder;

c) La validez y efectos del testamento;

d) Los títulos y derechos hereditarios de los parientes y del cónyuge supérstite;

e) La existencia y proporcion de las legítimas;

f) La existencia y monto de los bienes reservables;

g) En suma, todo lo relativo á la sucesion legítima ó testamentaria.

Art. 46.

Las deudas que deban ser satisfechas en alguno de los Estados contratantes, gozarán de preferencia sobre los bienes allí existentes al tiempo de la muerte del causante.

punkte des Todes des Erblassers gelegen sind, regiert die Form des Testamentes.

Nichtsdestoweniger soll das Testament, sofern es durch eine öffentliche Urkunde in einem der kontrahierenden Staaten errichtet wurde, in allen übrigen anerkannt werden.

Art. 45.

Dasselbe Gesetz des Ortes, an welchem die Güter gelegen sind, regiert:

a) Die Testierfähigkeit der Person.

b) Die Erbfähigkeit des Erben oder des Legatars.

c) Die Gültigkeit und die Wirkungen des Testamentes.

d) Die erbrechtlichen Titel und Befugnisse der Verwandten und des überlebenden Ehegatten.

e) Die Existenz und das Verhältniss der Pflichtteilsquoten.

f) Die Existenz und den Betrag der Reservegüter.

g) Kurz alles, was sich auf die gesetzliche oder testamentarische Erbfolge bezieht.

Art. 46.

Die Schulden, welche in einem der kontrahierenden Staaten zu bezahlen sind, sollen den Vorrang auf den dort im Zeitpunkte des Todes des Schuldners befindlichen Gütern geniefsen.

Art. 47.

Si dichos bienes no alcanzaren para la chancelacion de las deudas mencionadas, los acreedores cobrarán sus saldos proporcionalmente sobre los bienes dejados en otros lugares, sin perjuicio del preferente derecho de los acreedores locales.

Art. 47.

Sollten diese Güter zur Befriedigung der erwähnten Schulden nicht ausreichen, so können die Gläubiger ihre Gelder proportional auf den an andern Orten nachgelassenen Gütern erheben, jedoch unbeschadet des Vorzugsrechtes der lokalen Gläubiger.

Art. 48.

Cuando las deudas deban ser chanceladas en algun lugar en que el causante no haya dejado bienes, los acreedores exigirán su pago proporcionalmente sobre los bienes dejados en otros lugares, con la misma salvedad establecida en el artículo precedente.

Art. 48.

Wenn die Schulden an einem Orte bezahlt werden sollen, an welchem der Schuldner keine Güter hinterlassen hat, so können die Gläubiger ihre Befriedigung proportional an den an andern Orten nachgelassenen Gütern verlangen, jedoch mit dem nämlichen im vorigen Artikel festgesetzten Vorbehalte.

Art. 49.

Los legados de bienes determinados por su género y que no tuvieren lugar designado para su pago, se rigen por la ley del lugar del domicilio del testador al tiempo de su muerte, se harán efectivos sobre los bienes que deje en dicho domicilio y, en defecto de ellos ó por su saldo, se pagarán proporcionalmente de todos los demas bienes del causante.

Art. 49.

Die Vermächtnisse über Güter, welche ihrer Natur nach bestimmt sind, für welche aber kein Zahlungs- (Erfüllungs-) Ort bezeichnet ist, sollen von dem Gesetze des Domiziles regiert werden, welches der Testator im Zeitpunkte seines Todes innehatte, und sie sollen ausbezahlt (erfüllt) werden auf den Gütern, welche derselbe an diesem Domizile hinterlassen hat, und in Ermanglung von Gütern oder von Geld sollen sie proportional auf allen übrigen Gütern des Testators bezahlt (erfüllt) werden.

Art. 50.

La obligacion de colacionar

Art. 50.

Die Kollationspflicht wird von

se rige por la ley de la sucesion en que ella sea exigida.

Si la colacion consiste en algun bien raíz ó mueble, se limitará á la sucesion de que ese bien dependa.

Cuando consista en alguna suma de dinero, se repartirá entre todas las sucesiones á que concurra el heredero que deba la colacion proporcionalmente á su haber en cada una de ellas.

dem Gesetze des Ortes regiert, an welchem die Erbschaft verlangt wird.

Wenn der Kollationsgegenstand eine bewegliche oder unbewegliche Sache ist, so soll die Kollation beschränkt werden auf den Teil des Nachlasses, zu welchem diese Sache gehören wird.

Besteht der Kollationsgegenstand in einer Summe Geldes, so soll die Kollation auf alle Nachlaſsteile repartiert werden, an welchen der Erbe participiert, der die Collation proportional zu seinem Teile an jeden der Nachlaſsteile schuldet.

Título XIII.

De la prescripcion.

Art. 51.

La prescripcion extintiva de las acciones personales se rige por la ley á que las obligaciones correlativas están sujetas.

Art. 52.

La prescripcion extintiva de acciones reales se rige por la ley del lugar de la situacion del bien gravado.

Art. 53.

Si el bien gravado fuese mueble y hubiese cambiado de situacion, la prescripcion se rige por la ley del lugar en que se haya completado el tiempo necesario para prescribir.

Titel XIII.

Von der Verjährung.

Art. 51.

Die Verjährung, welche die persönlichen Klagerechte vernichtet, wird regiert von dem Gesetze, welchem die entsprechenden Obligationen unterstellt sind.

Art. 52.

Die Verjährung, welche die dinglichen Klagerechte vernichtet, wird regiert von dem Gesetze des Ortes, an welchem das dingliche Objekt gelegen ist.

Art. 53.

Ist das dingliche Objekt ein bewegliches Gut und hat es seine Lage gewechselt, so wird die (Extinctiv-) Verjährung von dem Gesetze des Ortes regiert, an welchem die zur Verjährung erforderliche Zeit abgelaufen sein wird.

Art. 54.

La prescripcion adquisitiva de bienes muebles ó inmuebles se rige por la ley del lugar en que están situados.

Art. 54.

Die Acquisitivverjährung bezüglich beweglicher oder unbeweglicher Güter unterliegt dem Gesetze des Ortes, an welchem dieselben gelegen sind.

Art. 55.

Si el bien fuese mueble y hubiese cambiado de situacion, la prescripcion se rige por la ley del lugar en que se haya completado el tiempo necesario para prescribir.

Art. 55.

Ist der Gegenstand ein bewegliches Gut und hat er seine Lage gewechselt, so wird die (Acquisitiv-) Verjährung von dem Gesetze des Ortes regiert, an welchem die zur Verjährung erforderliche Zeit abgelaufen sein wird.

Título XIV.

De la jurisdiccion.

Art. 56.

Las acciones personales deben entablarse ante los jueces del lugar á cuya ley está sujeto el acto jurídico materia del juicio.

Podrán entablarse igualmente ante los jueces del domicilio del demandado.

Titel XIV.

Von der Gerichtsbarkeit.

Art. 56.

Die persönlichen Klagen müssen vor dem Richter des Ortes angehoben werden, dessen Gesetz das den Gegenstand des gerichtlichen Verfahrens bildende Rechtsgeschäft unterworfen ist.

Sie können gleichfalls vor dem Richter des Domizils des Beklagten angehoben werden.

Art. 57.

La declaracion de ausencia debe solicitarse ante el juez del último domicilio del presunto ausente.

Art. 57.

Die Verschollenheiterklärung mufs vor dem Richter des letzten Wohnortes des Verschollenen erfolgen.

Art. 58.

El juicio sobre capacidad ó incapacidad de las personas para el ejercicio de los derechos civiles debe seguirse ante el juez de su domicilio.

Art. 58.

Das Verfahren über die Handlungsfähigkeit oder Handlungsunfähigkeit der Personen bezüglich der Ausübung der bürgerlichen Rechte mufs vor den Richter des Domiziles derselben gebracht werden.

Art. 59.

Las acciones que procedan del ejercicio de la patria potestad y de la tutela y curatela sobre la persona de los menores é incapaces y de estos contra aquellos, se ventilarán, en todo lo que les afecte personalmente, ante los tribunales del país en que estén domiciliados los padres, tutores ó curadores.

Art. 59.

Die Klagen, welche aus der Ausübung der väterlichen Gewalt, der Vormundschaft und der Kuratel gegen die Person der Minderjährigen und der Handlungsunfähigen entspringen und diejenigen dieser letztern gegen die Innehaber der väterlichen Gewalt, der Vormundschaft und der Kuratel, sollen in Bezug auf alles, was sie persönlich betrifft, von den Gerichten des Landes, in welchem die obgenannten Innehaber domiziliert sind, beurteilt werden.

Art. 60.

Las acciones que versen sobre la propiedad, enajenacion ó actos que afecten los bienes de los incapaces deben ser deducidas ante los jueces del lugar en que esos bienes se hallan situados.

Art. 60.

Die Klagen um Eigentum, Veräufserung oder andere die Güter Handlungsunfähiger betreffende Rechtsgeschäfte, müssen vor den Richter des Ortes gebracht werden, an welchem diese Güter gelegen sind.

Art. 61.

Los jueces del lugar en el cual fué discernido el cargo de tutor ó curador son competentes para conocer del juicio de rendicion de cuentas.

Art. 61.

Die Richter des Ortes, an welchem das Amt des Vormundes oder Pflegers zugelassen wurde, sind kompetent zur Kognition über die Rechnungsablegung.

Art. 62.

El juicio sobre nulidad del matrimonio, divorcio, disolucion y en general todas las cuestiones que afecten las relaciones personales de los esposos, se iniciarán ante los jueces del domicilio conyugal.

Art. 62.

Das Verfahren in Sachen betreffend Nichtigkeit der Ehe, Scheidung, Trennung, Auflösung und im allgemeinen alle Fragen, welche sich auf die persönlichen Verhältnisse der Ehegatten beziehen, sollen vor den Richter des ehelichen Domiziles gebracht werden.

Art. 63.

Serán competentes para resolver las cuestiones que surjan entre esposos sobre enajenacion ù otros actos que afecten los bienes matrimoniales los jueces del lugar en que estén ubicados esos bienes.

Art. 63.

Zur Entscheidung der (Streit-) Fragen, welche zwischen Ehegatten über die Veräufserung oder andere die Ehegüter betreffende Rechtsgeschäfte entstehen, soll der Richter des Ortes, an welchem diese Güter liegen, kompetent sein.

Art. 64.

Los jueces del lugar de la residencia de las personas son competentes para conocer de las medidas á que se refiere el artículo 24.

Art. 64.

Der Richter des Aufenthaltsortes der Personen ist kompetent zur Kognition über die Mafsnahmen, auf welche sich der Art. 24 bezieht.

Art. 65.

Los juicios relativos á la existencia y disolucion de cualquiera sociedad civil deben seguirse ante los jueces del lugar de su domicilio.

Art. 65.

Die Prozesse über die Existenz und die Auflösung einer bürgerlichen Gesellschaft sollen vor den Richter des Domiziles derselben gebracht werden.

Art. 66.

Los juicios á que dé lugar la sucesion por causa de muerte se seguirán ante los jueces de los lugares en que se hallen situados los bienes hereditarios.

Art. 66.

Die Erbschaftsprozesse sollen vor den Richter der Orte gebracht werden, an welchen die Erbschaftsgüter gelegen sind.

Art. 67.

Las acciones reales y las denominadas mixtas deben ser deducidas ante los jueces del lugar en el cual exista la cosa sobre que la accion recaiga.

Si comprendieren cosas situadas en distintos lugares, el juicio debe ser promovido ante los jueces del lugar de cada una de ellas.

Art. 67.

Die dinglichen und sogenannten gemischten Klagen sollen vor den Richter des Ortes gebracht werden, an welchem die Sache, über welche Streit herrscht, sich befand.

Betreffen diese Klagen Sachen, welche an verschiedenen Orten gelegen sind, so ist das Verfahren vor dem Richter des Ortes einer jeder derselben anzuheben.

Disposiciones generales.

Art. 68.

No es indispensable para la vigencia de este Tratado su ratificacion simultánea por todas las Naciones signatarias. La que lo apruebe, lo comunicará á los Gobiernos de las Repúblicas Argentina y Oriental del Uruguay para que lo hagan saber á las demas Naciones Contratantes. Este procedimiento hará las veces de canje.

Art. 69.

Hecho el canje en la forma del artículo anterior, este Tratado quedará en vigor desde ese acto por tiempo indefinido.

Art. 70.

Si alguna de las Naciones signatarias creyese conveniente desligarse del Tratado ó introducir modificaciones en él, lo avisará á las demas; pero no quedará desligada sino dos años despues de la denuncia, término en que se procurará llegar á un nuevo acuerdo.

Art. 71.

El artículo 68 es extensivo á las Naciones que, no habiendo concurrido á este Congreso, qui-

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 68.

Für die Inkraftsetzung dieses Vertrages ist es nicht unerläſslich, daſs dessen Ratifikation durch die zeichnenden Nationen gleichzeitig erfolge.

Diejenige, welche ihn genehmigt, wird es den Regierungen der Republiken Argentinien und Uruguay mitteilen, damit es diese den übrigen vertragschlieſsenden Nationen zur Kenntnis bringen. Dieses Verfahren soll die Stelle des Ratifikationenwechsels vertreten.

Art. 69.

Nachdem der Austausch (der Ratifikationen) in der bezeichneten Form stattgefunden, soll der gegenwärtige Vertrag für unbestimmte Zeit in Kraft bleiben.

Art. 70.

Wenn eine der unterzeichnenden Nationen es für nützlich erachten sollte, vom Vertrage zurückzutreten oder an demselben Modifikationen anzubringen, so soll sie die übrigen davon benachrichtigen; doch soll sie erst zwei Jahre nach der Anzeige als zurückgetreten betrachtet werden, eine Frist, innerhalb welcher eine neue Übereinkunft herbeizuführen getrachtet werden soll.

Art. 71.

Der Art. 68 kann auf Nationen erstreckt werden, welche dem gegenwärtigen Vertrage bei-

sieran adherirse al presente Tratado.

En fe de lo cual, los Plenipotenciarios de las Naciones mencionadas, lo firman y sellan en el número de cinco ejemplares, en Montevideo, á los doce dias del mes de Febrero del año de mil ochocientos ochenta y nueve.

zutreten wünschen, obschon sie am Kongresse nicht teilgenommen haben. In Beglaubigung dessen unterzeichnen und besiegeln die Bevollmächtigten der erwähnten Nationen den Vertrag in fünf Exemplaren, zu Montevideo, am 12. Februar 1889.

III.

Der Entwurf zu einem Vertrage über internationales Handelsrecht.

(Montevideo, 12. Februar 1889.)

Título I.

De los actos de comercio y de los comerciantes.

Art. 1.°

Los actos jurídicos serán considerados civiles ó comerciales con arreglo á la ley del país en que se efectúan.

Art. 2.°

El carácter de comerciante de las personas se determina por la ley del país en el cual tienen el asiento de sus negocios.

Art. 3.°

Los comerciantes y agentes auxiliares del comercio están sujetos á las leyes comerciales del país en que ejercen su profesion.

Titel I.

Von den Handelsgeschäften und den Kaufleuten.

Art. 1.

Die Rechtsgeschäfte werden als civilrechtliche oder als handelsrechtliche betrachtet gemäſs den Gesetzen des Landes, in welchem sie errichtet werden.

Art. 2.

Die Eigenschaft eines Kaufmanns wird bestimmt von dem Gesetze des Landes, in welchem die Person ihr Etablissement errichtet hat.

Art. 3.

Die Kaufleute und die Hülfspersonen des Handels sind den Handelsgesetzen des Landes unterstellt, in welchem sie ihren Beruf ausüben.

Título II.

De las sociedades.

Art. 4.°

El contrato social se rige, tanto en su forma como respecto á las relaciones jurídicas entre los socios, y entre la sociedad y los terceros, por la ley del país en que ésta tiene su domicilio comercial.

Art. 5.°

Las sociedades ó asociaciones que tengan carácter de persona jurídica, se regirán por las leyes del país de su domicilio; serán reconocidas de pleno derecho como tales en los Estados, y hábiles para ejercitar en ellos derechos civiles y gestionar su reconocimiento ante los tribunales.

Mas para el ejercicio de actos comprendidos en el objeto de su institucion, se sujetarán á las prescripciones establecidas en el Estado en el cual intentan realizarlos.

Art. 6.°

Las sucursales ó agencias constituidas en un Estado por una sociedad radicada en otro, se considerarán domiciliadas en el lugar en que funcionan y sujetas á la jurisdiccion de las auto-

Titel II.

Von den Gesellschaften.

Art. 4.

Der Gesellschaftsvertrag wird sowohl was seine Form betrifft, als auch bezüglich der Rechtsverhältnisse zwischen den Gesellschaftern untereinander und zwischen Gesellschaft und Dritten, von dem Gesetze des Landes regiert, in welchem die Gesellschaft ihren Handelssitz hat.

Art. 5.

Die Gesellschaften oder Vereine, welche den Charakter einer juristischen Person besitzen, werden von den Gesetzen des Landes ihres Gesellschaftssitzes regiert; dieselben werden in den (Signatur-) Staaten vollrechtlich als solche anerkannt, und ebenso werden sie als fähig anerkannt, in diesen Staaten ihre bürgerlichen Rechte auszuüben und die Gerichte anzugehen.

Für die Rechtsgeschäfte, welche zu dem Gegenstande der Gesellschaftseinrichtung selbst gehören, sollen sie sich den Vorschriften des Staates, in welchem sie zu handeln beabsichtigen, unterziehen.

Art. 6.

Die Zweigniederlassungen oder Agenturen, welche in einem Staate) von einer Gesellschaft errichtet wurden, die in einem andern Staate etabliert ist, werden als an dem Orte domiziliert be-

ridades locales, en lo concerniente á las operaciones que practiquen.

trachtet, an welchem sie funktionieren, und sind bezüglich ihrer Operationen, denen sie sich widmen, der Gerichtsbarkeit der lokalen Behörden unterworfen.

Art. 7.°

Los jueces del país en que la sociedad tiene su domicilio legal, son competentes para conocer de los litigios que surjan entre los socios ó que inicien los terceros contra la sociedad.

Sin embargo, si una sociedad domiciliada en un Estado realiza operaciones en otro, que dén mérito á controversias judiciales, podrá ser demandada ante los tribunales del último.

Art. 7.

Die Richter des Landes, in welchem die Gesellschaft ihr gesetzliches Domizil hat, sind kompetent zur Kognition über Streitigkeiten, welche unter den Gesellschaftern entstehen, oder über Prozesse, welche Dritte gegen die Gesellschaft anstrengen.

Nichtsdestoweniger kann eine Gesellschaft, welche in einem Staate domiziliert ist und in einem andern Staate Operationen ausführt, welche die Dazwischenkunft der Gerichte erheischen, vor die Gerichte dieses letztern Staates geladen werden.

Título III.

De los seguros terrestres, marítimos y sobre la vida.

Titel III.

Von den Land-, See- und Lebensversicherungen.

Art. 8.°

Los contratos de seguros terrestres y de trasporte por rios ó aguas interiores se rigen por la ley del país en que está situado el bien objeto del seguro, en la época de su celebracion.

Art. 8.

Die Verträge über die Landversicherungen oder über Flufs- und Binnenwassertransportversicherungen werden von dem Gesetze des Landes regiert, in welchem der Versicherungsgegenstand zur Zeit der Vertragsunterzeichnung gelegen ist.

Art. 9.°

Los seguros marítimos y sobre la vida se rigen por las leyes del país en que está domiciliada la sociedad aseguradora ó sus

Art. 9.

Die See- oder Lebensversicherungen werden von den Gesetzen des Landes regiert, wo die Versicherungsgesellschaft oder deren

sucursales y agencias en el caso previsto en el articulo 6.°

Art. 10.

Son competentes para conocer de las reclamaciones que se deduzcan contra las sociedades de seguros, los tribunales del país en que dichas sociedades tienen su domicilio legal.

Si esas sociedades tienen constituidas sucursales en otros Estados regirá lo dispuesto en el artículo 6.°

Título IV.

De los choques, abordajes y naufragios.

Art. 11.

Los choques y abordajes de buques se rigen por la ley del país en cuyas aguas se producen y quedan sometidos á la jurisdiccion de los tribunales del mismo.

Art. 12.

Si los choques y abordajes tienen lugar en aguas no jurisdiccionales, la ley aplicable será la de la Nacion de su matrícula.

Si los buques estuviesen matriculados en distintas Naciones, regirá la ley del Estado mas favorable al demandado.

En el caso previsto en el inciso anterior, el conocimiento de la causa corresponderá á los tribunales del país á que primero arriben.

Filiale oder Agentur domiziliert ist, gemäfs Art. 6.

Art. 10.

Kompetent zur Beurteilung der Ansprüche, die gegen die Versicherungsgesellschaften erhoben werden, sind die Gerichte des Landes, in welchem die obgenannten Gesellschaften ihr gesetzliches Domizil haben.

Besitzen diese Gesellschaften Filialen in andern Staaten, so werden diese von den Bestimmungen des Art. 6 regiert.

Titel IV.

Von den Schiffszusammenstöfsen, Abordagen und Schiffbrüchen.

Art. 11.

Die Zusammenstöfse und Abordagen unterliegen dem Gesetze des Landes, in dessen Gewässer sie vorgefallen sind und bleiben der Gerichtsbarkeit der Gerichte dieses nämlichen Landes unterworfen.

Art. 12.

Fallen die Zusammenstöfse und Abordagen in nicht-jurisdiktionalen Gewässern vor, so kommt das Gesetz derjenigen Nation zur Anwendung, deren Flagge die Schiffe tragen.

Tragen die Schiffe verschiedene Flaggen, so sollen die Zusammenstöfse und Abordagen dem Gesetze des Landes unterworfen werden, welches demjenigen Schiffe am günstigsten ist, von welchem Schadenersatz verlangt wird.

Si los buques arriban á puertos situados en distintos países, prevalecerá la competencia de las autoridades que prevengan en el conocimiento del asunto.

In dem im vorhergehenden Artikel vorgesehenen Falle kommt die Kompetenz über die Angelegenheit den Gerichten des Landes zu, in welchem eines der Schiffe zuerst ankommt.

Berühren die Schiffe Häfen in verschiedenen Ländern, so geht das Urteil derjenigen Behörden vor, welche zuerst die Kognition über den Thatbestand an sich genommen haben.

Art. 13.

En los casos de naufragio serán competentes las autoridades del territorio marítimo en que tiene lugar el siniestro.

Si el naufragio ocurre en aguas no jurisdiccionales, conocerán los tribunales del país del pabellon del buque ó los del domicilio del demandado, en el momento de la iniciacion del juicio, á eleccion del demandante.

Art. 13.

In den Fällen von Schiffbruch sollen die Behörden des Seeterritoriums, in welchem das Seeunglück stattgefunden, kompetent sein.

Ist der Schiffbruch in nichtjurisdiktionalen Gewässern (auf hoher See) vorgefallen, so sollen nach der Wahl des Klägers entweder die Gerichte des durch die Schiffsflagge bezeichneten Staates entscheiden, oder die Gerichte des Landes, wo zur Zeit der Prozeſseinleitung der Kapitän, von welchem Schadenersatz verlangt wird, domiziliert ist.

Título V.

Del fletamento.

Art. 14

El contrato de fletamento se rige y juzga por las leyes y tribunales del país en que está domiciliada la agencia marítima con la cual ha contratado el fletador.

Si el contrato de fletamento tiene por objeto la conduccion de mercaderías ó pasajeros entre

Titel V.

Vom (See-) Frachtgeschäft.

Art. 14.

Der (See-) Frachtvertrag wird von den Gesetzen des Landes regiert, in welchem die Seeagentur domiziliert ist, mit welcher der Befrachter kontrahiert.

Hat der Frachtvertrag den Transport von Waaren oder Passagieren zwischen zwei verschiedenen Häfen desselben Staates

puertos de un mismo Estado, será regido por las leyes de este.

Art. 15.

Si la agencia marítima no existiere en la época en que se inicie el litigio, el fletador podrá deducir sus acciones ante los tribunales del domicilio de cualquiera de los interesados ó representantes de aquella.

Si el actor fuese el fletante podrá entablar su demanda ante los tribunales del Estado en que se encuentre domiciliado el fletador.

Título VI.

De los préstamos á la gruesa ó á riesgo marítimo.

Art. 16.

El contrato de préstamo á la gruesa se rige por la ley del país en que se hace el préstamo.

Art. 17.

Las sumas tomadas á la gruesa para las necesidades del último viaje, tienen preferencia en el pago á las deudas contraidas para la construccion ó compra del buque, y al dinero tomado á la gruesa en un viaje anterior.

Los préstamos hechos durante el viaje, serán preferidos á los que se hicieren antes de la salida del buque y si fuesen muchos los préstamos tomados en el curso del mismo, se graduará

zum Gegenstande, so wird dieser Vertrag von den Gesetzen dieses Staates regiert.

Art. 15.

Existiert die Seeagentur zur Zeit des Prozessbeginnes nicht, so kann der Befrachter seine Klagen vor die Gerichte des Domiziles irgend eines an der Gesellschaft Beteiligten oder diese Vertretenden ziehen.

Wird der Prozeſs vom Kapitän des befrachteten Schiffes angehoben, so kann dieser seine Klage vor die Gerichte des Landes bringen, in welchem der Befrachter domiziliert ist.

Titel VI.

Von der Bodmerei oder den Seegefahren.

Art. 16.

Der Bodmereivertrag wird von dem Gesetze des Landes reguliert, in welchem das Darlehen abgeschlossen wird.

Art. 17.

Die für die letzte Reise geliehenen Summen haben für die Zahlung den Vorzug vor den Schulden, welche für die Erbauung oder den Ankauf des Schiffes kontrahiert wurden, ebenso vor dem Gelde, das auf einer frühern Reise geliehen wurde.

Die Darlehen, welche während der Reise gemacht werden, sollen den Vorzug vor denjenigen genieſsen, welche vor der Abreise des Schiffes gemacht werden und wenn die im Verlaufe der Reise

entre ellos la preferencia por el órden contrario de sus fechas, prefiriéndose el que sigue al que precede.

Los préstamos contraidos en el mismo puerto de arribada forzosa y durante la misma estancia, entrarán en concurso y serán pagados á prorata.

gemachten Darlehen sich häufen, so sollen sie für die Zahlung den Vorzug in umgekehrter Reihenfolge ihres Datums geniefsen, in der Weise, dafs das dem Datum nach letzte Darlehen vor dem vorhergehenden bezahlt werden soll.

Die Darlehen, welche im nämlichen Hafen bei gezwungener Ankunft und während des nämlichen Aufenthaltes gemacht werden, sollen mit einander konkurrieren und pro rata bezahlt werden.

Art. 18.

Las cuestiones que se susciten entre el dador y el tomador, serán sometidas á la jurisdiccion de los tribunales donde se encuentren los bienes sobre los cuales se ha realizado el préstamo.

En el caso en que el prestamista no pudiese hacer efectivo el cobro de las cantidades prestadas en los bienes afectos al pago, podrá ejercitar su accion ante los tribunales del lugar del contrato ó del domicilio del demandado.

Art. 18.

Die Streitfragen, welche zwischen Bodmereigeber und Bodmereinehmer entstehen, sind der Gerichtsbarkeit der Gerichte des Landes unterstellt, in welchem sich die Güter, welche verbodmet wurden, befinden.

Im Falle der Bodmereigläubiger die Zahlung der Bodmereischuld aus dem Verkaufe der Güter nicht erlangt, kann er sich an das Gericht des Landes wenden, in welchem der Vertrag geschlossen wurde oder in welchem der Bodmereischuldner wohnt.

Título VII.

De la gente de mar.

Art. 19.

Los contratos de ajuste de los officiales y de la gente de mar se rigen por la ley del país en que el contrato se celebra.

Titel VII.

Von der Schiffsmannschaft.

Art. 19.

Die Heuerverträge mit den Angestellten oder der Schiffsmannschaft werden von dem Gesetze des Landes regiert, in welchem der Heuervertrag abgeschlossen wird.

Art. 20.

Todo lo concerniente al orden interno del buque y á las obligaciones de los oficiales y gente de mar se rige por las leyes del país de su matrícula.

Título VIII.

De las averías.

Art. 21.

Las averías gruesas ó comunes se rigen por la ley del país de la matrícula del buque en que han ocurrido.

No obstante lo dispuesto en el inciso anterior, si esas averías se han producido en el territorio marítimo de un solo Estado, se regirán por sus leyes.

Art. 22.

Las averías particulares se rigen por la ley aplicable al contrato de fletamento de las mercaderías que las sufren.

Art. 23.

Son competentes para conocer en los juicios de averías comunes, los jueces del país del puerto en que termina el viaje.

Art. 24.

Los juicios de averías particulares se radicarán ante los tri-

Art. 20.

Alles was die innere Ordnung des Schiffes und die Verbindlichkeiten der Angestellten und der Schiffsmannschaft betrifft, wird von den Gesetzen des Landes regiert, dessen Flagge das Schiff trägt.

Titel VIII.

Von den Havereien.

Art. 21.

Die Havereien werden von dem Gesetze des Landes regiert, dem das Schiff angehört, an dessen Bord dieselben stattgefunden haben.

Trotz der Bestimmung des vorhergehenden Artikels sollen diese Havereien, sofern sie sich in der Seegerichtsbarkeit eines einzigen Staates ereignet haben, von den Gesetzen dieses Landes regiert werden.

Art. 22.

Die besonderen Havereien werden von dem Gesetze regiert, welches für den Frachtvertrag bezüglich der Waren, welche von diesen Havereien betroffen wurden, zur Anwendung kommt.

Art. 23.

Kompetent zur Beurteilung der grofsen (gemeinschaftlichen) Havereien ist der Richter des Landes des Hafens, in welchem die Reise endigt.

Art. 24.

Die besondern Havereien sollen von den Gerichten des Landes

bunales del país en que se entregue la carga.

beurteilt werden, für welches die Ladung bestimmt ist.

Art. 25.

Si el viaje se revoca antes de la partida del buque, ó si despues de su salida se viere obligado á volver al puerto de la carga, conocerán del juicio de averías los jueces del país á que dicho puerto pertenece.

Art. 25.

Wird die Reise vor der Abfahrt des Schiffes aufgeschoben, oder wird das Schiff nach seiner Abreise gezwungen in den Ladungshafen einzulaufen, so sollen die Havereien von den Gerichten des Landes dieses Hafens beurteilt werden.

Título IX.

De las letras de cambio.

Titel IX.

Von den Wechseln.

Art. 26.

La forma del giro, del endoso, de la aceptacion y del protesto de una letra de cambio se sujetará á la ley del lugar en que respectivamente se realicen dichos actos.

Art. 26.

Die Form der Ausstellung, der Indossierung, der Acceptation und des Protestes eines Wechsels soll dem Gesetze desjenigen Landes unterworfen werden, in welchem ein jeder dieser Wechselakte sich vollzieht.

Art. 27.

Las relaciones jurídicas que resultan del giro de una letra entre el girador y el beneficiario, se regirán por la ley del lugar en que la letra ha sido girada: las que resultan entre el girador y aquel á cuyo cargo se ha hecho el giro, lo serán por la ley del domicilio de este último.

Art. 27.

Die Rechtsverhältnisse, welche aus der Ausstellung eines Wechsels zwischen dem Aussteller und dem Inhaber desselben entstehen, sollen von dem Gesetze des Ortes geregelt werden, an welchem der Wechsel begeben wurde; die Rechtsverhältnisse zwischen Trassant und Trassat sollen dem Gesetze des Ortes unterworfen werden in welchem der letztere sein Domizil hat.

Art. 28.

Las obligaciones del aceptante con respecto al portador y las excepciones que puedan favore-

Art. 28.

Die aus der Thatsache des Acceptes zu Gunsten des Wechselinhabers entspringenden Ver-

cerle, se regularán por la ley del lugar en que se ha efectuado la aceptacion.

pflichtungen des Acceptanten, ebenso die Einreden, zu welchen das Accept Anlass geben kann, sollen sich nach dem Gesetze des Ortes, an welchem das Accept gegeben wird, regeln.

Art. 29.

Los efectos jurídicos que el endoso produce entre el endosante y el cesionario, dependerán de la ley del lugar en que la letra ha sido negociada ó endosada.

Art. 29.

Die Rechtswirkungen, welche aus der Thatsache der Indossierung zwischen dem Indossanten und dem Indossator sich ergeben, sollen nach dem Gesetze des Ortes geregelt werden, an welchem der Wechsel thatsächlich umgesetzt oder giriert wird.

Art. 30.

La mayor ó menor extension de las obligaciones de los respectivos endosantes, no altera los derechos que primitivamente han adquirido el girador y el aceptante.

Art. 30.

Die gröfsere oder geringere Ausdehnung der Verpflichtungen der auf einander folgenden Indossanten soll keinen Einflufs haben auf die Rechte, welche der Aussteller oder Acceptant ursprünglich für sich erworben haben.

Art. 31.

El aval se rige por la ley aplicable á la obligacion garantida.

Art. 31.

Der Aval wird geregelt von dem Gesetze, welches auf die verbürgte Verpflichtung anwendbar ist.

Art. 32.

Los efectos jurídicos de la aceptacion por intervencion se regirán por la ley del lugar en que el tercero interviene.

Art. 32.

Die rechtlichen Wirkungen des Interventions-Acceptes sollen von dem Gesetze des Ortes geregelt werden, an welchem der Dritte interveniert hat.

Art. 33.

Las disposiciones de este Título rigen para los vales, bil-

Art. 33.

In den Bestimmungen dieses Titels sind inbegriffen die Bons,

letes ó pagarés de comercio, en cuanto les sean aplicables.

Billets und alle Handelspapiere, insoweit die genannten Bestimmungen auf sie anwendbar sind.

Art. 34.

Las cuestiones que surjan entre las personas que han intervenido en la negociacion de una letra de cambio, se ventilarán ante los jueces del domicilio de los demandados en la fecha en que se obligaron, ó del que tengan en el momento de la demanda.

Art. 34.

Die Streitfragen, welche zwischen Personen, die sich gemeinsam an der Begebung eines Wechsels beteiligt haben, entstehen können, sollen der Gerichtsbarkeit desjenigen Ortes unterbreitet werden, an welchem die Belangten ihr Domizil in dem Zeitpunkte hatten, in welchem sie ihre Verpflichtungen eingingen, oder sie können vor den Richter des Domiziles, welches die genannten Belangten am Tage der Belangung besitzen, gebracht werden.

Título X.

De las falencias.

Art. 35.

Son jueces competentes para conocer de los juicios de quiebra, los del domicilio comercial del fallido, aun cuando la persona declarada en quiebra practique accidentalmente actos de comercio en otra Nacion, ó mantenga en ella agencias ó sucursales que obren por cuenta y responsabilidad de la casa principal.

Titel X.

Von den Konkursen.

Art. 35.

Kompetent zur Entscheidung über Konkurse sind die Gerichte des Landes, in welchem der Konkursit sein Handelsdomizil hat, auch wenn die fallit erklärte Person zufällig Handelsgeschäfte in einem andern Lande eingeht, oder in diesem andern Lande Agenturen oder Zweigniederlassungen hat, welche für Rechnung des Hauptgeschäftes Operationen machen.

Art. 36.

Si el fallido tiene dos ó mas casas comerciales independientes en distintos territorios, serán competentes para conocer del

Art. 36.

Wenn der Konkursit zwei oder mehr unabhängige Handelsgeschäfte an verschiedenen Orten besitzt, so sollen zur Kognition

juicio de quiebra de cada una de ellas, los tribunales de sus respectivos domicilios.

Art. 37.

Declarada la quiebra en un país, en el caso del artículo anterior, las medidas preventivas dictadas en ese juicio, se harán tambien efectivas sobre los bienes que el fallido tenga en otros Estados, sin perjuicio del derecho que los artículos siguientes conceden á los acreedores locales.

Art. 38.

Una vez cumplidas las medidas preventivas por medio de las respectivas cartas rogatorias, el juez exhortado hará publicar por el término de sesenta dias avisos en que dé á conocer el hecho de la declaracion de quiebra y las medidas preventivas que se han dictado.

Art. 39.

Los acreedores locales podrán, dentro del plazo fijado en el artículo anterior, á contar desde el dia siguiente á la publicacion de los avisos, promover un nuevo juicio de quiebra contra el fallido en otro Estado, ó concursarlo civilmente, si no procediese la declaracion de quiebra.

En tal caso, los diversos juicios de quiebra se seguirán con

über das Konkursverfahren bei den einzelnen Geschäften die Gerichte ihrer jeweiligen Domizile kompetent sein.

Art. 37.

Ist in dem im vorigen Artikel vorgesehenen Falle der Konkurs in einem Lande eröffnet worden, so sollen die vorsorglichen Maſsregeln, welche von Gerichten angeordnet wurden, auch über die Güter, welche der Konkursit in andern Staaten besitzt, vollzogen werden, jedoch ohne irgend welche Beeinträchtigung der Rechte, welche die lokalen Gläubiger gemäſs den Bestimmungen der folgenden Artikel besitzen.

Art. 38.

Sind die vorläufigen Maſsregeln auf rogatorischem Wege ergriffen worden, so soll der Richter während 60 Tagen Publikationen zum Zwecke der Bekanntmachung der Thatsache der Konkurseröffnung und der vorläufigen Maſsregeln, welche erforderlich waren, erlassen.

Art. 39.

Die lokalen Gläubiger können innerhalb des im vorigen Artikel festgesetzten Zeitraumes und von dem auf die Publikation der Bekanntmachung folgenden Tage an entweder ein zweites Konkursverfahren gegen den Konkursiten in einem andern Staate verlangen oder denselben civilrechtlich belangen wenn keine Konkurseröffnung vorliegt.

entera separacion y se aplicarán respectivamente en cada uno de ellos las leyes del país en que radican.

In diesem Falle sollen die verschiedenen Verfahren separat abgewickelt werden, ein jedes nach den Gesetzen des Landes, in welchem es eingeleitet wurde.

Art. 40.

Entiéndese por acreedores locales, que corresponden al concurso abierto en un país, aquellos cuyos créditos deben satisfacerse en el mismo.

Art. 40.

Unter lokalen Gläubigern sind diejenigen zu verstehen, deren Forderungen am Orte selbst erfüllt werden müssen.

Art. 41.

Cuando proceda la pluralidad de juicios de quiebras ó concursos, segun lo establecido en este Título, el sobrante que resultare á favor del fallido en un Estado, será puesto á disposicion de los acreedores del otro, debiendo entenderse con tal objeto los jueces respectivos.

Art. 41.

Wenn mehrere Konkurs- oder ordentliche Verfahren kraft der Bestimmungen dieses Titels sich abwickeln und die in einem Staate erfolgte Teil-Liquidation irgend welchen Überschufs zu Gunsten des Konkursiten ergibt, so soll dieser Überschufs den fremden Gläubigern im genannten Staate zur Verfügung gestellt werden und die Richter sollen zu diesem Zwecke sich unter einander verständigen.

Art. 42.

En el caso en que se siga un solo juicio de quiebra, porque así corresponda, segun lo dispuesto en el artículo 35, ó porque los dueños de los créditos locales no hayan hecho uso del derecho que les concede el artículo 39, todos los acreedores del fallido presentarán sus títulos y harán uso de sus derechos ante el juez ó tribunal pue ha declarado la quiebra.

Art. 42.

In dem Falle, da, sei es in Anwendung von Art. 35 des gegenwärtigen Titels, sei es weil die lokalen Gläubiger von dem ihnen in Art. 39 eingeräumten Rechte keinen Gebrauch gemacht haben, nur ein Gericht zum Zwecke des Konkurses angegangen wurde, können alle Gläubiger ihre Titel vorlegen und ihre Rechte vor dem Richter oder dem Gerichte, das die Konkurseröffnung dekretiert hat, geltend machen.

Art. 43.

Aun cuando exista un solo juicio de quiebra, los acreedores hipotecarios anteriores á la declaracion de la misma, podrán ejercer sus derechos ante los tribunales del país en que están radicados los bienes hipotecados ó dados en prenda.

Art. 43.

Auch im Falle der Unzuständigkeit des Konkursgerichtes können die der Konkurseröffnung vorhergehenden Hypothekargläubiger ihre Rechte vor den Gerichten des Landes ausüben, in welchem die zu Hypothek oder als Faustpfand gegebenen Güter gelegen sind.

Art. 44.

Los privilegios de los créditos localizados en el país de la quiebra y adquiridos antes de la declaracion de ésta, se respetarán, aun en el caso en que los bienes sobre que recaiga el privilegio se trasporten á otro territorio y exista en él, contra el mismo fallido, un juicio de quiebra ó formacion de concurso civil.

Lo dispuesto en el inciso anterior solo tendrá efecto cuando la traslacion de los bienes se haya realizado dentro del plazo de la retroaccion de la quiebra.

Art. 44.

Die Privilegien und die im Lande des Konkurses lokalisierten und vor der Konkurseröffnung erworbenen Guthaben sollen auch in dem Falle geschützt werden, da Güter, die von Privilegien betroffen sind, in ein anderes Gebiet verlegt wurden, in ein Gebiet, in welchem gegen den nämlichen Konkursiten ein Konkursverfahren oder ein bürgerlicher Konkurs pendent ist.

Obige Bestimmung ist nur in dem Falle anwendbar, da die Verlegung der Güter während der Pendenz des Konkurses stattgefunden hat.

Art. 45.

La autoridad de los síndicos ó representantes legales de la quiebra será reconocida en todos los Estados, si lo fuese por la ley del país en cuyo territorio radica el concurso al cual representan, debiendo ser admitidos en todas partes á ejercer las funciones que les sean concedidas por dicha ley y por el presente Tratado.

Art. 45.

Die Verwalter oder gesetzlichen Vertreter der Konkursmasse sollen in allen Staaten anerkannt werden, sobald sie nach dem Gesetze des Landes der Konkurseröffnung zuständig gewesen sind, und sie sollen zur Ausübung der Funktionen, welche ihnen nach dem genannten Gesetze oder nach diesem Vertrage zukommen, in allen Punkten zugelassen werden.

Art. 46.

En el caso de pluralidad de concursos, el tribunal en cuya jurisdiccion reside el fallido, será competente para dictar todas las medidas de carácter civil que lo afecten personalmente.

Art. 46.

Im Falle, da mehrere Konkursgerichte existieren, soll das Gericht des Wohnortes des Konkursiten zuständig sein zur Behandlung aller die Person des Konkursiten betreffenden vorsorglichen Maſsregeln civilen Charakters.

Art. 47.

La rehabilitacion del fallido solo tendrá lugar cuando haya sido pronunciada en todos los concursos que se le sigan.

Art. 47.

Die Rehabilitation des Konkursiten soll erst stattfinden, nachdem sie in allen gegen den letztern erhobenen Konkursverfahren gerichtlich ausgesprochen worden ist.

Art. 48.

Las estipulaciones de este Tratado en materia de quiebras, se aplicarán á las sociedades anónimas, cualquiera que sea la forma de liquidacion que para dichas sociedades establezcan los Estados Contratantes, en el caso de suspension de pagos.

Art. 48.

Die konkursrechtlichen Bestimmungen dieses Vertrages sollen in den Fällen von Zahlungseinstellung auf die Aktiengesellschaften angewendet werden, gleichgültig welches die von den kontrahierenden Staaten festgestellte Form ihrer Liquidation sei.

Disposiciones generales.

Art. 49.

No es indispensable para la vigencia de este Tratado su ratificacion simultánea por todas las Naciones signatarias. La que lo apruebe, lo comunicará á los Gobiernos de las Repúblicas Argentina y Oriental del Uruguay, para que lo hagan saber á las demas Naciones Contratantes.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 49.

Die gleichzeitige Ratifikation von Seite aller Signaturstaaten ist für die Inkraftsetzung dieses Vertrages nicht unerläſslich.

Derjenige Staat, welcher ihn genehmigt, soll dies den Regierungen der Republiken Argentinien und Ost-Uruguay mitteilen, damit es diese den übri-

Este procedimiento hará las veces de canje.

Art. 50.

Hecho el canje en la forma del artículo anterior, este Tratado quedará en vigor desde ese acto por tiempo indefinido.

Art. 51.

Si alguna de las Naciones signatarias creyese conveniente desligarse del Tratado ó introducir modificaciones en èl, lo avisará á las demas; pero no quedará desligada sino dos años despues de la denuncia, término en que se procurará llegar á un nuevo acuerdo.

Art. 52.

El artículo 49 es extensivo á las Naciones que, no habiendo concurrido á este Congreso, quisieran adherirse al presente Tratado.

En fe de lo cual, los Plenipotenciarios de las Naciones mencionadas, lo firman y sellan en el número de siete ejemplares en Montevideo, á los doce dias del mes de Febrero del año de mil ochocientos ochenta y nueve.

gen vertragschliefsenden Nationen zur Kenntnis bringen.

Dieses Verfahren soll die Stelle des Ratifikationsaustausches vertreten.

Art. 50.

Nachdem die Ratifikation und deren Austausch in der angegebenen Form stattgefunden, soll gegenwärtiger Vertrag vom Datum des gegenwärtigen Aktes an und für eine unbestimmte Zeit in Kraft bleiben.

Art. 51.

Wenn eine der unterzeichnenden Nationen es für nützlich erachten sollte, vom Vertrage zurückzutreten, oder an demselben Modifikationen anzubringen, so soll sie die übrigen davon benachrichtigen; doch soll sie erst zwei Jahre nach der Anzeige als zurückgetreten betrachtet werden, eine Frist, innerhalb welcher eine neue Übereinkunft herbeizuführen getrachtet werden soll.

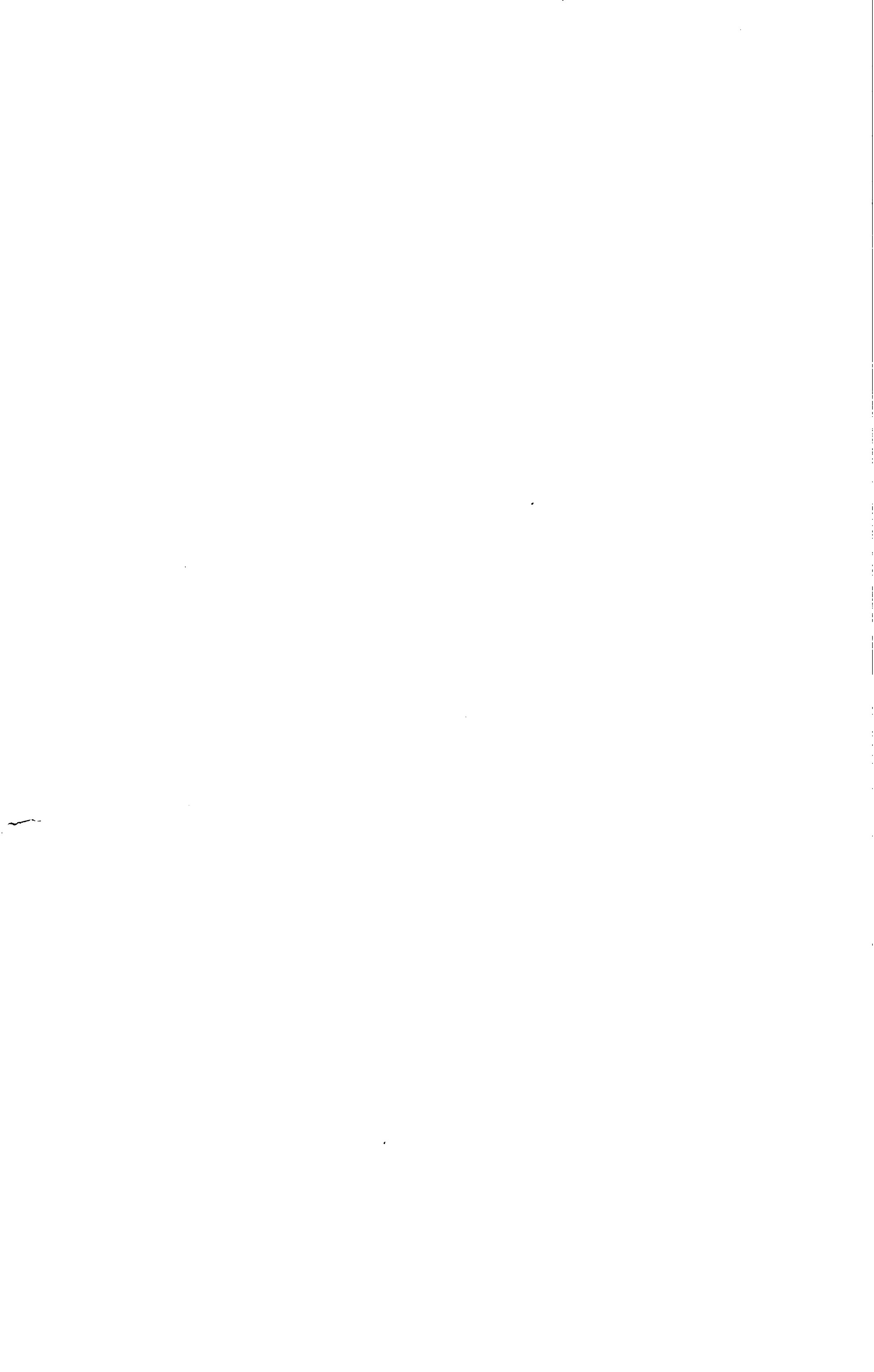
Art. 52.

Der Art. 49 ist anwendbar auf die Nationen, welche dem gegenwärtigen Vertrage beizutreten wünschen, obschon sie am Kongresse nicht teilgenommen haben.

In Beglaubigung dessen unterzeichnen und besiegeln die Bevollmächtigten der erwähnten Nationen diesen Vertrag in sieben Exemplaren (12. Februar 1889).

Vierter Teil.

Die bestehenden Staatsverträge über Fragen des internationalen Erbrechts.



I.

Der Vertrag zwischen Frankreich und der Schweiz von 1869.

(Off. S. IX. 1002.)

Vgl. Curti, Der Staatsvertrag zwischen Frankreich und der Schweiz betreffend den Gerichtsstand und die Urteilsvollziehung. (Zürich 1879.)

Art. 5.

Jede Klage betreffend Liquidation oder Teilung einer Erbschaft, sei es in Folge von Testament oder von Intestaterbrecht, und betreffend die Abrechnung zwischen Erben und Legatoren, ist vor dem Gerichte des Ortes geltend zu machen, wo die Erbschaft eröffnet worden ist, und zwar, wenn es sich um die Verlassenschaft eines Franzosen handelt, der in der Schweiz verstorben ist, vor dem Gerichte seines letzten Wohnortes in Frankreich, und wenn es sich um die Verlassenschaft eines Schweizers handelt, der in Frankreich verstorben ist, vor dem Gerichte seines Heimatortes. Immerhin müssen für die Teilung und für die Veräufserung von Immobilien die Gesetze des

Art. 5.

Toute action relative à la liquidation et au partage d'une succession testamentaire ou ab intestato et aux comptes à faire entre les héritiers ou légataires sera portée devant le tribunal de l'ouverture de la succession, c'est-à-dire, s'il s'agit d'un Français mort en Suisse, devant le tribunal de son dernier domicile en France, et s'il s'agit d'un Suisse décédé en France, devant le tribunal de son lieu d'origine en Suisse. Toutefois on devra, pour le partage, la licitation ou la vente des immeubles, se conformer aux lois du pays de leur situation.

Si dans les partages de succession auxquels les étrangers sont appelés concurremment avec des nationaux, la législation de

Landes, wo dieselben liegen, beobachtet werden.

Wenn bei der Teilung von Erbschaften, zu denen gleichzeitig mit Einheimischen auch Fremde berufen sind, die Gesetzgebung eines der beiden Länder den eigenen Angehörigen besondere Rechte und Vorteile auf das in diesem Lande befindliche Vermögen einräumt, so können die Angehörigen des andern Landes in analogen Fällen ebenfalls die Rechte und Vorteile ansprechen, welche die Gesetzgebung des Staates, dem sie angehören, gewährt.

Es versteht sich jedoch von selbst, dafs in Erbschaftssachen die von den betreffenden Gerichten erlassenen Urteile, wofern sie nur eigene Staatsangehörige betreffen, im andern Staate vollziehbar sein sollen, welche Gesetze auch in diesem letztern in Kraft sein mögen.

l'un des deux pays accorde à ses nationaux des droits et avantages particuliers sur les biens situés dans ce pays, les ressortissants de l'autre pays pourront, dans les cas analogues, revendiquer de même les droits et avantages accordés par la législation de l'Etat auquel ils appartiennent.

Il est, du reste, bien entendu que les jugements rendus en matière de succession par les tribunaux respectifs et n' intéressant que leurs nationaux seront exécutoires dans l'autre quelles que soient les lois qui y sont en vigueur.

II.

Der Vertrag zwischen dem Grofsherzogtum Baden und der Schweiz von 1852.

(Off. S. V. 662.)

Art. 1.

Bei keinem Vermögensübergang aus der Schweiz in das Grofsherzogtum Baden, oder aus diesem in jene, es mag sich dieser Übergang bei Auswanderungen oder bei Erbschaften, Legaten, Schenkungen, Kauf, Tausch, Mitgift oder auf jede

andere Art ergeben, soll irgend ein Abschofs (gabella hereditaria) oder Abfahrtsgeld (census emigrationis), noch auch irgend eine andere Gebühr aufser derjenigen, welche nach den Gesetzen die Eingeborenen selbst zu bezahlen haben, erhoben werden; vielmehr wird durch gegenwärtigen Vertrag eine wechselseitige, vollständige Freizügigkeit festgesetzt.

Art. 2.

Diese Freizügigkeit soll sich sowohl auf denjenigen Abschofs und dasjenige Abfahrtsgeld, welche in die öffentlichen Staatskassen fliefsen würden, als auch auf denjenigen Abschofs und auf dasjenige Abfahrtsgeld erstrecken, welche in die Kassen von Städten, Märkten, Kämmereien, Stiftern, Klöstern, Gotteshäusern, Patrimonialherren oder Gerichten und Korporationen, überhaupt in die Kasse irgend eines Berechtigten fliefsen würden.

Art. 3.

Die Angehörigen der beiden kontrahierenden Teile sollen über ihr Eigentum auf des andern Staatsgebiet durch Testament, Vergabung oder auf jede andere Weise verfügen dürfen, und ihre Erben, welche Angehörige des andern Teiles sind, treten in den Besitz des genannten Eigentums, es sei infolge eines Testamentes oder ab intestato.

Art. 4.

Sie können dasselbe persönlich oder mittels Bevollmächtigter antreten und darüber verfügen nach ihrem eigenen Ermessen, ohne andere Gebühren entrichten zu müssen als diejenigen, denen die Angehörigen des Landes selbst, wo die fraglichen Güter sich befinden, in ähnlichen Fällen unterworfen sind und wohin diejenigen Abgaben gehören, welche in solchen Fällen ohne Unterschied, ob das Vermögen im Lande bleibe oder hinausgezogen werde, oder der neue Besitzer ein Inländer oder ein Fremder sei, entrichtet werden müssen, namentlich Erbschaftsaccise, Stempel- und Zollabgaben, Handänderungsgebühren u. dgl.

Art. 5.

In Abwesenheit des oder der Erben soll die Behörde für die besagten Güter dieselbe Obsorge tragen, welche sie in einem gleichen Falle für diejenigen eines Landesangehörigen haben würde, und dies solange, bis der gesetzliche Eigentümer zu der eigenen Besitznahme die geeigneten Schritte gethan haben wird.

Art. 6.

Sollte unter denjenigen, welche auf die gleiche Verlassenschaft Anspruch machen, über die Erbberechtigung Streit entstehen, so wird nach den Gesetzen und durch die Gerichte desjenigen Landes entschieden werden, in welchem das Eigentum sich befindet.

Liegt der Nachlass in beiden Staaten, so sind die Behörden desjenigen Staates kompetent, dem der Erblasser bürgerrechtlich angehört, oder in welchem er zur Zeit des Todes wohnte, wenn er nicht Bürger eines der kontrahierenden Staaten war.

Art. 7.

Die Bestimmungen vorstehender Artikel sollen sowohl auf die bei Auswechslung der Ratifikationen anhängigen, als auf alle künftigen Fälle sich beziehen.

Art. 8.

Die Angehörigen des einen der kontrahierenden Staaten, welche in dem andern angesiedelt sind, werden durch die Militärgesetze desjenigen Landes, das sie bewohnen, nicht betroffen, sondern sie bleiben in dieser Beziehung den Gesetzen ihres Heimatlandes unterworfen.

Sie sind insbesondere von allem Geld oder Naturalleistungen, welche als Ersatz für den persönlichen Militärdienst auferlegt werden, sowie von militärischen Requisitionen befreit, mit Ausnahme der Einquartierung und solcher Lieferungen, welche nach Landesgebrauch von Bürgern und Ausländern für Truppen auf dem Marsche gleichmäfsig gefordert werden.

Art. 9.

Es wird gegenseitig auf das sogenannte Epavenrecht verzichtet. Die schweizerischen Korporationen, Stifter, Klöster, Gotteshäuser oder da, wo an deren Stelle die Regierungen getreten sind, diese letztern, sollen das ungeschmälerte Verfügungsrecht über ihr, im Grofsherzogthum Baden befindliches Eigentum haben, dasselbe betreffe Liegenschaften, Geld, Grundzinse, Zehnten, Gefälle irgend welcher Art, oder deren Ablösungscapitalien. In gleicher Weise werden die in der Schweiz befindlichen Vermögensteile badischer Korporationen und Stiftungen als untrennbar von dem Hauptvermögen anerkannt und den badischen Eigentümern das freie Verfügungsrecht darüber eingeräumt. Beide Teile werden daher den von ihnen angelegten staatsrechtlichen Beschlag wieder aufheben.

Vorbehalten bleiben in beiden Staaten Rechte Dritter an den oben erwähnten Liegenschaften, Grundzinsen, Zehnten, Gefällen, Kapitalien und Vermögensteilen, über welche Rechte in streitigen Fällen die Gerichte entscheiden.

III.

Der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Schweiz von 1850|5.

(Off. S. V. S. 210.)

Art. VI.

Die Streitigkeiten, welche unter den Ansprechern einer Erbschaft über die Frage entstehen können, welchem die Güter zufallen sollen, werden durch die Gerichte und nach den Gesetzen des Landes beurteilt, in welchem das Eigentum (bewegliches und unbewegliches) liegt.

Art. VI.

Any controversy that may arise among the claimants to the same succession, as to whom the property shall belong, shall be decided according to the laws and by the Judges of the country in which the property (whether personal or real) is situated.

Die Parenthese „bewegliches und unbewegliches“ wurde nachher gestrichen. (V. 226).

Zu vergleichen ist hier ein wichtiger Entscheid des schweizerischen Bundesgerichts A. E. IX. 516.

„Es darf gewifs angenommen werden, die kontrahierenden Staaten seien bei Abschlufs des Vertrages wenigstens mit Bezug auf das bewegliche Vermögen darüber einig gewesen, dafs unter dem Ausdrucke Richter und Gesetze des Landes „wo das Eigenthum liegt“, nicht Richter und Gesetze der Länder, wo die einzelnen beweglichen Nachlafsstücke wirklich liegen, zu verstehen seien, sondern Richter und Gesetze des letzten Wohnortes des Erblassers, an welchem Orte die einzelnen Nachlafsstücke kraft rechtlicher Fiktion als gelegen gelten. Diese Auslegung ist um so mehr festzuhalten, als bei der gegenteiligen Annahme, wo sogar für den beweglichen Nachlafs die Einheit der Erbschaft preisgegeben wäre und überall, wo eine bewegliche Sache des Erblassers sich befindet, eine besondere Erbschaft zu eröffnen wäre, die vertragsschliefsenden Staaten einen der Natur der Sache und der sonstigen allgemeinen Doktrin und Praxis des internationalen Privatrechtes widersprechenden Rechtssatz vereinbart hätten, was jedenfalls im Zweifel nicht anzunehmen ist“.

IV.

Der Vertrag zwischen Italien und der Schweiz vom Jahre 1868.

(Off. S. IX. 727.)

Art. 17.

Die Streitigkeiten, welche zwischen den Erben eines in der Schweiz verstorbenen Italieners hinsichtlich seines Nach-

Art. 17.

Les contestations qui pourraient s'élever entre les héritiers d'un Italien mort en Suisse, au sujet de sa succession, seront

lasses entstehen könnten, sollen vor den Richter des letzten Wohnortes, den der Italiener in Italien hatte, gebracht werden.

Die Reciprocität findet bei Streitigkeiten statt, die sich zwischen den Erben eines in Italien verstorbenen Schweizers erheben könnten.

portées devant le juge du dernier domicile que l'Italien avait en Italie.

La réciprocité aura lieu à l'égard des contestations qui pourraient s'élever entre les héritiers d'un Suisse mort en Italie.

V.

In Folge einer

Vereinbarung des österreichischen Justizministeriums mit dem schweizerischen Bundesrate

gilt laut zwei Erlassen vom 29. Juni 1860 und vom 15. Februar 1861 für die Beerbung eines Schweizers, der sich in Oesterreich niedergelassen hat, das schweizerische Recht.

NB. Österreicher werden im Auslande nach österreichischem Rechte beerbt und der Nachlafs wird von dem Bezirksgerichte des letzten österreichischen Wohnsitzes abgehandelt. Vergl. Unger I. S, 199 und 200.

VI.

Die Vereinbarung zwischen England und dem Kanton Waadt

betr. den gegenseitigen Bezug von Erbschafts- und Vermächtnifssteuern von 1874. (Off. S. X. 1011.)

Art. I.

Mit Rücksicht auf Erbschafts- und Vermächtnisssteuern soll ein Bürger des Kantons Waadt nur dann als innerhalb der Staa-

Art. I.

As regards Succession or Legacy Duties, the Domicile of a Subject of Her Britannic Majesty shall not be considered to

ten Ihrer britischen Majestät niedergelassen angesehen werden, wenn er alle Bedingungen erfüllt hat, welche nach den Gesetzen dieser Staaten zur Erwerbung eines gesetzlichen Domizils nothwendig sind.

Und umgekehrt soll ein Untertan Ihrer britischen Majestät nur dann als im Kanton Waadt gesetzlich niedergelassen angesehen werden, wenn er der Behörde derjenigen Gemeinde, in welcher er sich aufhält, vorher eine förmliche Erklärung abgegeben hat, dort seinen Wohnsitz nehmen zu wollen, gemäſs Art. 28 des bürgerlichen Gesetzbuches des Kantons Waadt.

be legally established in the Canton of Vaud, unless such British Subject shall have previously made before the Municipal authorities of the Comune, in which he resides, a formal declaration of his intention to establish his domicile therein, in conformity with the 28the article of the „Code Civil" of the Canton of Vaud.

And, reciprocally, the Domicile of a Citizen of the Canton of Vaud shall not be considered to be established in the Dominions of her Britanic Majesty, unless he shall have fulfilled all the requirements of the Law of such Dominions necessary to establish his legal Domicile therein.

VII.

Der Staatsvertrag zwischen Frankreich und Österreich

vom 11. Dezember 1866.

(Journal de droit international privé. II. 427/8):

Art. 2.[2]

Les réclamations relatives aux successions mobilières ainsi qu'aux droits de successions sur les effets mobiliers laissés dans l'un des deux pays par les sujets de l'autre pays soit qu' à l'époque de leur décès ils y fussent établis, soit qu' ils y fussent simplement de passage, seront jugées par les tribunaux ou autorités compétents de l'Etat auquel appartenait le défunt et conformément aux lois de cet Etat.

VIII.

Der Staatsvertrag zwischen Frankreich und Russland

vom 1. April 1874.

Art. 10.[2]

(Journal a. o. O) wiederholt obigen Satz und fügt bei:

à moins qu' un sujet du pays où la succession du pays est ouverte n'ait des droits à faire valoir à la dite succession. Dans ce cas, la contestation est portée devant les tribunaux du pays où la succession du pays est ouverte, qui statueront conformément à la législation de ce pays sur la validité des prétentions du réclamant et, s'il y a lieu, sur la quote-part qui doit lui être attribuée.

IX.

Der Staatsvertrag zwischen Österreich und Serbien.

(Journal de droit international privé. XI S. 28.)

Art. 2.

Les réclamations reposant sur le titre d'hérédité ou de legs seront jugées par les tribunaux ou autorités compétentes du pays, auquel appartenait le défunt et conformément aux lois de ce pays.

X.

Die Konvention über die Regulierung von Hinterlassenschaften zwischen dem deutschen Reich und Russland von 1874.

Art. X.

Die Erbfolge in die unbeweglichen Güter richtet sich nach den Gesetzen des Landes, in welchem die Immobilien belegen sind und die Gerichte dieses Landes haben ausschliefslich über jeden Anspruch oder Einwand, der den unbeweglichen Nachlafs betrifft, zu befinden.

Ansprüche, welche sich auf die Teilung des beweglichen Nachlafses sowie auf das Recht der Erbfolge in das bewegliche Vermögen beziehen, welches in einem der beiden Länder von Angehörigen des andern Landes hinterlassen worden ist, werden von den Gerichten oder sonst zuständigen Behörden des Staates, dem der Verstorbene angehörte, und nach den Gesetzen dieses Staates entschieden, es müfste denn ein Untertan des Landes, in welchem der Nachlafs eröffnet ist, auf die gedachte Hinterlassenschaft Ansprüche zu erheben haben.

In diesem letzten Falle soll, wenn der Anspruch vor Ablauf der in Art. 5 festgesetzten Frist geltend gemacht worden ist, die Prüfung dieses Anspruchs den Gerichten oder sonst zuständigen Behörden des Landes anheimfallen, in welchem der Nachlafs eröffnet worden ist, und diese haben nach den Gesetzen dieses Landes über die Rechtmäfsigkeit der Ansprüche des Reclamanten und eintretenden Falles über diejenige Rate zu entscheiden, welche ihm zugeteilt werden soll. Sobald derselbe wegen dieser Rate befriedigt ist, wird der Überrest des Nachlasses an die Konsularbehörde ausgehändigt, welche damit hinsichtlich der übrigen Erben nach den Bestimmungen des Artikels 8 zu verfahren hat.

XI.

Der Konsularvertrag zwischen dem deutschen Reiche und Griechenland von 1881.

Art. XXIII.

Das Erbrecht sowie die Teilung des Nachlaſses des Verstorbenen richten sich nach den Gesetzen seines Landes.

Alle Ansprüche, welche sich auf Erbrecht und Nachlaſsteilung beziehen, sollen durch die Gerichtshöfe oder zuständigen Behörden desselben Landes entschieden werden und in Gemäſsheit der Gesetze dieses Landes.

XII.

Der Konsularvertrag zwischen dem deutschen Reiche und Serbien von 1883.

Art. XIX.

wörtlich gleich wie bei XI oben.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.







